

Aus der Psychiatrischen Klinik der
Universität München
Direktor: Prof. Dr. H. Hippus

Eine empirische Untersuchung zur Praxis der
Gebrechlichkeitspflegschaft
Vorschläge zur Reform der Gebrechlichkeits-
pflegschaft aus medizinisch-psychiatrischer
Sicht

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung der Doktorwürde in der gesamten Medizin
verfaßt und einer Hohen Medizinischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Wilfried Wernitz

aus

Ratzeburg

München 1982



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Aus der Psychiatrischen Klinik der
Universität München
Direktor: Prof. Dr. H. Hippus

Eine empirische Untersuchung zur Praxis der
Gebrechlichkeitspflegschaft
Vorschläge zur Reform der Gebrechlichkeits-
pflegschaft aus medizinisch-psychiatrischer
Sicht

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung der Doktorwürde in der gesamten Medizin
verfaßt und einer Hohen Medizinischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Wilfried Wernitz

aus

Ratzeburg

München 1982

Mit Genehmigung der Medizinischen Fakultät
der Universität München

Berichterstatter: Professor Dr. W. Mende

Mitberichterstatter: Prof. Dr. H. Hippius

Dekan: Prof. Dr. W. Spann

Tag der mündlichen Prüfung: 29.7.82



INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung	Seite
1. Problemstellung und Zielsetzung	1
2. Historische Entwicklung der Pflegschaft im Bürgerlichen Gesetzbuch	1
2.1. Tutela und Cura im römischen Privatrecht .	1
2.2. Vormundschaft bei den Germanen	2
2.3. Die Vormundschaft im Mittelalter	3
2.4. Die Übernahme des römischen Rechts in Deutschland	3
2.5. Die Fürsorge im Preußischen Landrecht aus dem Jahr 1794	4
2.6. Die Entstehung der Gebrechlichkeitspfleg- schaft im Bürgerlichen Gesetzbuch	5
3. Die Pflegschaft - Rechtliche Grundlagen im Bürgerlichen Gesetzbuch	5
3.1. Aufgaben der Pflegschaft	5
3.2. Formen der Pflegschaft	5
3.3. Die Gebrechlichkeitspflegschaft	7
3.3.1. Wortlaut des § 1910 BGB	7
3.3.2. Der Terminus "körperliches Gebrechen" . .	8
3.3.3. Der Terminus "Verständigung"	8
3.3.4. Der Terminus "geistiges Gebrechen"	10
3.3.5. Die Geschäftsfähigkeit und ihre Beziehung zur Verständigungsmöglichkeit	11
3.3.5.1. Partielle Geschäftsfähigkeit	13
3.4. Rechtsfolgen der Gebrechlichkeits- pflegschaft	14
3.4.1. Geschäftsfähigkeit	14
3.4.2. Wahlrecht	14
3.4.3. Prozeßfähigkeit	14
3.4.4. Beschwerderecht	15
3.4.5. Weitere Rechtsfolgen	15
4. Das formale Pflegschaftsverfahren	17
5. Darstellung der Ergebnisse der vor- liegenden Untersuchung	19

5.1.	Datenquellen	19
5.2.	Methodik der Datenverarbeitung	20
5.3.	Fragestellungen der vorliegenden Untersuchung	20
5.4.	Beschreibung der einzelnen Variablen . . .	21
5.4.1.	Soziologische Merkmale der Stichprobe Vergleiche mit der Gesamtbevölkerung . . .	21
5.4.1.1.	Altersverteilung in der Stichprobe . . .	21
5.4.1.2.	Geschlechterverhältnis	23
5.4.1.2.1.	Geschlechterverhältnis der Bevölkerung der Bundesrepublik, der Stadt München und der Gesamtstichprobe im Vergleich	23
5.4.1.3.	Berufe der Betroffenen	25
5.4.1.3.1.	Berufe in der Stichprobe im Vergleich zur Münchner Bevölkerung	26
5.4.1.4.	Wohnverhältnisse der Betroffenen	27
5.4.1.4.1.	Wohnverhältnisse der Betroffenen im Ver- gleich mit der Münchner Bevölkerung . . .	28
5.4.1.5.	Familienstand der Betroffenen	28
5.4.2.	Merkmale der Personen, die sich aus der Gebrechlichkeit ergeben	30
5.4.2.1.	Psychischer Befund und Diagnosen	30
5.4.2.1.1.	Psychischer Befund	31
5.4.2.1.2.	Diagnosen	34
5.4.2.1.2.1.	Psychiatrische Diagnosen	34
5.4.2.1.2.2.	Andere Diagnosen im ärztlichen Attest . .	36
5.4.2.2.	Verständigungsmöglichkeit	39
5.4.2.3.	Geschäftsfähigkeit	40
5.4.2.4.	Stellungnahme des Pfleglings zum Antrag. .	41
5.4.3.	Merkmale der Pflegschaft als formales Verfahren	42
5.4.3.1.	Wirkungsbereiche der Pflegschaft	42
5.4.3.2.	Dauer der Pflegschaft	45
5.4.3.3.	Vorläufige Unterbringung	46
5.4.3.4.	Ende der Pflegschaft	47
5.4.3.5.	Gründe, warum die Pflegschaft nicht errichtet wurde	47

5.4.4.	Merkmale bezüglich der Mitwirkung anderer Personen und/oder Institutionen	49
5.4.4.1.	Antragsteller für die Pflegschaft.	49
5.4.4.2.	Erster Gutachter	50
5.4.4.3.	Zweiter Gutachter.	51
5.4.4.4.	Zeitpunkt der Gutachtenerstellung	52
5.4.4.5.	Erster Pfleger	53
5.4.4.6.	Zweiter Pfleger	56
5.4.4.7.	Zeitraum vom Pflegschaftsantrag bis zur Errichtung der Pflegschaft	56
5.4.4.8.	Mündliche Anhörung der Betroffenen	57
5.4.4.9.	Antrag auf Aufhebung der Pflegschaft	58
5.4.5.	Merkmale "Beschwerden".	58
5.4.5.1.	Beschwerden gegen die Person des Pflegers.	58
5.4.5.2.	Beschwerden gegen die Errichtung der Pflegschaft	59
5.4.5.3.	Bearbeitung der Beschwerden durch die Gerichte	59
6.	Beziehungen zwischen Merkmalen unterein- ander-Zusammenhänge mit anderen Variablen.	61
6.1.	Zusammenhang zwischen dem Alter der Pleg- linge und der Stellungnahme zum Antrag	61
6.2.	Beziehung zwischen dem Alter der Pfleg- linge und der Beschwerde gegen die Pfleg- schaft	62
6.3.	Zusammenhang zwischen der Diagnose und einer Beschwerde gegen die Pflegschaft	63
6.4.	Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Betroffenen und der Erwerbstätigkeit	63
6.5.	Zusammenhang zwischen der Zahl niederge- lassener Nervenärzte und der Unterbrin- gungsrate nach § 1800 BGB	64
6.5.1.	Graphische Darstellung des Zusammenhangs	66
7.	Unterschiedliche Pflegschaftsraten in den Ländern der Bundesrepublik - eine Analyse der Differenzen	68

7.1.	Tabellarische Darstellung der Pfleg-	
	schaftsraten in den Bundesländern	68
7.2.	Graphische Darstellung der Pflegschafts-	
	raten über einen Zeitraum von 3 Jahren . .	69
7.3.	Analyse der unterschiedlichen Pfleg-	
	schaftsraten	71
7.3.1.	Zusammenhang zwischen Pflegschaftsrate	
	und der Variable "Alter"	71
7.3.2.	Graphische Darstellung des Zusammenhangs	
	zwischen Pflegschaftsrate und Anteil	
	alter Menschen	72
8.	Zusammenfassung und Interpretation	
	der Ergebnisse	74
8.1.	Soziologische Merkmale	75
8.2.	Merkmale der Gebrechlichkeit	76
8.3.	Merkmale der Pflegschaft	77
8.4.	Merkmale bezüglich der Mitwirkung anderer.	78
8.5.	Merkmale Beschwerden	79
8.6.	Beziehungen zwischen den Variablen	79
8.7.	Antworten auf die unter 5.3. aufgestellten	
	Fragen	81
9.	Präventive Maßnahmen zur Verringerung der	
	Pflegschaftszahlen	83
9.1.	Prognose der Bevölkerungsentwicklung in	
	den nächsten Jahrzehnten	83
9.2.	Primäre Prävention: Berücksichtigung der	
	gerontopsychiatrischen Forschungs-	84
	ergebnisse	84
9.3.	Sekundäre Prävention: Frühzeitige	
	Erfassung der Gefährdeten	85
9.4.	Tertiäre Prävention: Ausbau ambulanter	
	Dienste	85
10.	Mögliche gesetzliche Neuregelungen	86
10.1.	Die Zwangspflegschaft als Regelfall	86
10.2.	Forderungen an eine Neuregelung des	
	§ 1910 BGB	88
10.2.1.	Abstufung der Betreuungsmöglichkeiten . .	88

1o.2.2.	Einbeziehung des natürlichen Willens in den Gesetzestext	88
1o.2.3.	Ersatz der Termini "körperliche und geistige Gebrechen" durch den Ausdruck "Behinderung"	88
1o.3.	Vorschlag für ein neues Gesetz zur Pflegschaft für Behinderte	89
1o.4.	Diskussion des Vorschlags	9o
1o.5.	Ein neuer Beruf: Der Gemeindepfleger. . .	91
Verzeichnis der Abkürzungen		93
Literaturverzeichnis		94
Anhang:		
	Hausinterne Statistik des Bundesjustiz- ministeriums zu Angelegenheiten der FGG	99
	EDV-Unterlagen des Statistischen Amtes der Stadt München (Midas)	1o2
	Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeits- stättenzählung 197o	1o3

Vorbemerkung

Im Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland von 1976 (o3) wird auf zahlreiche Mängel in der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung hingewiesen: Die Bettenzahl sei nicht ausreichend; die Ausbildung der Helfenden mangelhaft, die Besoldung unzureichend etc.. Die für psychisch Kranke so wichtigen Schutzmaßnahmen der Entmündigung, Vormundschaft, Pflegschaft und Unterbringung sind in die Bestandsaufnahme und Diskussion einbezogen worden mit der Maßgabe, daß auch das geltende Entmündigungs-, Vormundschafts-, Pflegschafts- und Unterbringungsrecht der Reform bedürfe. Als Leitvorstellung sollte die Empfehlung der Psychiatrie-enquête gelten, zunächst " unter einheitlichen Gesichtspunkten im ganzen Bundesgebiet alle Vorgänge dieses Bereiches statistisch zu erfassen und auszuwerten." (o3)

1. Problemstellung und Zielsetzung

Im Rahmen dieses Vorhabens enthält die vorgelegte Arbeit empirische Daten, auf die sich Vorschläge für eine Reform der Gebrechlichkeitspflegschaft stützen können.

2. Historische Entwicklung der Pflegschaft im Bürgerlichen Gesetzbuch

Da das Gewordene nur aus seinem Werden zu verstehen ist, soll im folgenden die Entwicklung der Gebrechlichkeitspflegschaft aus seinen geschichtlichen Quellen heraus skizziert werden.

2.1. Tutela und Cura im römischen Privatrecht

Um am Rechtsleben teilhaben zu können, mußte der Römer rechtsfähig sein, also Rechte und Pflichten auf sich

nehmen können. Im Normalfall erwarb er diese Fähigkeit durch die Geburt. Sklaven galten als Sachen, waren demnach Rechtsobjekte. Mangelndes Alter sowie die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht minderten die Rechtsfähigkeit. Unmündige Kinder, soweit sie nicht unter väterlicher Gewalt standen, wurden nach der "Lex Atilia" des Jahres 186 v. Chr. unter eine "tutela" gestellt. (tutari = schützen) In der ersten Zeit war der Tutor noch berechtigt, in seinem Interesse über das Mündelvermögen zu verfügen. Dem empirischen Charakter des römischen Rechts entsprechend setzte sich, nachdem wohl häufiger die Macht des Tutors mißbraucht worden war, die Ansicht durch, daß der Staat für Unmündige, Geisteskranke und Verschwender besser sorgen könne. Geisteskranke galten als nicht geschäftsfähig; Verschwender wurden entmündigt und Kindern bis 14 Jahren gleichgestellt. (59) Dieser Personenkreis erhielt einen Kurator als Vormund. (cura = Sorge) Der Kurator wurde aus dem Kreis der Gentilen (Klasse der Vornehmen) oder der Agnaten bestimmt, also der Personen, die der väterlichen Gewalt durch Geburt oder Adoption unterworfen waren.

Im späteren Recht trat die justinianische Unterscheidung zwischen Cura und Tutela in den Hintergrund. Der Vormund wurde vom Magistrat bestellt.

2.2. Vormundschaft bei den Germanen

Seit der Christianisierung der Germanen durfte ein Vater sein Kind nicht mehr nach Belieben aussetzen. Durch die Geburt erwarb das Kind die Rechte und Pflichten eines Mitgliedes der väterlichen Sippe (47) und unterstand der "Muntgewalt" des Vaters. Allerdings konnte es im Notfall verkauft oder gegen den Willen verheiratet werden.

Vaterlose Minderjährige, Greise, unverheiratete Frauen und körperlich Gebrechliche fielen unter ein besonderes Vormundschaftsgesetz. Die Sippe delegierte das ihr zustehende Vormundschaftsrecht an eines ihrer Mitglieder. Das Mündel

wurde in den Haushalt des Vormundes aufgenommen.(47)

2.3. Die Vormundschaft im Mittelalter

Aus der Gesamtvormundschaft der Sippe hat sich eine Einzelvormundschaft entwickelt.(12) Allerdings behielt die Sippe die Aufsicht über den Vormund. Selbst bei der Verheiratung konnte die Sippe mitwirken. Ein Mißbrauch der "Muntgewalt" konnte zur Absetzung des Vormundes führen. Seit der karolingischen Zeit wuchs der Einfluß des Staates auf die Vormundschaft.(12) Parallel dazu lockerte sich der Sippenverband immer mehr auf, weil eine starke Abwanderung in die neugegründeten Städte einsetzte. Damit änderte sich auch das Vormundschaftsrecht. Konnte früher der Vormund das Mündelvermögen angreifen, ja sogar über Liegenschaften verfügen(47), so brachten jetzt die Städte den Fürsorgegedanken in das Vormundschaftsrecht hinein; sie ernannten den Vormund und prüften ihn als Person mit Hilfe gesonderter Verordnungen und Behörden. Das Recht auf eine Vormundschaft verwandelte sich in die Pflicht zur Sorge für das Mündel.

2.4. Die Übernahme des römischen Rechts in Deutschland

Die deutschen Kaiser des Mittelalters fühlten sich als Nachfolger der römischen Imperatoren und sahen das römische Recht als kaiserliches Recht an. Die Universitäten Oberitaliens übten im 13. bis 15. Jahrhundert eine starke Anziehungskraft auf deutsche Gelehrte und Studenten aus. Über diese erfuhr die römische Rechtslehre Eingang in die deutsche Rechtspflege und Verwaltung. (47)"Die Rezeption des römischen Rechts in Deutschland beruhte auf Übung und Gewohnheit." Die Reichskammergerichtsordnung von 1495 machte das römische Recht zur gesetzlichen Grundlage in Deutschland.

2.5. Die Fürsorge im Preußischen Landrecht aus dem Jahr 1794

Der Grundsatz der Sorge für das Wohl des Mündels hat auch im "Preußischen Landrecht" des Jahres 1794 Eingang gefunden: "Personen , welche für sich selbst zu sorgen nicht imstande sind, stehen unter der besonderen Aufsicht und Vorsorge des Staates." (30) Weiter wird die noch heute anzutreffende Unterscheidung in "Vormundschaft, Kuratel und Beystandschaft" getroffen. Der Vormund übernimmt die Sorge für alle Angelegenheiten seines Mündels; der Kurator beaufsichtigt oder erzieht seinen Schützling und erledigt Geschäfte und Angelegenheiten, die ihm vom Staat aufgetragen werden. Der Beystand hingegen soll demjenigen helfen, der "gewisse Geschäfte , die er für sich allein vorzunehmen nach besonderen Vorschriften nicht fähig ist, oder sie solchergestalt vorzunehmen sich nicht getraut." (30)

"Wahn- und Blödsinnige, die nicht unter der Aufsicht des Vaters oder Ehemannes stehen", mußten vom Staat unter Vormundschaft gestellt werden, wobei die Prüfung durch den Richter unter Hinzuziehung eines sachverständigen Arztes zu erfolgen hatte. Auch Verschwender fielen unter diese Vorschrift. Bei den Taubstummen wurden ihre besonderen Bedingungen gewürdigt und von einer Vormundschaft konnte abgesehen werden.

Ein Kurator wurde dann bestellt, wenn bei noch unter väterlicher Gewalt stehenden Personen eine Interessensollision zwischen dem "Besten des Kindes und dem eigenen Vorteil des Vaters" (30) entsteht. Diese Form der Kuratel entspricht der heutigen Ergänzungspflegschaft. Auch über volljährige Frauen konnte eine Kuratel ausgesprochen werden, wenn das allgemein nicht unter der Verwaltung des Ehemannes stehende Vermögen zum Streitfall wurde.

2.6. Die Entstehung der Gebrechlichkeitspflegschaft im Bürgerlichen Gesetzbuch

Nach Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 herrschte allgemeine Übereinstimmung darin, die verschiedenen Rechte der einzelnen Länder zu einem einheitlichen Recht zusammenzufassen. Die "Lex Lasker" aus dem Jahr 1873 erklärte den Bund zur zuständigen Instanz, ein gesamtes bürgerliches Gesetz und Recht zu erstellen. Nach jahrzehntelanger Beratung trat das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) am 1.1.1900 in Kraft. (52)

3. Die Pflegschaft - Rechtliche Grundlagen im Bürgerlichen Gesetzbuch

Die in unserem Zusammenhang wichtigen Vorschriften finden sich im Buch über das Familienrecht in §§ 1773 bis §§ 1921. §§ 1909 - 1921 betreffen die Pflegschaft; sie sind denen über die Vormundschaft angegliedert. Dadurch wird auch formal die Sonderstellung der Pflegschaft innerhalb des Rahmens "vormundschaftliche Fürsorge" hervorgehoben.

3.1. Aufgaben der Pflegschaft

Mit der Pflegschaft ist eine gesetzliche Einrichtung geschaffen, die in allen menschlichen Problembereichen zivilrechtlicher Art zur Anwendung gelangen kann, in denen Bürger durch körperliche oder innerpsychische Schranken in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeengt sind und der Hilfe bedürfen.

3.2. Formen der Pflegschaft

Das Fürsorgebedürfnis ist in allen Pflegschaftsfällen richtunggebend:

a) Ergänzungspflegschaft (§ 1909 BGB)

Hat jemand noch nicht das Erwachsenenalter erreicht und sind seine gesetzlichen Vertreter (Eltern oder Vormund) durch besondere Umstände gehindert, eine bestimmte Angelegenheit des Kindes oder des Mündels zu besorgen, kann eine Ergänzungspflegschaft errichtet werden. Liegen die Voraussetzungen zur Anordnung einer Vormundschaft vor, der Vormund ist aber noch nicht bestellt, ist ebenfalls eine Ergänzungspflegschaft möglich. Der Pfleger ist dann nur zur Vertretung des Pflegelings innerhalb der ihm zugewiesenen Grenzen befugt.

b) Abwesenheitspflegschaft (§ 1911 BGB)

Die Abwesenheitspflegschaft kommt infrage, wenn ein Volljähriger abwesend oder sein Aufenthalt unbekannt oder er - bei bekanntem Aufenthalt - an der Rückkehr und der Besorgung z.B. seiner Vermögensangelegenheit gehindert ist. Soweit seine Vermögens- oder andere Angelegenheiten der Fürsorge bedürfen, erhält er einen Pfleger.

c) Pflegschaft für eine Leibesfrucht (§1912 BGB)

"Eine Leibesfrucht erhält zur Wahrung ihrer künftigen Rechte , soweit diese einer Fürsorge bedürfen, einen Pfleger." Der Pfleger ist der gesetzliche Vertreter der Leibesfrucht.

d) Pflegschaft für unbekannte Beteiligte (§1913 BGB)

Ist unbekannt, wer bei einer Angelegenheit der Beteiligte ist, so kann - sofern ein Fürsorgebedürfnis besteht - ein Pfleger bestellt werden, der dann gesetzlicher Vertreter der Beteiligten für diese Angelegenheit ist.

e) Güterpflegschaft (§1914 BGB)

Stehen die zur Verwaltung und Verwendung eines durch öffentliche Sammlung geschaffenen Vermögens berufenen Personen nicht mehr zur Verfügung, kann ein Pfleger bestellt werden.

f) Die Gebrechlichkeitspflegschaft (§1910 BGB)

Diese ist Thema der vorliegenden Arbeit.

3.3. Die Gebrechlichkeitspflegschaft (§191o BGB)

Diese Art der Pflegschaft wird für solche Volljährige eingerichtet, die nicht unter Vormundschaft stehen und aufgrund körperlicher oder geistiger Gebrechen an der Besorgung ihrer Angelegenheiten gehindert sind.

3.3.1. Wortlaut des §191o BGB:

- (1) Ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, kann einen Pfleger für seine Person und sein Vermögen erhalten, wenn er infolge körperlicher Gebrechen, insbesondere weil er taub, blind oder stumm ist, seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.
- (2) Vermag ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen einzelne seiner Angelegenheiten oder einen bestimmten Kreis seiner Angelegenheiten, insbesondere seine Vermögensangelegenheiten nicht zu besorgen, so kann er für diese Angelegenheiten einen Pfleger erhalten.
- (3) Die Pflegschaft darf nur mit Einwilligung des Gebrechlichen angeordnet werden, es sei denn, daß eine Verständigung mit ihm nicht möglich ist.

Absatz 1 des §191o BGB regelt die Pflegschaft für körperlich Gebrechliche, die an der Besorgung aller Angelegenheiten gehindert sind. (o4,46,5o,52) Mit dem Absatz 2 kann eine Teilpflegschaft sowohl für geschäftsfähige wie auch für geschäftsunfähige Gebrechliche ausgesprochen werden. Die Gebrechlichkeitspflegschaft ist auch dann ohne Einfluß auf die Geschäftsfähigkeit, wenn eine Verständigung mit dem Betreffenden nicht möglich ist.

Der Gesetzestext enthält eine Reihe von Begriffen, die in der Rechtsprechung zu unterschiedlichen Auslegungen geführt haben. Da für die Beurteilung jedweder Form der Ge-

brechlichkeitspflegschaft der Arzt als die zuständige Person angesehen werden muß, sind Verständigungsschwierigkeiten zwischen ihm und dem Richter wohl unausweichlich, da jener seine medizinische Terminologie als Grundlage der Begutachtung heranzieht.

3.3.2. Der Terminus "körperliches Gebrechen"

Über den Begriff "körperliches Gebrechen" kann zwischen Jurist und Arzt ein großes Maß an Übereinstimmung erzielt werden. Die im BGB getroffene Unterscheidung in körperliche und geistige Gebrechen beruht auf dem Wissenstand des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Nach der Absicht des damaligen Gesetzgebers sollten zunächst nur körperlich Gebrechliche unter Pflegschaft gestellt werden können.(19,45) Mit der näheren Kennzeichnung der Art ihrer Behinderung, nämlich Taubheit, Blindheit oder Stummheit, wird deutlich, daß mangelhaft ausgebildete Sinnesorgane (blind,taub) und/oder fehlerhaft vorhandene motorisch-expressive Funktionen (Stummheit als Folge unzureichender Ausbildung der Sprechwerkzeuge) den Begriff "körperlich" ausfüllen sollen.Zwar weisen alle Kommentatoren des BGB darauf hin, die Liste der aufgeführten Behinderungen sei nur beispielhaft zu verstehen, ihre Erläuterungen zum Begriff "körperlich" weisen jedoch klar in die oben aufgeführte Interpretationsrichtung. So nimmt Säcker (52) die Schwerhörigkeit, Kurzsichtigkeit(= mangelnde Funktion von Sinnesorganen) und Lähmungen (= mangelnde motorische Funktion) in die Reihe der körperlichen Gebrechen mit auf. Im gleichen Sinne spricht Palandt(46) davon, daß unter Umständen auch große Schwerhörigkeit und Kurzsichtigkeit, Altersleiden, Lähmung und dergleichen zu den körperlichen Gebrechen zu rechnen sind.

3.3.3. Der Terminus "Verständigung"

Deutlich sind demnach Gebrechen gemeint, die allgemein

als strukturelle oder funktionelle Mängel in peripheren Erfolgsorganen bezeichnet werden können. Störungen im zentralen Organ Gehirn (Infektionen, Tumoren, Insulte, Intoxikationen) gewinnen allerdings seit der Entwicklung einer modernen Intensivmedizin im Hinblick auf die Gebrechlichkeitspflegschaft zunehmend an Bedeutung. Um die Jahrhundertwende führten solche körperlichen Erkrankungen selten zu einer Pflegschaft, weil insbesondere in schweren Fällen, in denen wegen der zugleich vorhandenen Bewußtlosigkeit eine Verständigung unmöglich war, die Kranken kaum eine Überlebenschance hatten. Auf die gestörte periphere Funktion zielt denn auch der Verständigungsbegriff. Das sensible, sensorische oder motorische Erfolgsorgan kann soweit beeinträchtigt sein, daß eine normale, natürliche Kommunikation nicht mehr möglich ist. In diesem Fall kann die Einwilligung entbehrlich sein, da aus den Verhaltensweisen des Gebrechlichen nicht erkennbar ist, ob er den Sinn einer Pflegschaft in ihrer Tragweite erkennt. Hefermehl schreibt dazu: (31) "Eine Verständigung mit dem Gebrechlichen(ist) möglich, (wenn) ihm also die Absicht und die Bedeutung der Pflegschaftsanordnung verständlich gemacht werden kann und er sein Einverständnis in verständlicher Weise zum Ausdruck bringen kann." Dann aber weiter: "Ist das nicht der Fall, so kann die Pflegschaft auch gegen den Willen des Gebrechlichen angeordnet werden." Unklar bleibt hier, ob eine Ablehnung der Pflegschaft durch den Betreffenden überhaupt noch möglich ist, da Hefermehl nur die beiden Bedingungen Verstehen der Anordnung und Erklären des Einverständnisses als Voraussetzung zur Verständigungsmöglichkeit nennt.

Weniger mißverständlich umschreiben: In der Beek und Wuttke (32) den Begriff "Verständigung", wenn sie meinen, von Verständigung könne gesprochen werden, wenn "über die sinnliche Wahrnehmung hinaus das Gesagte im Sinngehalt erfaßt und geistig verarbeitet wird." "Der Gebrechliche soll sich über die tatsächliche Bedeutung der Pflegschaft ein im wesentlichen zutreffendes Bild machen und seine Ansicht dazu bilden." Schwierigkeiten mit der Verständigung bedeuten

nicht deren Unmöglichkeit.(46)

Nach Meinung der beiden Autoren In der Beek und Wuttke (32) werde "häufig" zur Prüfung ein "vereinfachendes Verfahren" verwendet, welches allerdings in Hefermehls (31) unklarer Formulierung bereits anklingt. Sie nehmen beim Prüfer eine Vorstellung an, nach der ein erkennbar geistig Gebrechlicher unvernünftig handle, wenn er die Zustimmung zu der Bestellung eines Pflegers versage.. "Man setzt Weigerung trotz objektiver Hilfsbedürftigkeit gleich Unmöglichkeit zur Verständigung.."

Ähnliche Bedenken gegen die "konkreten Auswirkungen" einer Rechtsprechung, die den Widerspruch des Gebrechlichen gegen die Pflegschaft unbeachtet läßt, äußert Dunz (19): "Hat sich nun eine Person, bei welcher ein geistiges Gebrechen angenommen wird, für ein Tun oder ein Unterlassen entschieden, welches dem Gericht verfehlt erscheint, so ist die Verneinung der Verständigungsfähigkeit schon so gut wie unvermeidlich."

3.3.4. Der Terminus "geistiges Gebrechen"

Ungleich schwerer fällt es, über den Begriff "geistiges Gebrechen" eine Einigkeit zwischen Jurist und Arzt zu erreichen. Neben dieser Bezeichnung hat der Gesetzgeber noch weitere Termini für ein Abweichen von der Norm im geistig-seelischen Bereich entwickelt; So enthalten die Vorschriften über die Entmündigung die Worte "Geisteskrankheit" und "Geistesschwäche". Der ehemalige Paragraph 51 des Strafgesetzbuches (StGB) barg den Begriff der "krankhaften Störung der Geistestätigkeit", während im jetzt gültigen §20 von "krankhafter seelischer Störung" gesprochen wird.(40)

Beim Versuch, eine Klärung der Bedeutungsinhalte vorzunehmen, haben In der Beek und Wuttke (32) wohl noch eine qualitative Unterscheidung der verschiedenen Störungen hinsichtlich juristischer Fragestellungen angestrebt. Sie setzen das "geistige Gebrechen" und die "Störung der Geistestätigkeit" als Oberbegriffe ein und schließen aus der Exis-

tenz beider Termini in der Rechtsprechung auf einen tatsächlichen Unterschied, da "es nicht Aufgabe des Gesetzgebers (sein könne), sprachliche Wiederholungen bei gleichbleibendem Bedeutungsinhalt zu vermeiden." (32)

Nach Mende (40) jedoch "(komme) es.. nicht auf eine qualitative Unterscheidung seelischer Störungen, sondern auf deren Ausprägungsgrad in erster Linie (an)". Dieser Gesichtspunkt gilt auch für die "geistigen Gebrechen", der "umfassend für alle Gradausprägungen" gemeint sei. (41)

3.3.5. Die Geschäftsfähigkeit und ihre Beziehung zur Verständigungsmöglichkeit

Die Geschäftsfähigkeit wird im gesamten Bürgerlichen Gesetzbuch nicht eigens angesprochen, vielmehr werden die Bedingungen erläutert, unter denen die Geschäftsfähigkeit eine Einschränkung erfährt.

Nach §104 BGB ist geschäftsunfähig: (52)

- 1) wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat;
- 2) wer sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließendem Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit befindet, sofern nicht der Zustand seiner Natur nach ein vorübergehender ist;
- 3) wer wegen Geisteskrankheit entmündigt ist.

Die Geschäftsfähigkeit steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage nach der Verständigungsmöglichkeit. Zwar herrscht Übereinstimmung darin, daß die Verständigungsunfähigkeit auf die Geschäftsfähigkeit keinen Einfluß hat, umgekehrt ist nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes für Zivilsachen (08) eine Verständigung bei Geschäftsunfähigen von vorneherein nicht gegeben: "Vielmehr ist entscheidender Gesichtspunkt die Geschäftsfähigkeit, so daß die Geschäftsunfähigkeit zugleich das rechtliche Unvermögen zur Verständigung bedeutet, wie es für eine ohne Einwilligung des Betroffenen erfolgende Anordnung nach §1910. BGB vorausgesetzt wird."

Dieser Interpretation ist inzwischen vom Landgericht Mannheim widersprochen worden. (45) Es weist darauf hin, daß die im § 1910 BGB angesprochene Verständigung als eine äußere, natürliche aufzufassen sei. Wie schon im Kapitel über den Terminus "körperliches Gebrechen" erwähnt, ergibt sich nach Auffassung des Gerichts eine solche Auslegung aus der Entstehungsgeschichte des Pflegschaftsparagraphen. Der Abschnitt 2 des § 1910 BGB, der den Begriff "geistiges Gebrechen" einführt, wurde erst nachträglich hinzugefügt und muß sich daher auf die gleiche Auslegung der Verständigung beziehen, die für den Absatz 1 (körperliche Gebrechen) eindeutig ist. "Ursprünglich war nämlich nur die Pflegschaft wegen körperlicher Gebrechen vorgesehen (taub, blind, stumm) ..., so daß sich der heutige Absatz 3 nur auf diese bezog. Bei diesen Gebrechen ist es ganz eindeutig, daß nur die äußere Verständigungsmöglichkeit gemeint sein kann." (45)

Nur wenn die Verständigung als eine natürliche aufgefaßt wird, erhält denn auch die Einwilligung eines Geschäftsunfähigen (beispielweise wegen krankhafter Störung der Geistestätigkeit) in eine Pflegschaft die erforderliche Rechtskraft. Sein natürlicher Wille versetzt ihn in die Lage, trotz Vorliegen von Geschäftsunfähigkeit eine rechtsverbindliche Willenserklärung abzugeben. "Eine Freiheitsentziehung im Sinne des Artikels 104 GG liegt nicht vor, wenn ein in der Geschäftsfähigkeit beschränkter Minderjähriger mit seinem Einverständnis von seinem gesetzlichen Vertreter in einer geschlossenen Anstalt untergebracht wird, und er bei der Erteilung seines Einverständnisses die erforderliche geistige und sittliche Reife besessen hat, um die Erheblichkeit des Eingriffes in seine Freiheit zu ermessen. Es kommt lediglich auf den tatsächlichen Willen des Unterbrachten an, eine rechtsgeschäftliche Willenserklärung ist nicht erforderlich." (02)

3.3.5.1. Partielle Geschäftsfähigkeit

In der Rechtssprechung wurde der Begriff der sogenannten partiellen oder gegenständlich beschränkten Geschäftsfähigkeit entwickelt, der in diesem Zusammenhang zu erwähnen ist. Dieser Terminus entstand aus "der Erkenntnis, daß bestimmte geistige Störungen sich nur in bestimmter Richtung und nur in einem bestimmten Lebensbereich äußern und auch nur für dieses Lebensgebiet betreffende Entscheidungen die freie Willensbestimmung ausschließen; im Übrigen kann die normale Bestimmbarkeit durch Motive vorhanden sein." (57)

Nach (57) wird die gegenständlich beschränkte Geschäftsfähigkeit praktisch wichtig beim "Querulantenwahn, bei dem die normale Motivationsfähigkeit für das Führen von Rechtsstreitigkeiten fehlt" sowie in Fällen "krankhafter Eifersucht und ähnlicher Erscheinungen im Bereich der Ehe." In einem Beispiel aus der eigenen Untersuchung beschwerte sich mit Hilfe eines Rechtsanwaltes eine sechzigjährige Alkoholikerin, die laut Attest eines Arztes aus einem Allgemeinkrankenhaus krankheitsuneinsichtig und verständigungsunfähig war, gegen die bereits ausgesprochene Pflegschaft. Sie sei durchaus zur Verständigung fähig. Ein vom zuständigen Amtsgericht verlangtes zweites Attest bestätigte erneut die Verständigungsunfähigkeit und die Beschwerdewurde dem Landgericht übertragen. Dieses ließ sich in einem dritten Gutachten die allgemeine Geschäftsfähigkeit der Beschwerdeführerin bestätigen; in bezug auf eine Einsehen in die Notwendigkeit einer Alkoholikertherapie wurde hierin aber von der partiellen Geschäftsunfähigkeit ausgegangen. Dieses Attest diente dem Landgericht nicht als Entscheidungsgrundlage - erst ein viertes Gutachten bestätigte nun die volle Geschäftsfähigkeit und der Beschwerde wurde stattgegeben.

Zusammenfassung von 3.3.2. bis 3.3.5.

- a) Die vom BGB ursprünglich angesprochene Art der Verständigung ist eine "natürliche"; sie bedeutet nicht

das rechtliche Vermögen zur Verständigung.

- b) Die Geschäftsunfähigkeit beinhaltet nicht die im § 1910 BGB angesprochene Unmöglichkeit zur Verständigung.
- c) Zwar kann auch bei partieller Geschäftsunfähigkeit eine Pflegschaft notwendig werden; der praktische Nutzen in diesem Zusammenhang erscheint jedoch gering.

3.4. Rechtsfolgen der Gebrechlichkeitspflegschaft

Die Errichtung einer Gebrechlichkeitspflegschaft geht mit Rechtsfolgen in vielen Bereichen einher.

3.4.1. Geschäftsfähigkeit

Die Errichtung einer Gebrechlichkeitspflegschaft läßt die Geschäftsfähigkeit unberührt. Beschränkungen derselben ergeben sich aus anderen Gesichtspunkten.

3.4.2. Wahlrecht

Nach § 13 Bundeswahlgesetz sind entmündigte oder unter vorläufiger Vormundschaft gestellte Personen vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. (60) Mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte geht auch das Wahlrecht verloren. Ein wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft Gestellter darf nicht an Wahlen teilnehmen, es sei denn, - und dies ist im 8. Deutschen Bundestag beschlossen worden-, er kann durch eine Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts nachweisen, " daß die Pflegschaft aufgrund seiner Einwilligung angeordnet ist." (§ 13 Bundeswahlgesetz h.F. - 09)

3.4.3. Prozeßfähigkeit

Der § 53 der Zivilprozeßordnung ZPO lautet:

"Wird in einem Rechtsstreit eine prozeßfähige Person durch einen Pfleger vertreten, so steht sie für den Rechtsstreit einer nichtprozeßfähigen Person gleich."

Tritt der Pfleger in einem Prozeß "tatsächlich" auf, so verliert in diesem konkreten Fall der Pflegling seine Prozeßfähigkeit. Ihm wird die Möglichkeit genommen, gültige Prozeßhandlungen vorzunehmen, d.h. widerzuklagen, die Wiederaufnahme zu beantragen oder auf die Kostenfestsetzung Einfluß zu nehmen. Seine allgemeine Prozeßfähigkeit bleibt unberührt, es sei denn, sein Pfleger erscheint auch hier tatsächlich und es gehört zu seinen Aufgaben, genau diese Angelegenheit für seinen Pflegling zu besorgen. (67)

3.4.4. Beschwerderecht

Gegen die Anordnung der Pflegschaft sowie gegen die Ablehnung des Antrags auf Aufhebung der Pflegschaft steht dem Pflegling nach § 20 FGG (Freiwillige Gerichtsbarkeit) das Beschwerderecht zu, selbst wenn er geschäftsunfähig ist. Die Beschwerde ist unbefristet. (65) Auch der Pfleger hat das Beschwerderecht. Wenn eine Verständigung mit dem Pflegling nicht möglich ist, kann jeder Dritte mit rechtlichem Interesse gegen die Ablehnung der Pflegschaft oder ihre Aufhebung Beschwerde einlegen, wenn sie im Interesse des Pfleglings ist. (46)

3.4.5. Weitere Rechtsfolgen der Pflegschaft

§ 1673 BGB:

Geschäftsunfähige, in der Geschäftsfähigkeit beschränkte sowie unter einer Totalpflegschaft nach § 1910, Abs. 1 BGB (körperliche Gebrechen) stehende Personen können ihre elterliche Gewalt (jetzt: elterliche Sorge) nicht ausüben, da sie unter diesen Bedingungen ruht. Der Pflegling kann sein Kind nicht vertreten; seine Meinung tritt bei einer Meinungsverschiedenheit hinter die des gesetzlichen Vertreters zurück.

§ 1781 BGB

Wer nach § 1910 BGB zur Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten einen Pfleger erhalten hat, soll nicht zum Vormund für eine andere Person bestellt werden. Er ist für diese Aufgabe untauglich; eine Bestellung zum Vormund, die diesen Tatbestand unberücksichtigt läßt, ist dennoch wirksam.

§ 1792 BGB

Der zur Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten einen Pfleger erhalten hat, kann nicht Gegenvormund werden. Ein solcher soll dann bestellt werden, wenn mit der Vormundschaft eine erhebliche Vermögensverwaltung verbunden ist. Der Gegenvormund soll den Vormund überwachen; er besitzt keine eigene Rechtsmacht über das Mündel, ist aber dem Vormundschaftsrichter gegenüber zur Information verpflichtet. (52)

§ 1896 BGB

Hat eine Person einen Pfleger zur Besorgung der Vermögensangelegenheiten erhalten, muß diese vom Vormundschaftsgericht gegebenenfalls aus dem Amt des Vormunds entlassen werden.

Meldung an die Kreispolizeibehörde

Nach einem Erlaß des Reichsjustizministeriums aus dem Jahr 1943 müssen "Entscheidungen, durch die eine Person entmündigt, unter vorläufiger Vormundschaft gestellt oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellt wird oder eine solche Entscheidung aufgehoben wird..." der Kreispolizeibehörde mitgeteilt werden. Nach diesem Erlaß wird auch heute noch verfahren. Er führt beispielsweise zu einer Anfrage der für Führerscheingelegenheiten zuständigen Behörde beim Vormundschaftsgericht. Diese entscheidet aufgrund der ihnen überlassenen Akten, ob die Fahrtauglichkeit durch das Gebrechen beeinträchtigt sein kann und neu überprüft werden muß. (14)

4. Das formale Pflegschaftsverfahren

Formale Fragen im Pflegschaftsverfahren sind durch die § 36 - 38 FGG geregelt; so die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts, wann die Pflegschaft wirksam wird, welche Rechtsmittel zugelassen sind. § 38 FGG überträgt die Vorschriften für die anderen Arten der Pflegschaft (Ergänzungspflegschaft etc.) auch auf die Gebrechlichkeitspflegschaft. Da diese von Amts wegen angeordnet wird, kann sie auch dann errichtet werden, wenn die Anregung dazu wieder zurückgenommen wurde. (33) Nach § 38 FGG ist das Gericht verpflichtet, folgende Gesichtspunkte zu überprüfen:

a) Die Art des Gebrechens

Liegt ein körperliches oder ein geistiges Gebrechen vor? Zu dieser Frage kann ein Sachverständiger hinzugezogen werden. Der Betroffene darf dem Sachverständigen nicht zwangsweise vorgeführt werden.

b) Das Ausmaß des Gebrechens

Kann der Volljährige infolge seines Gebrechens seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr besorgen?

c) Das Bedürfnis nach Schutz

Ist der Betroffene in der Lage, Vollmachten zu erteilen und seinen Bevollmächtigten zu kontrollieren? In diesem Fall z.B. kann ein Schutzbedürfnis verneint werden.

d) Die Einwilligung

Wird in die Errichtung der Pflegschaft eingewilligt? Die Einwilligung kann formlos gegeben werden, (33) muß aber in der Akte vermerkt sein.

e) Die Verständigungsmöglichkeit

Ist eine Verständigung mit dem Betroffenen möglich? Die Prüfung der Verständigungsmöglichkeit erfolgt nicht nach eigenem Ermessen, sondern würdigt die von Amts wegen festzustellenden Umstände (52).

"Im Interesse einer zuverlässigen Sachaufklärung (ist) regelmäßig persönliche Anhörung durch den Richter geboten." (52)

f) Das Interesse des Betroffenen

Liegt die Errichtung einer Pflegschaft im Interesse des Betroffenen?

Da die Pflegschaft eine Fürsorge darstellt, muß die Anordnung der Pflegschaft nicht nur im Interesse Dritter, sondern auch im Interesse des Betroffenen liegen. Die Anordnung einer Vermögenspflegschaft einzig zum Zweck der Offenlegung der Vermögensverhältnisse ist demnach unzulässig.

g) Rechtliches Gehör

Darf dem Betroffenen in einem Pflegschaftsverfahren rechtliches Gehör gewährt werden?

Dem Betroffenen muß rechtliches Gehör gewährt werden. Dies ergibt sich schon aus Artikel 103 GG:

"Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör." Davon kann nur abgewichen werden, wenn nach ärztlichem Ermessen Nachteile für die Gesundheit des Pflegebefohlenen befürchtet werden müssen. In diesem Fall muß zum Verfahren ein Rechtsanwalt hinzugezogen werden.

5. Darstellung der Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung

In diesem Kapitel werden die Datenquellen, die Methodik der Datenverarbeitung, die der Untersuchung zugrundegelegten Fragen sowie die Beschreibung der einzelnen Variablen aufgezeigt.

5.1. Datenquellen

Die Daten wurden im Zeitraum vom 5.6. bis 15.8. 1979 in den Amtsgerichten München und Günzburg erhoben. Sie entstammen den bereits abgelegten Akten der Vormundschaftsgerichte aus dem Jahr 1978. Im Amtsgericht München sind für den Bereich Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft im Jahr 1978 3884 neue Akten angelegt worden, im Amtsgericht Günzburg ca 370. Vom Münchner Amtsgericht blieben 429, vom Amtsgericht Günzburg 23 Akten zur statistischen Auswertung übrig. Die Auswahl der beiden Amtsgerichte ergab sich sowohl aus pragmatischen wie aus theoretischen Überlegungen:

- a) Die Erhebungsdaten sollten aus verschiedenen Amtsbezirken stammen, um Vergleiche zu ermöglichen.
- b) Zu den Amtsgerichtsbezirken München und Günzburg gehören mindestens ein Nervenkrankenhaus.
- c) Im Gegensatz zu München verfügt der Amtsgerichtsbezirk Günzburg über eine ländliche Bevölkerungsstruktur.

Es wurde ein Itemraster entwickelt, das die Erfassung aller für relevant erachteten Informationen ermöglichte, soweit sie überhaupt verfügbar waren. Wenn auch die gerichtliche Aktenordnung eine gewisse Vollständigkeit des Datenmaterials gewährleistet, muß doch darauf hingewiesen werden, daß auch diese Studie den allgemein bekannten Nachteil einer Retrospektivstudie aufweist.

Neben den Daten aus der Stichprobe wurden auch Informationen aus folgenden Quellen mitverarbeitet:

1. Daten aus einer (unveröffentlichten) Statistik des Bundesjustizministeriums zu Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (64)
2. Daten aus den (bislang unveröffentlichten) EDV-Unterlagen des Statistischen Amtes der Stadt München (20)
3. Daten, entnommen den Statistischen Jahrbüchern der Bundesrepublik Deutschland von 1977 und 1978 (65,66)
4. Daten aus dem Bericht zur Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland (03)
5. Daten, entnommen den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahre 1970. Eine jüngere Volkszählung liegt nicht vor. (24)

5.2. Methodik der Datenverarbeitung

Die protokollierten Daten wurden nach einem Codierschema in Zahlen übersetzt und auf eine Platte bzw. auf Lochkarten übertragen. Die statistische Analyse erfolgte mit Hilfe des Computerprogramms SPSS, Version 7, (63) das Häufigkeiten der Variablen und Beziehungen der Variablen untereinander beschreibt. Eine Interpretation der Ergebnisse bleibt dem Auswerter überlassen.

5.3. Fragestellungen der vorliegenden Untersuchung

1. Welcher Personenkreis ist in erster Linie von der Pflegschaft betroffen?
2. Welche Arten von Gebrechen führen zur Pflegschaft?
3. Welchen Anteil nehmen Pflegschaften aufgrund körperlicher Gebrechen an der Gesamtheit der Gebrechlichkeitspflegschaften ein?
4. Gibt es in bezug auf soziologische Merkmale Unterschiede in der Rechtspraxis der Errichtung von Gebrechlichkeitspflegschaften?
5. Gibt es lokale Besonderheiten bzw. Unterschiede in der Rechtspraxis der Errichtung von Gebrechlichkeitspflegschaften?

5.4. Beschreibung der einzelnen Variablen

Als Variable werden Merkmale bezeichnet, die in der Stichprobe erfaßt werden und in denen die einzelnen Personen unterschiedliche Ausprägungen aufweisen.

Um die unter 5.3. aufgestellten Fragen beantworten zu können, wurden die im folgenden als "Variable" bezeichneten Merkmale eingeteilt in:

- a) Merkmale der Personen, auch als "soziologische Merkmale" bezeichnet; dazu gehören die Variablen Alter, Geschlecht, Beruf, Wohnverhältnis, Familienstand
- b) Merkmale der Personen, die sich aus der Gebrechlichkeit ergeben:
Diagnosen, psychischer Befund, Verständigungsfähigkeit, Geschäftsfähigkeit, Stellungnahme zum Antrag
- c) Merkmale der Pflegschaft:
Wirkungsbereiche der Pflegschaft, Dauer der Pflegschaft, Vorläufige Unterbringung, Ende der Pflegschaft, Gründe der Ablehnung einer Pflegschafterrichtung
- d) Merkmale bezüglich der Mitwirkung anderer Personen und/oder Institutionen:
Antragsteller für Pflegschaft, 1. Gutachter, 2. Gutachter, Zeitpunkt der Gutachten-erstellung, 1. Pfleger, 2. Pfleger, Dauer vom Antrag bis zum Beschluß, mündliche Anhörung, Antrag auf Aufhebung der Pflegschaft
- e) Merkmale Beschwerden:
Beschwerden gegen die Person des Pflegers, Beschwerden gegen die Pflegschaft, Reaktion der Gerichte auf die Beschwerden

5.4.1. Soziologische Merkmale der Stichprobe - Vergleiche mit der Gesamtbevölkerung

5.4.1.1. Altersverteilung in der Stichprobe

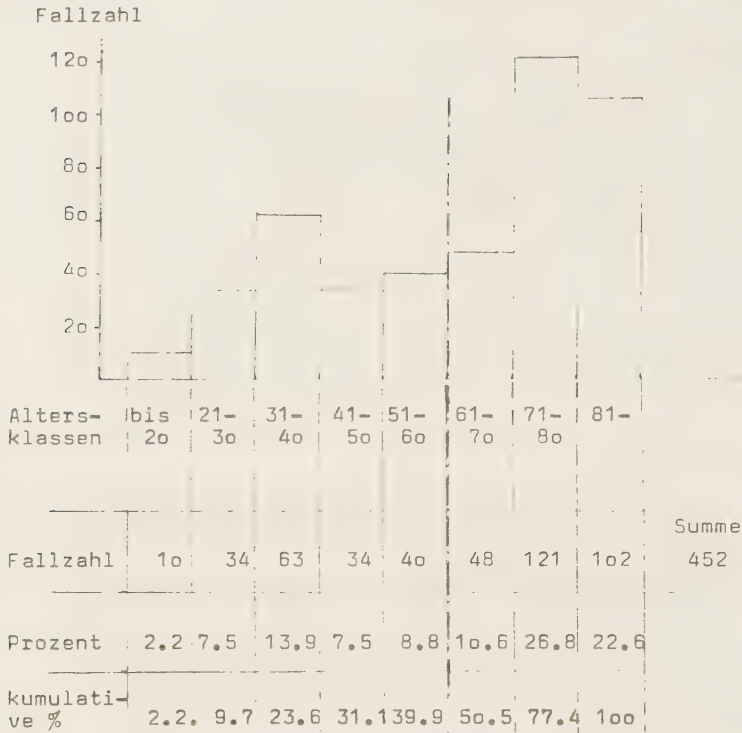


Abb. 1: Altersverteilung in der Stichprobe



Abb. 1a: Kumulative Altersverteilung in der Stichprobe

60% der von einer Pflegerschaft betroffenen Personen sind über 60 Jahre alt.

5.4.1.2. Geschlechterverhältnis der von einer Pflegerschaft betroffenen Personen in München und Günzburg

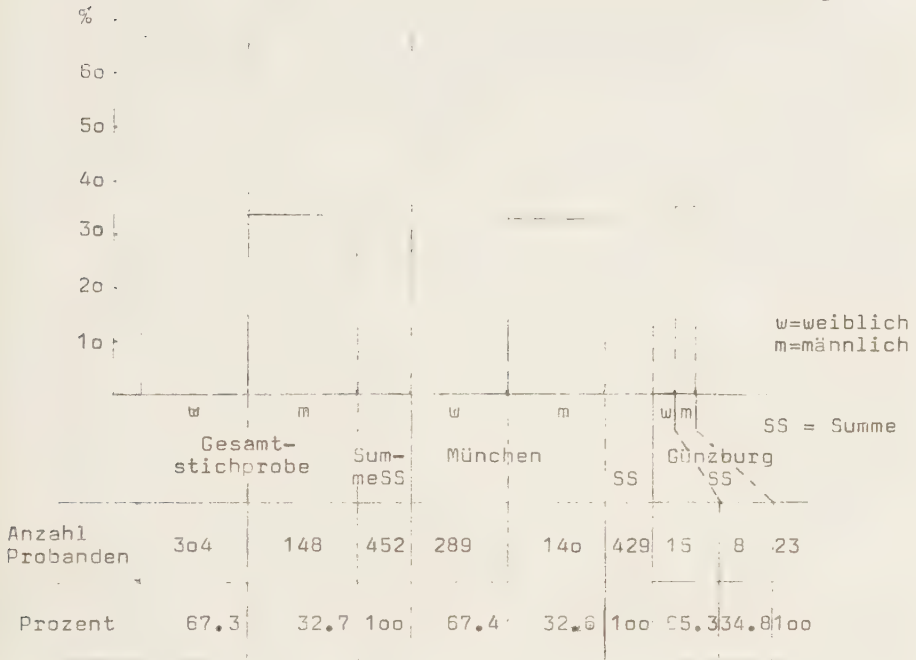


Abb. 2 :

Geschlechterverhältnis in der Stichprobe - Gesamt und aufgetrennt nach Amtsgerichtsbezirken

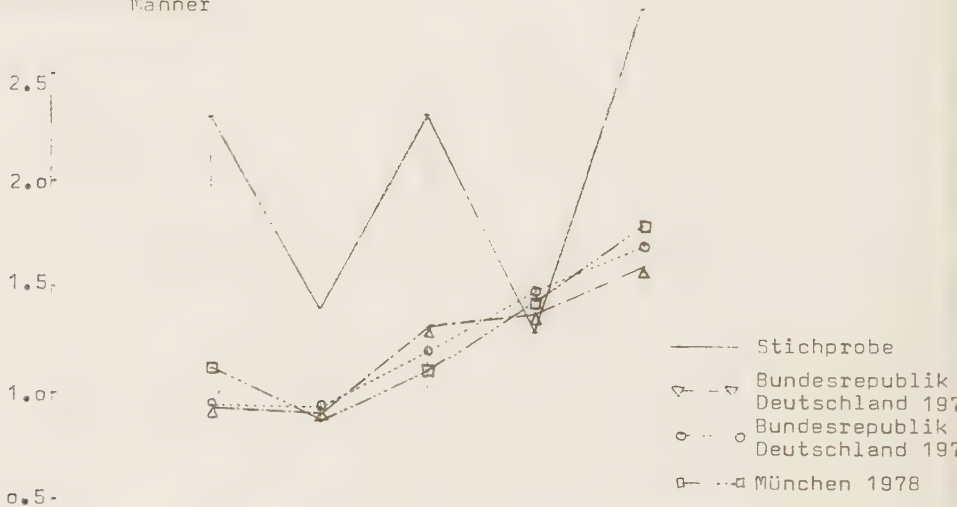
Zwei von drei Pflegerschaftsverfahren betreffen Frauen. Dieses Verhältnis gilt in etwa für beide Amtsgerichtsbezirke.

5.4.1.2.1. Geschlechterverhältnis der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, der Stadt München und in der Gesamtstichprobe im Vergleich

Ob das unter 5.4.1.2. aufgezeigte Verhältnis in der Geschlechterverteilung der Stichprobe von Bedeutung ist,

läßt sich nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Bevölkerungsstruktur erkennen. Die vergangenen Weltkriege haben das Geschlechterverhältnis zugunsten der Frauen verschoben. Im Vergleich zu 100 Mädchen werden 106 Knaben geboren; dies ergibt einen Quotienten von .94.

Verhältnis: $\frac{\text{Frauen}}{\text{Männer}}$



	18-20 Jahre	21-45 Jahre	46-59 Jahre	60-64 Jahre	65- Jahre	Altersklassen
Verhältnis:	0.96	0.92	1.36	1.40	1.61	Bundesrepublik Deutschland 1971
$\frac{\text{Frauen}}{\text{Männer}}$	0.95	0.94	1.21	1.49	1.70	Bundesrepublik Deutschland 1976
	1.11	0.89	1.16	1.46	1.81	München 1978
Altersklassen		21-50	51-60	61-70	71-	Stich probe Pflegerinnen
	2.33	1.42	2.33	1.29	2.04	

Abb. 3:

Geschlechterverhältnisse in der Bevölkerung der Bundesrepublik D., der Stadt München und der Stichprobe

Das Verhältnis Frauen : Männer liegt bis auf die Altersklasse 61-70 Jahre in der Stichprobe Pflegschaften in allen Altersklassen über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die Situation in München entspricht in etwa der Gesamtbevölkerung.

5.4.1.3. Berufe der von einer Pflegschaft Betroffenen

Die Aufgliederung der ermittelten Berufe orientiert sich an den vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden vorgegebenen Kategorien.

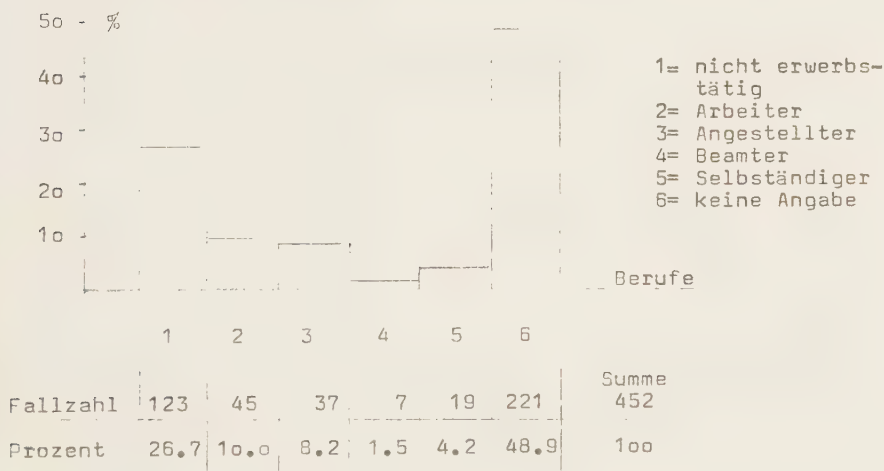


Abb. 4:

Berufe der Pfleglinge

Um die Ergebnisse der Stichprobe in eine statistisch aussagefähige Beziehung zur Münchner Gesamtbevölkerung setzen zu können, müssen die vorhandenen Daten aufbereitet werden. Der Anteil der Kategorie "6= keine Angabe" entfällt in der Annahme, daß kein systematischer Zusammenhang zwischen dem Beruf und der Tatsache, im Pflegschaftsverfahren keine Aussage zum Beruf zu erhalten, besteht. Somit wird die Differenz aus der Gesamtzahl der vorliegenden Pflegschafts-

stichprobe abzüglich der Anzahl der Nennung "keine Angabe" (452-221=231) gleich 100% gesetzt. Auch die zur Verfügung stehenden Daten über die Münchner Bevölkerung lassen sich ebenfalls nicht unmittelbar zum Vergleich heranziehen. Ferner muß das Ergebnis der Volkszählung 1970 herangezogen werden, da eine genaue Aufschlüsselung der Bevölkerung nach Beruf und Lebensverhältnissen nicht zur Verfügung steht. (24)

5.4.1.3.1. Berufe in der Pflugschaftsstichprobe im Vergleich zur Münchner Gesamtbevölkerung

Unter den oben genannten Voraussetzungen ergibt sich folgende Verteilung:

Bevölkerung	Stichprobe			
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
München 1970				
Gesamtbevölkerung	1 293 590		452	
Personen über 18 Jahre	1 057 515	100	231	100
davon:				
Nicht Erwerbstätige (Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen etc.)	336 000 (geschätzt)	31.2	119	51.2
Auszubildende	36 000	3.4	4	1.7
Erwerbstätige	685 390	64.8	108	46.8
davon:				
Selbständige	56 714	5.4	7	3.3
Beamte	57 202	5.4	7	3.3
Angestellte	306 584	29.0	37	16.0
Arbeiter	250 849	23.7	45	19.5
mithelfende Familienangeh.	14 041	1.4	12	11.1
			Akademiker	

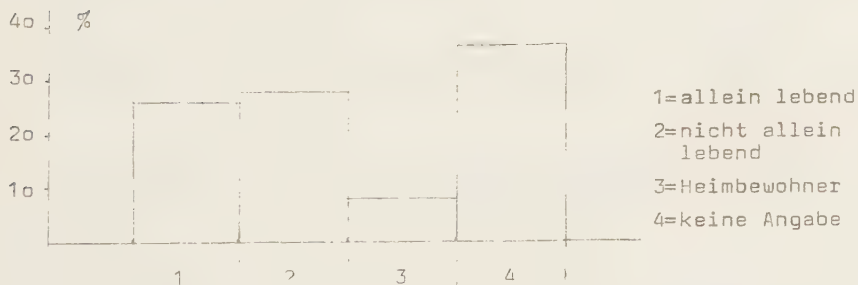
Tab. 1:

Berufsverteilung der Münchner Pflugslinge im Vergleich zur Münchner Gesamtbevölkerung

Auf eine genaue statistische Analyse muß verzichtet werden, da unmittelbar vergleichbare Zahlen nicht vorhanden sind. Ebenso wird eine Auftrennung der Stichprobe in die Amtsgerichtsbezirke unterlassen, da die Günzburger Untergruppe erheblich kleiner ausfällt. (Nur 23 von 452 Akten stammen aus Günzburg). Aus der Tabelle wird jedoch der im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hohe Anteil an Nichterwerbstätigen in der Stichprobe ersichtlich. Jeder zweite Betroffene nimmt nicht am Erwerbsleben teil.

5.4.1.4. Wohnverhältnisse der Betroffenen

Mit der Variable "Wohnverhältnis" soll ermittelt werden, ob die Betroffenen allein leben oder ob sie Mitglieder einer Haus- oder Wohngemeinschaft sind.



	1	2	3	4	Summe
Fallzahl	120	128	36	166	452
Prozent	26.6	28.3	8.0	37.2	100

Abb. 5

Wohnverhältnisse der Betroffenen

Abermals sei unterstellt, daß zwischen der Ausprägung im Merkmal und der Tatsache, keine Angabe über das Merkmal vorzufinden, kein systematischer Zusammenhang besteht; das bedeutet: die Wahrscheinlichkeit, keine Aussage über das Merkmal zu erhalten, ist nicht von der Ausprägung

desselben abhängig, sondern von allen Ausprägungsgraden. Diese Unabhängigkeit wird auch von den folgenden Variablen angenommen. Damit kann die Differenz aus der Gesamtzahl von 452 minus der Anzahl "keine Angabe" von 166 = 286 als 100% angenommen und ein Vergleich mit der Münchner Bevölkerung möglich werden.

5.4.1.4.1. Wohnverhältnis der Betroffenen im Vergleich mit der Münchener Bevölkerung

Wohnverhältnis	allein	nicht allein	Heimbewohn.	Summe
Stichprobe -absolut-	120	128	36	284
Stichprobe -Prozent-	42.3	45.1	12.7	100
Bevölkerung München %	18.9	75.8	5.3	100

Tab. 2

Vergleich der Wohnverhältnisse zwischen Stichprobe und Münchner Bevölkerung

Da auch die Personen unter 18 Jahren in den Zahlen über München enthalten sind und eine Aufschlüsselung nicht möglich ist, verbietet sich ein direkter Vergleich. Auffallend ist jedoch der hohe Anteil an Heimbewohnern unter den von einer Pflegschaft Betroffenen.

5.4.1.5. Familienstand der Betroffenen

Die folgende Abbildung schlüsselt die Stichprobe nach dem Familienstand auf.

50 %

40 %

30 %

20 %

10 %

1 = ledig

2 = verheiratet

3 = geschieden

4 = verwitwet

5 = keine Angabe

	1	2	3	4	5	Familienstand
						Summe
Fallzahl	31	84	14	100	203	452
Prozent	11.3	18.6	3.1	22.1	44.9	100

Abb. 6:

Familienstand der Pfleglinge

Die Probanden ohne Angabe zu ihrem Familienstand werden nach oben bereits dargelegter Überlegung unberücksichtigt gelassen, um einen Vergleich mit der Gesamtbevölkerung zu ermöglichen.

Prozent	ledig	verheiratet	geschieden	verwitwet
München 1970	39.5	48.4	zusammen: 12.1	
Bundesrep. Deutsch. 1977	39.5	49.4	8.6	2.5
Stichprobe 1978	20.5	33.7	5.6	40.2

Tab. 3:

Vergleich der Stichprobe mit der übrigen Bevölkerung im Merkmal "Familienstand"

Der Tabelle ist zu entnehmen:

- a) Die Münchner Bevölkerung verhält sich hinsichtlich des Merkmals Familienstand nahezu gleich der Gesamt-

bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

- b) Die von einer Pflegerschaft Betroffenen sind weitaus häufiger verwitwet.

(Quellen:24,65,Anhang 2)

5.4.2. Merkmale der Personen, die sich aus der Gebrechlichkeit ergeben

5.4.2.1. Psychischer Befund und Diagnosen

Den meisten Anträgen zur Errichtung einer Gebrechlichkeitspflegschaft wird ein ärztliches Attest beigelegt, aus dem die Notwendigkeit einer Pflegerschaft hervorgehen soll. Es ist an keine besondere Form gebunden. Entsprechend vielfältig zeigen sich denn auch die Gutachten hinsichtlich Umfang und diagnostischer Eindeutigkeit. Allerdings sind Diagnosen in akuten Krisensituationen oft nicht eindeutig zu stellen. Der attestierende Arzt behilft sich hierbei mit einer Beschreibung des körperlichen und psychischen Befundes. Auch muß der Richter ja nur prüfen, ob ein geistiges oder körperliches Gebrechen vorliegt und das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit bestimmen. (Siehe dazu 4.)

Die vielfältigen Attestformen haben bei der Datenerhebung Schwierigkeiten erzeugt. Der Umfang der ärztlichen Atteste reichte von der bloßen Feststellung, eine Pflegerschaft sei notwendig, bis hin zur exakten Darstellung der gesamten Befindlichkeit des Betroffenen und einer ausführlichen Diagnostik. Die Zustandsbeschreibung des Patienten erfolgte nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten; um eine Vereinheitlichung zu erzielen, wurden die in den Attesten vorgefundenen Termini unter möglichster Annäherung an das internationale AMP - System in Übereinstimmung gebracht. (01)

Unter dem gleichen Gesichtspunkt erfolgte die Zuordnung der Diagnosen zum "Diagnoseschlüssel und Glossar psychiatrischer Krankheiten". (15)

5.4.2.1.1. Psychischer Befund

Ein Attest kann mehrere Befundmerkmale enthalten: Der Patient ist verlangsamt und eingeengt im Denken; er hat seine Kritikfähigkeit eingebüßt und weist Konzentrationsstörungen auf.

Um die angeführten Merkmale möglichst vollständig zu erfassen, wurden für bestimmte Bereiche des psychischen Befundes 2 oder 3 Rubriken eingefügt.

Insgesamt lag in 27 von 452 Fällen dem Antrag auf Errichtung einer Pflegschaft kein ärztliches Attest bei. Ein solches wurde in 9 der 27 Fälle nach Aufforderung durch das Gericht nachgereicht. Diese 27 Fälle entsprechen dem "entfällt" der folgenden Tabelle. Die umrahmten Zahlen in der Tabelle geben den Prozentsatz wieder, mit dem im ärztlichen Attest, das dem Antrag beigelegt worden ist, überhaupt eine Aussage zum dazugehörigen Teil des psychischen Befundes getroffen wurde. Die Zahlen innerhalb der Untergruppe geben die Häufigkeit wieder, mit der die besonderen Formen der Störung angeführt wurden: So wurden z.B. bei 100 der erstellten Atteste Störungen der Aufmerksamkeit und des Gedächtnisses angegeben. Davon betrafen 16 das Altgedächtnis, 9 an erster Stelle und 7 weitere an zweiter Stelle hinter einer anderen Form der Aufmerksamkeits- und Gedächtnisstörung genannt.

	Zahl der Nennungen	Summe	% von 452-27 Attesten =425
<u>Bewußtseinslage</u>			
klar	84	84	(118:425)=
leicht verändert	26	26	27.8 %
komatös	8	8	
keine Angabe	307	118	
entfällt	27		
<u>Orientierung</u>			
voll orientiert	54	54	(210:425)=
leicht desorientiert	70	70	49.4 %
desorientiert	86	86	
keine Angabe	215	210	
entfällt	27		

Aufmerksamkeits- und Gedächtnisstörungen					
Auffassungsstörungen	8	1	0	9	
Konzentrationsstöru.	8	4	1	13	
Merkfähigkeitsstöru.	18	4	1	23	
Konfabulationen	1	0	0	1	(100:425=)
Altgedächtnis gestö.	9	7	0	16	
Neugeächtnis gestö.	4	3	2	9	
Kritikfähigkeit ges.	1	1	1	3	23.5 %
keine Angabe	368	393	416	100	
entfällt	27	27	27		
Formale Denkstörungen					
gesperrt	6			6	
verlangsamt	16			16	
umständlich	2	1		3	
eingengt	1	1		2	
beschleunigt	1	1		2	
vorbeireden	5			5	(53:425=)
zerfahren	6	1		7	
Gedankenabreißen		1		1	
andere	5	3		8	12.5 %
keine Angabe	379	418		53	
entfällt	27	27			
Inhaltliche Denkstörungen					
Wahnthematik	21	3	1	25	(51:425=)
Halluzinationen	12	3		15	
paranoide Ideen	9	2		11	12.0 %
keine Angabe	383	418	424	51	
entfällt	27	27	27		
Psychomotorische Störungen					
antriebsgesteigert	8			8	(53:425=)
motorisch unruhig	32			32	
andere	13			13	12.5 %
keine Angabe	372			53	
entfällt	27				

Verstimmungen, Gefühlsstörungen					
deprimiert	18	3		21	(106:425=)
ängstlich	10	6	1	17	
andere	44	20	4	68	25.0 %
keine Angabe	353	396	420	106	
entfällt *	27	27	27		
Störungen des Trieb- und Sozialverhaltens					
Mangel an Krankheitsgefühl	17			17	
Suizid tendenz	12	4		16	
Aggressivität	12	1		13	(123:425=)
Verwahrlosung	12	4		16	
Pflegebedürftigkeit	15	4		19	
andere	31	11		42	28.9 %
keine Angabe	325	401			
entfällt *	27	27			

Tab. 4 :

Aufschlüsselung des psychischen Befundes

Der Tabelle ist zu entnehmen:

- Nur etwa jedes vierte Attest gibt über die Bewußtseinslage des Betroffenen Auskunft. Dabei zeigten sich bei den meisten Patienten keine Beeinträchtigung des Bewußtseins.
- Jeder zweite Arzt äußert sich in seinem Attest zur Orientierung. Etwa jeder dritte Patient ist in seiner Orientierung gestört.
- In knapp einem Viertel aller Atteste sind Störungen der Aufmerksamkeit und des Gedächtnisses genannt.
- In jedem achten Attest werden formale Denkstörungen erwähnt.
- Ebenso häufig werden inhaltliche Denkstörungen genannt.
- Psychomotorische Störungen weisen eine vergleichbare Häufigkeit auf: 12.5 %.

- g) In jedem vierten Attest findet sich eine Äußerung über die Stimmung. Der Anteil "andere" ist jedoch groß und läßt die Uneinheitlichkeit in der Terminologie deutlich werden, so daß eine Zuordnung der aufgefundenen Bezeichnungen zum gebräuchlichen "AMP-System" () nicht sinnvoll erschien.
- h) In 19 Attesten wurde ausdrücklich die Pflegebedürftigkeit hervorgehoben. Dieses Merkmal wurde offenbar sehr weit gefaßt.

5.4.2.1.2. Diagnosen

Das Kapitel Diagnosen beschreibt die Häufigkeiten sowohl der psychiatrischen wie der Diagnosen, die nicht unter die ICD - Nummern 290 bis 319 fallen.

5.4.2.1.2.1. Psychiatrische Diagnosen

Nur ein kleinerer Teil der in den ärztlichen Attesten angeführten psychiatrischen Diagnosen nimmt direkt auf den Diagnosenschlüssel der WHO (15) Bezug. Der größere Teil wurde entsprechend der Anleitung in (15) einer der ICD - Nummern zugeordnet. Die folgende Tabelle bezieht sich auf das ärztliche Attest, das dem Pflegschaftsantrag beigelegt wurde. In 66 dieser 425 Atteste wurden 2 psychiatrische Diagnosen aufgeführt, so daß eine Spalte "Anzahl 2. Diagnose" notwendig wurde.

Diagnose	ICD- Nummer	Anzahl 1.Diag.	Anzahl 2.Diag.	Anzahl Summe	%
Organische Psychosen	294.	46	5	51	17.3
Senile und präsenile organische Psychosen	290.	36	4	40	13.5
Alkoholabhängigkeit	303.	36	10	46	15.6
Schizophrene Psycho- sen	295.	36	9	45	15.2
Affektive Psychosen	296.	16	6	22	7.5
Alkoholpsychosen	291.	9	9	18	6.1
Nicht näher bezeich- nete Psychose		13	9	22	7.5
Medikamenten/Drogen- abhängigkeit	304.	9	11	20	6.8
Neurosen	300.	6	3	9	3.1
Vorübergehende orga- nische Psychose	293.	9	9	18	6.1
Schwachsinn	317.- 319.	3		3	1.0
Transvestitismus	302.3	1		1	0.3
andere		9		9	3.0
Summe		229	66	295	100.0
keine psychiatrische Diagnose		148	359	(=452-(66+27))	
andere Bemerkungen im ärztlichen Attest					
Verdacht auf psychia- trische Erkrankung		27			
Pflegschaft notwendig		12			
Unterbringung notwen.					
kein Attest zum Antrag		27	27		
Summe		452			

Tab. 5:

Psychiatrische Diagnosen und ihre Häufigkeit in
den ärztlichen Attesten ICD -Nummern 290-319

In 148 Attesten wurden keine psychiatrischen Diagnosen genannt. Von allen Diagnosen nehmen die psychischen Krankheiten des hohen Lebensalters nahezu ein Drittel ein. (Summe aus 290. und 294. ergibt 30.8 %) Die verschiedenen Formen der Drogenabhängigkeit und ihrer Folgeerscheinungen (303., 291., 304.) machen etwas weniger als ein Drittel aller Diagnosen aus. Jeder 5. Patient leidet an einer der beiden "klassischen" Geisteskrankheiten Schizophrenie und affektiver Psychose.

5.4.2.1.2.1. Andere Diagnosen im ärztlichen Attest zum Antrag, die nicht unter ICD- 290 bis 319 fallen

Um die häufig genannten anderen Diagnosen außerhalb ICD 290 bis 319 möglichst vollständig zu erfassen, mußte bei der Datenerhebung ein dreispaltiger Raum zur Verfügung gestellt werden. Dieser findet sich in untenstehender Tabelle wieder. So wurde die Diagnose "Hirnatrophie" als neurologische Erkrankung 7 mal an erster Stelle und 1 mal als dritte Diagnose neben zwei anderen genannt.

Neurologische Erkrankungen	1.Diag.	2.Diag.	3.Diag.	Summe
Cerebralsklerose	88	15	7	110
Parkinsonkrankheit	5	1	1	7
Apoplexie	17	5		22
Epilepsie	12	2	1	15
Hemiparese	7	6		13
Hirnatrophie	7		1	8
Polyneuropathie	2	1		3
Aphasie	2	1		3
frühkindlicher Hirnschaden	1	1	1	3
Parese	1	1	1	3
Meningitis	1	1		2
Enzephalopathie		2		2
apallisches Syndrom		2		2
Kleinhirnerkrankung	1			1
Hirnleistungsschwäche		1		1
Schwindel			1	1
Bulbärparalyse	1			1
Friedreich Ataxie	1			1
Aneurysmablutung	1			1
Mongolismus	1			1
Muskeldystrophie			1	1
neurologische Erkrankung			1	1
Summe	148	39	15	202

Interne Erkrankungen

Herzinsuffizienz	13	11	1	25
Gefäßsklerose	10	4	2	16
Diabetes	5	6	1	12
maligner Tumor	8	1		9
Hypertonie	1	4	3	8
Hepatopathie	2	1	2	5
Leberzirrhose	2			2
Arrhythmie	2			2
aplastische Anämie	1			1
Dermatitis	1		1	2
Hyperurikämie	1		1	2
Prostataadenom	1	1		2
Niereninsuffizienz	1	1	1	3
Asthma	1		1	2
Allergie		1		1
Salmonellenintoxikation		1		1
Urämie		1		1
Herzinfarkt		1		1
Harninkontinenz			1	1
Durchfälle			1	1
Gallensteinleiden			1	1
Magenulkus			1	1
Morbus Cushing			1	1
Summe	49	33	17	99

Orthopädisch-chirurgische Diagnosen

Infektion	1	1	5	7
Arthrose		4	1	5
Schädel-Hirn-Traumen		3		3
Gangrän		1	1	2
Schenkelhalsfraktur	1			1
Verkehrsunfall	1			1
Tracheomalazie	1			1
Kyphose	1			1
Bauchverletzung	1			1
Endoprothese		1		1
Dekubitalulzera			1	1
Schluckstörung			1	1
Beckenprellung			1	1
Schädelfraktur	1			1
Summe	7	10	10	27

Psychiatrisch-inter-nistische Diagnosen

Tablettenintoxikation	5			5
geistiges Gebrechen	5	3		8
geistiger Altersabbau	7	1	2	10
nächtliche Verwirrtheit	2	2	1	5
Zust.n. Suizidversuch	2			2
geistige Abartigkeit	1			1
krankhafter Sammeltrieb	1			1
psychischer Ausnahmezustand		1		1
verhaltensstörung			1	1
Summe	23	7	4	34

Vom §191o BGB erwähnte Diagnosen

Schwerhörigkeit	5	1		6
Blindheit/Sehstörung	1	1	1	3
Sprachstörung	2	5	1	8
Summe	8	7	2	17

andere, nicht einzuordnende Diagnosen und Bemerkungen im Attest

Verdacht auf eine der obigen Erkrankungen	12	3	1	16
Verlegung in Pflegeheim notwendig	2	4	4	10
schlechter Allgemeinzustand	2	7		9
Behandlung notwendig	3	2	3	8
Geruchsbelästigung	2	1		3
starke Erwerbsminderung	2			2
Eheprobleme	1			1
unheilbare Krankheit	1			1
schwere Krankheit	1			1
Schwangerschaft		1		1
prozeßunfähig			1	1
Summe	26	18	9	53

Tab. 6:

Häufigkeit nicht-psychiatrischer Diagnosen, die im Attest genannt wurden und nicht unter ICD 290-318 eingeordnet werden können

Die folgende Tabelle faßt die Tab.6 noch einmal zusammen :

Art der Diagnose	1.Diag.	2.Diag.	3.Diag.	Summe
neurologische Diagnosen	148	39	15	202
interne Diagnosen	49	33	17	99
orthopädisch-chirurgische Diagnosen	7	10	10	27
psychiatrisch-internistische Diagnosen	23	7	4	34
von §1910BGB erwähnte Diagnosen	8	7	2	17
andere, nicht einzuordnende Diagnosen	26	18	9	53
Summe	261	114	57	432

Tab. 7:

Zusammenfassung der Diagnosen, die nicht unter ICD 290 bis 319 fallen

In 261 Fällen von 425 Attesten (= 57.7%) wurde mindestens eine Diagnose genannt, die nicht unmittelbar psychiatrischen Erkrankungen zuzuordnen sind. 26.8 % der Atteste enthalten zwei (114:425=,268), 13,4 % drei Diagnosen. Nahezu die Hälfte davon sind dem Fachbereich der Neurologie zuzuteilen. Die im § 1910 BGB erwähnten körperlichen Gebrechen wie Blindheit, Taubheit und Stummheit (auch im weiteren Sinn) kommen nur in 4 % aller Atteste vor.(17: 425 =,04)

5.4.2.2. Verständigungsmöglichkeit

Wie oft ist laut ärztlichem Attest eine Verständigung mit dem Pflegling möglich bzw. nicht möglich?

! %

- 60

50

40

30

20

10

	Verst. ändig ung mögli ch	Verst. nicht mögli ch	keine ent- Angabe fällt	Summe	
Fallzahl	11	285	130	27	452
Frozent	2.4	63.0	28.7	6.0	100
bereinigte %:452-27	2.5	67.0	30.5		

Abb. 7 :

Häufigkeitsverteilung zur Frage der Verständigungs-
möglichkeit

Mit zwei Drittel aller Betroffenen ist laut dem Antrag
beigelegten Attest eine Verständigung nicht möglich. In
27 Verfahren mußerte sich kein Arzt über den Betroffenen.

5.4.2.3. Geschäftsfähigkeit

Diese Variable beschreibt, wie häufig im ärztlichen
Attest Aussagen über die Geschäftsfähigkeit gemacht wurden.

90. %

80.

30'

20'

10'

- 1= keine Aussage im Attest
- 2= geschäftsunfähig
- 3= geschäftsfähig
- 4= eingeschränkt geschäftsfähig

	1	2	3	4
Fallzahl	356	65	1	3
Prozent	83.8	15.3	0.2	0.7

Summe	entfällt	SS
425	27	452
100		

Abb. 8:

Äußerungen zur Geschäftsfähigkeit im ärztlichen Attest

Die Daten beziehen sich auf das erste ärztliche Attest, das im Verfahren erstellt worden ist. In 27 Fällen wurde dem Antrag kein Attest hinzugefügt.

5.4.2.4. Stellungnahme des Pfleglings zum Antrag

Nach § 38 FGG muß dem Betroffenen zum Antrag auf Errichtung einer Pflegschaft rechtliches Gehör gewährt werden. Daher bittet das Vormundschaftsgericht den Betroffenen um eine Stellungnahme zum eingegangenen Antrag. Die Variable "Stellungnahme des Pfleglings" beschreibt die Arten und die Häufigkeiten der Reaktionen auf diese Bitte.

	Gesamt	359	37	56	452
Fall- zahl	München	343	33	53	429
	Günzburg	16	4	3	23
	Gesamt	79.4	8.2	12.4	100
%	München	80.0	7.7	12.4	100
	Günzburg	69.6	17.4	13.0	100
		keine Stellungnahme	mit Pflegschaft einverstanden	will keine Pflegschaft	Summe

Tab. 8:

Stellungnahme der Betroffenen zum Pflegschaftsantrag

Weniger als ein Zehntel (8.2%) aller Pflegebefohlenen zeigt sich mit der Errichtung einer Pflegschaft ausdrücklich einverstanden. Insgesamt kann sich nur jeder 5. Beteiligte überhaupt zum Antrag äußern; der weitaus größte Teil ist dazu nicht in der Lage. Allerdings zeigen sich hierbei zwischen den Amtsbezirken München und Günzburg tendenzielle Unterschiede. In Günzburg äußern sich 3 von 10 Personen zum Antrag, in München nur 2 von 10. Auch scheinen in Günzburg die Betroffenen eher bereit zu sein, die Pflegschaft anzunehmen.

5.4.3. Merkmale der Pflegschaft als formales Verfahren

5.4.3.1. Wirkungsbereiche der Pflegschaft

Diese Variable ermittelt die Wirkungsbereiche und deren Häufigkeit, für die ein Pfleger bestellt werden sollte.

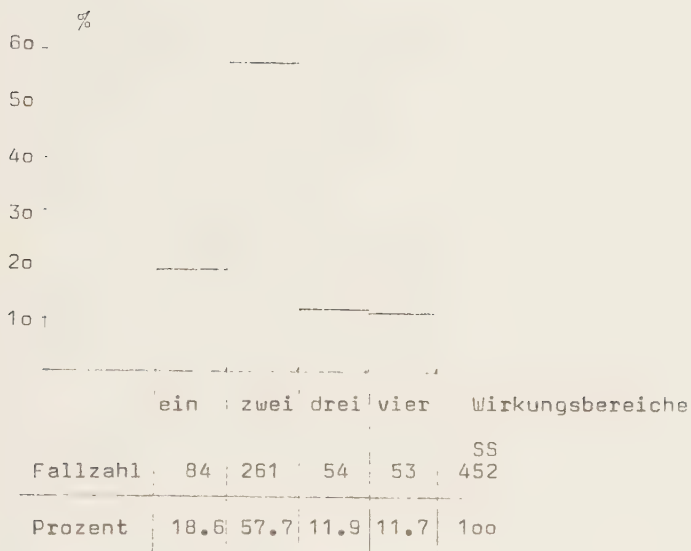


Abb. 9 :

Wirkungsbereiche der beantragten Pflegschaften

In der folgenden Tabelle sind die häufigsten Wirkungsbereiche der beantragten Pflegschaften wiedergegeben.

Wirkungsbereiche	Häufigkeit im Antrag	Prozent	Gesamt absolut	%
ein Wirkungsbereich				
Aufenthaltsbestimmung	21	4.6		
Zuführung zur ärztlichen Behandlung	2	0.4		
Vermögensverwaltung	37	8.2		
Rentenverwaltung	9	2.0	84	18.6
zwei Wirkungsbereiche				
Aufenthalt + Vermögen	30	6.6		
Aufenthalt+Behandlung	211	46.7		
Aufenthalt + Rentenver.	10	2.2	261	57.7
drei Wirkungsbereiche				
Aufenth.+Behand.+Vermög.	31	6.9		
Aufenth.+Behand.+Rente	20	4.4		
Aufenth.+Behand.+Wohnungsauflösung	2	0.4	54	11.9
vier Wirkungsbereiche				
Aufenth.+Behand.+Vermögen + Rente	18	3.9		
Aufenth.+Behand.+Rente + Wohnungsauflösung	4	0.9		
Pflegschaft allgemein	24	5.3	53	11.7

Tab. 9:

Beantragte Wirkungsbereiche der Pflegschaft

Zu den häufigsten Aufgaben des Pflegers gehören die Bestimmung des Aufenthaltes und die Zuführung zur ärztlichen Behandlung. (57.7 % aller beantragten Wirkungskreise) Zwischen Vermögensverwaltung und der Erledigung der Rentenangelegenheiten wird unterschieden: die Vermögensverwaltung umfaßt den gesamten Besitz einschließlich der Immobilien.

Mehr als jede 5. Pflegschaft soll sich auf drei oder mehr Wirkungsbereiche erstrecken. Nicht immer wird einem

solch weit gefaßtem Antrag jedoch entsprochen, heißt es doch in (33):

"Eine unzulässige und deshalb im Beschwerdeweg aufzuhebende Gesamtpflegschaft über einen geistig Gebrechlichen wäre es aber, wenn als Wirkungskreise des Pflegers die Besorgung der Vermögensangelegenheiten und das Recht zur Bestimmung des Aufenthaltes und der Heilbehandlung bezeichnet würde, da weitere Angelegenheiten nicht mehr verbleiben."

In 21 von 452 Fällen (4.6%) wurde mit oder ohne Antrag der Aufgabenkreis des Pflegers vom Amtsgericht erweitert.

5.4.3.2. Dauer der Pflegschaft

Diese Variable beschreibt, wie lange die Pflegschaftsverhältnisse bestanden haben. 312 Pflegschaften wurden errichtet.

Fallzahl	87	76	95	48	6	312
Prozent	27.9	24.4	30.5	15.4	1.9	100
kumulativ Prozent	27.9	52.3	82.8	98.2	100.0	
	bis 3 Wochen	bis 2 Monate	bis 6 Monate	bis 12 Monate	länger	

Tab. 10:

Dauer der Pflegschaften

98 % aller untersuchten Pflegschaften dauerten nicht länger als ein Jahr. Zwischen den Amtsgerichtsbezirken besteht kein Unterschied hinsichtlich der Dauer der Pflegschaften. Die Daten wurden zu einem Zeitpunkt erhoben, an dem die angelegten Akten nicht älter als 20 Monate sein konnten.

5.4.3.3. Vorläufige Unterbringung

Diese Variable beschreibt, wie häufig einem Pflegeschaftsantrag eine vorläufige Unterbringung vorausgegangen ist.

		Vorläufige Unterbringung	keine Unterbringung	SS
	Gesamt	188	264	452
Fall- zahl	München	181	248	429
	Günzburg	7	16	23
	Gesamt	41.6	58.4	100
Pro- zent	München	57.8	42.2	100
	Günzburg	69.6	30.4	100

Tab. 11:

Häufigkeit vorläufiger Unterbringungen

In 58 der 312 Fälle, bei denen eine Pflegschaft errichtet wurde, beantragte der Pfleger eine Unterbringung nach § 1800 BGB.

5.4.3.4. Ende der Pflegschaft

Aus welchen Gründen endet eine Gebrechlichkeitspflegschaft? Das BGB hat folgende Möglichkeiten erwähnt:

- 1) § 1918 BGB Abs. 3: Die Pflegschaft zur Besorgung einer einzelnen Angelegenheit endet mit deren Erledigung.
- 2) § 1919 BGB : Die Pflegschaft ist bei Wegfall des Grundes aufzuheben.
- 3) § 1920 BGB : Die Pflegschaft ist aufzuheben, wenn der Pflegling dies beantragt.
- 4) § 1884 BGB, § 1915 BGB: Die Pflegschaft endet mit dem Tod des Pfleglings.

Fallzahl	2	85	31	194	312	452
Prozent	0.6	27.4	9.9	62.1	100.0	
	1	2	3	4	5	6

1 = § 1918 Abs. 3 BGB

2 = § 1919 BGB

3 = § 1920 BGB

4 = § 1884, 1915 BGB

5 = Zahl der errichteten Pflegschaften

6 = Zahl der beantragten Pflegschaften

Tab. 12:

Gründe für die Beendigung der Pflegschaften und deren Häufigkeit

5.4.3.5. Gründe, warum die Pflegschaft nicht errichtet wurde

In 140 Fällen führte der Antrag zur Errichtung einer Pflegschaft zu keinem Beschluß.

Gründe	Fallzahl			Prozent		
	Gesamt	München	Günzburg	Gesamt	München	Günzburg
1	42	42	0	30.0	31.8	0.0
2	33	29	4	23.6	22.0	50.0
3	24	22	2	17.1	16.7	25.0
4	4	4	0	2.9	3.0	0.0
5	8	8	0	5.7	6.1	0.0
6	24	22	2	17.1	16.7	25.0
7	5	5	0	3.6	3.8	0.0
	140	132	8	100.0	100.0	100.0

1 = Patient wurde vor dem Beschluß aus dem Krankenhaus entlassen

2 = Patient war vor dem Beschluß verstorben

3 = Gutachten war nicht ausreichend

4 = Patient ging freiwillig in Behandlung

5 = Antrag wurde zurückgenommen

6 = Das Gericht konnte kein Bedürfnis erkennen

7 = Keine Angabe erhältlich

Tab. 13:

Gründe, warum keine Pflegschaft errichtet wurde;
Aufgliederung in Amtsgerichtsbezirke

Jeder 10. Pflegschaftsantrag im Münchner Bezirk endete ohne die Errichtung einer Pflegschaft, weil der Betroffene während des Verfahrensablaufs bereits wieder aus der Klinik entlassen wurde. In Günzburg wurde kein derartiger Fall beobachtet; hier nahm das Verfahren insgesamt einen geringeren Zeitraum ein. (Variable 5.4.3.3.)

Jeder 6. Antrag, der nicht zu einer Pflegschaft führte, war nach Auffassung des Gerichts überflüssig, weil kein Bedürfnis bestünde. Innerhalb der Verfahrenszeit verstarben

33 Personen, so daß sich der Antrag erübrigte.

5.4.4. Merkmale bezüglich der Mitwirkung anderer Personen und / oder Institutionen

5.4.4.1. Antragsteller für die Pflegerschaft

Die Pflegerschaft für einen Gebrechlichen kann von jedermann beantragt werden. Die Variable "Antragsteller für die Pflegerschaft" beschreibt, welche Personen oder Institutionen und wie häufig diese die Pflegerschaft beantragt haben.



1 = Nervenkliniken

2 = Sozialdienst der Allgemeinkrankenhäuser

3 = Behörden

4 = Verwandte außer Ehepartner

5 = Ehepartner

6 = Rechtsanwälte

7 = Niedergelassener Arzt

8 = Pflegling selbst

9 = andere

Als Behörde gelten:
(nach der Häufigkeit)

Gesundheitsamt

Landesversicherungsanstalt

Arbeiterwohlfahrt

Sozialpsychiatrisches Zentrum

Sozialamt

Staatsanwalt

Obdachlosenheim und andere

Abb. 10: Antragsteller für die Pflegerschaft

Mehr als 60 % aller Pflegeschäftsverfahren wurden von einer staatlichen/städtischen Einrichtung aus initiiert. (Summe 1+2+3). Die Betroffenen waren demnach bereits mit einer der öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen in Kontakt gekommen; diese versuchten nun, sich eine Rechtsgrundlage zur weiteren Behandlung der nach ihrer Meinung Hilfsbedürftigen zu verschaffen.

5.4.4.2. Erster Gutachter

Das Vormundschaftsgericht verlangt üblicherweise ein ärztliches Gutachten, aus dem die Art der Gebrechlichkeit hervorgehen soll. In unserem Zusammenhang werden die Begriffe "Gutachten" und "Attest" gleichbedeutend verwendet. Der Arzt gibt eine "gutachterliche Äußerung" von sich. Das Gutachten bedarf keiner besonderen Form.

Die Variable "Erster Gutachter" beschreibt, welche Ärzte wie häufig solche Atteste erstellen.

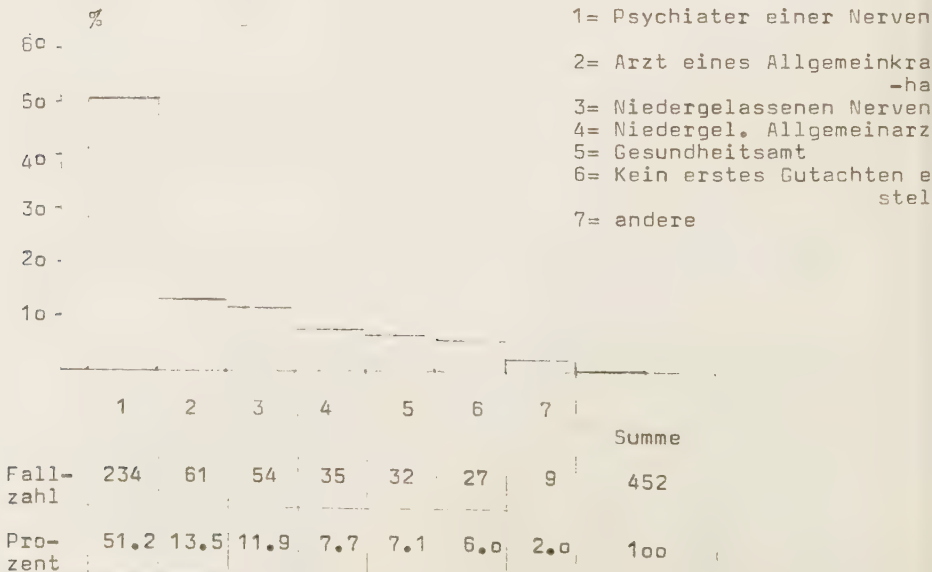


Abb. 11:

Erster Gutachter im Pflegeschäftsverfahren

Mehr als 70 % aller Gutachten wurden von Ärzten im öffentlichen Dienst erstellt. (Summe aus 1+2+5) Nur jedes 5. Attest wurde von einem niedergelassenen Arzt verfaßt.

5.4.4.3. Zweiter Gutachter

Im Verlauf eines Pflegschaftsverfahrens kann es notwendig werden, weitere Gutachten über den Pflegling zu erstellen, um etwaige Veränderungen im Befinden dem Vormundschaftsgericht bekannt zu machen.

Die Variable "Zweiter Gutachter" beschreibt, wie häufig ein zweites Gutachten erstellt worden ist und wer diese verfaßt hat.

Fall- zahl	295	111	12	16	11	5	SS 452
Pro- zent	65.3	24.6	2.7	3.5	2.4	1.1	100
berei- nigte %		70.1	7.6	10.2	7.0	3.2	100
	1	2	3	4	5	6	

(Bereinigte %: Die Differenz 452 - Anzahl "kein zweites Gutachten" wird gleich 100% gesetzt)

1 = kein zweites Gutachten erstellt

2 = Arzt einer Nervenklinik

3 = Arzt einer Allgemeinklinik

4 = Niedergelassener Nervenarzt

5 = Niedergelassener Allgemeinarzt

6 = Gesundheitsamt

Tab. 14: Zweiter Gutachter

In der folgenden Abbildung wird die Häufigkeit der Gutachter entsprechend der Zeile "bereinigte. Prozent" der Tab. 13 dargestellt.

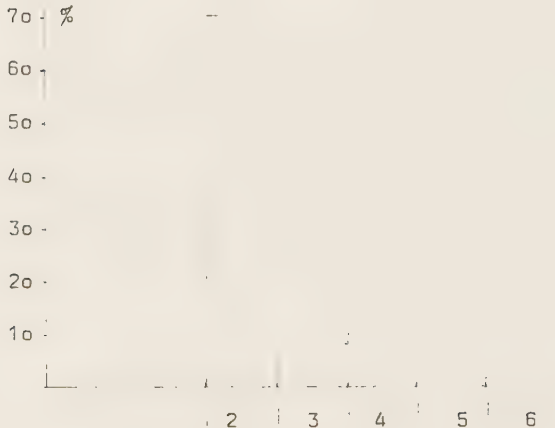


Abb. 12

Verfasser der Zweiten Gutachten

Im Vergleich zu den Verfassern des ersten Attestes hat sich das Verhältnis "stationär : ambulant" weiter vergrößert. Sollte ein 2. Gutachten notwendig werden, bevorzugen die Vormundschaftsrichter Ärzte aus dem stationären Bereich.

5.4.4.4. Zeitpunkt der Gutachtenerstellung

Es gibt keine bindende Vorschrift, die das Alter des medizinischen Gutachtens bei der Antragstellung begrenzt. Es sollte aber auch nach Meinung vieler Richter möglichst den augenblicklichen Zustand des Betroffenen wiedergeben.

Die Variable "Zeitpunkt der Gutachtenerstellung" beschreibt die unterschiedlichen Zeiträume von der Attestanfertigung bis zum Pflegschaftsantrag.

% _____

60 -

50 -

40 -

30 -

20 -

10 -

	bis 3 Tage	bis 2 Woch.	bis 2 Monat	äl- ter	keine Angabe	kein Guta.	Summe
Fall- zahl	298	60	19	9	39	27	452
Pro- zent	65.9	13.3	4.2	2.0	8.6	6.0	100

Abb. 13:

Alter der Gutachten

Nur wenige der zum Antrag auf Errichtung einer Pflege-
schaft angefertigten Gutachten sind älter als zwei Monate.
Diese werden von den Richtern oft als nicht ausreichend an-
gesehen und können eine Verzögerung des Beschlusses hervor-
rufen.

5.4.4.5. Erster Pfleger

Das Amt des Pflegers ist ein vormundschaftliches und
unterliegt den gleichen Vorschriften, die für die Bestel-
lung des Vormunds gelten. Die bestellten Pfleger werden
vom Vormundschaftsgericht unterstützt "und können auch den
öffentlich-rechtlichen Schutz in Anspruch nehmen." (04)
Wenn nach § 45 des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG, 51) "eine
als Einzelpfleger oder Einzelvormund geeignete Person

nicht vorhanden(ist), so kann auch das Jugendamt zum Pfleger oder Vormund bestellt werden." Es gehört zur üblichen Rechtspraxis, vor der Bestellung des Pflegers das Jugendamt um eine Stellungnahme zu bitten. Äußert dieses Bedenken gegen den (privaten) Pfleger aufgrund der dem Jugendamt vorliegenden Erkenntnisse, bemüht sich das Amtsgericht um einen neuen Pfleger.

Die Variable "Erster Pfleger" beschreibt, welche Personen oder welche Institutionen wie häufig zum Pfleger bestellt wurden.



Fall-							
zahl	67	64	17	100	36	28	312
Pro-							
zent	21.5	20.5	5.5	32.1	11.4	9.0	100

Abb. 14:

Erster Pfleger

Nur bei einem Drittel der verheirateten Pfleglinge (18.6 % siehe 5.4.1.5., S.29) wird die Pflegschaft vom Ehepartner übernommen. Bei mehr als 40 % der Pflegschaften muß die Pflegschaft von einer dem Pflegling(meist) unbekannten Person übernommen werden. (Summe aus 4+5) In 28 Fällen endete das Verfahren, bevor ein Pfleger verpflichtet werden konnte.

Zusatz: Wieviele Rechtsanwälte betreuten die Gruppe der 100 Pfleglinge, die einen Rechtsanwalt zum Pfleger hatten?

24 verschiedene Rechtsanwälte betreuten im Jahr 1978 die Gruppe der 100 Pfleglinge. Durchschnittlich entfallen somit etwa 4 Pflegschaften auf einen Rechtsanwalt pro Jahr. Es zeigte sich allerdings, daß einige Rechtsanwälte weit mehr Pfleglinge betreuen als dem Durchschnitt entspricht. Die folgende Abbildung soll diesen Tatbestand verdeutlichen.

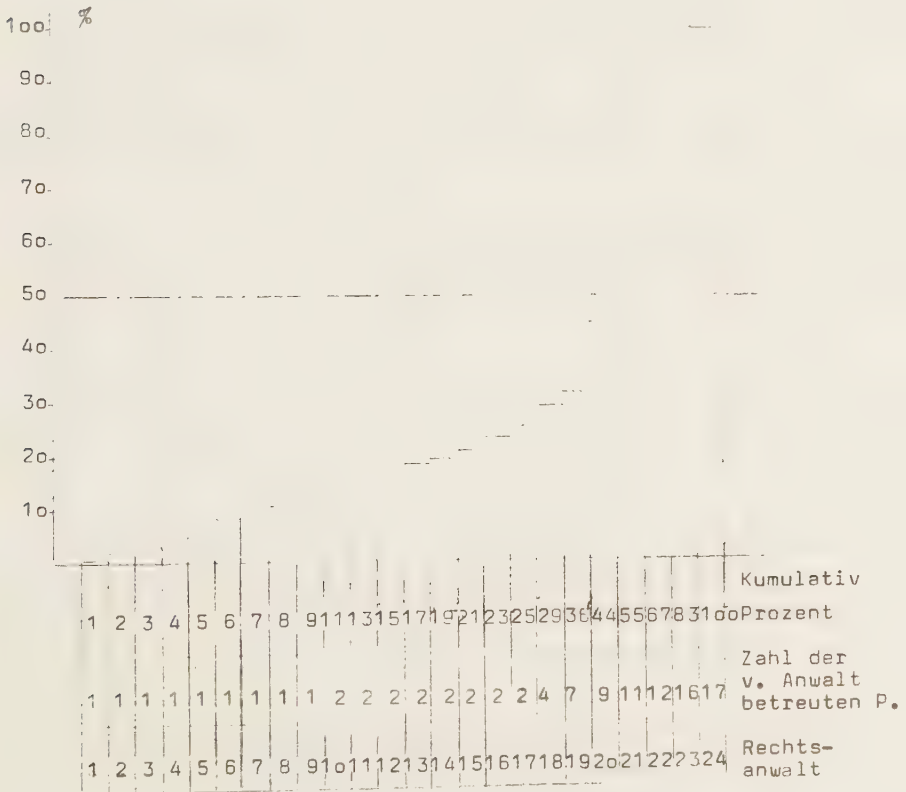


Abb. 15:

Zahl der Pfleglinge pro Rechtsanwalt

5.4.4.6. Zweiter Pfleger

Wieviele der zuerst bestellten Pfleger werden im Verlauf der Pflugschaft durch einen zweiten ersetzt?

Fall- zahl	6	9	1	1	Summe 267
2. Pfl- ger	Verwand- -ter	Rechts- anwalt	Antrag- steller	Stadt- jugend amt	kein 2. Pfleger

Tab. 15:

Ablösung des ersten Pflgers durch einen 2. Pflger

In 6 % aller Pflgschaften, bei denen ein Pflger auch bestellt wurde, ersetzte ein zweiter Pflger den ersten. In solchen Fällen werden Rechtsanwälte bevorzugt.

5.4.4.7. Zeitraum vom Pflgschaftsantrag bis zur Errich- tung der Pflgschaft

	Gesamt	125	145	119	23	312
Fall- zahl	München	20	139	118	20	297
	Günzburg	5	6	1	3	15
	Gesamt	8.0	46.4	38.1	7.4	100
Fall- zahl	München	6.7	46.8	39.7	6.7	100
	Günzburg	33.3	40.0	6.7	20.0	100
	bis 4 Tage	bis 2 Wochen	bis 1 Monat	länger	Summe	

Tab. 16:

Zeiträume vom Antrag der Pflgschaft bis zu ihrer Errichtung, nach den Amtsbezirken getrennt

Während im Amtsgerichtsbezirk Günzburg bereits nach 4 Tagen ein Drittel aller Pflgschaftsanträge zu einem Be-
schluß führten, wurde innerhalb dieses Zeitraumes im Münch-

ner Gerichtsbezirk lediglich jeder 16. Antrag (vorläufig) beendet. Nach 2 Wochen waren in Günzburg drei Viertel, in München nur die Hälfte aller beantragten (und letztlich auch errichteten) Pfllegschaften errichtet. In 140 Fällen wurde keine Pfllegschaft beschlossen. (dazu 5.4.3.5.)

5.4.4.8. Mündliche Anhörung der Betroffenen

Um den Betroffenen rechtliches Gehör zu verschafffen, ist für das Vormundschaftsgericht keine besondere Form bindend, wenn auch eine mündliche Anhörung zur genauen Sachaufklärung geboten erscheint (4.). Die Variable " mündliche Anhörung" beschreibt, wie häufig und unter welchen Bedingungen diesem Gebot entsprochen wird.

		ohne Beschwerde	nach U - 1800	nach Beschwerde	Summe
München	406	11	6	6	429
Günzburg	7	16	0	0	23
		27		12	
Gesamt	413		39		452
	keine münd- liche Anhörung		mündliche Anhörung		

nach U-1800: Der Pfleger hat einen Antrag auf Unterbringung nach § 1800 BGB gestellt.

nach Beschwerde: Der Patient oder ein beauftragter Rechtsanwalt haben gegen die Pfllegschaft Beschwerde eingelegt.

Tab .17:

Mündliche Anhörung des Pflleglings durch den Richter

Zu 39 der 452 Betroffenen haben sich die Vormundschaftsrichter begeben, um sich ein persönliches Bild von der augenblicklichen Situation zu verschaffen. Tendenziell werden dabei in der Vorgehensweise Unterschiede zwischen den

beiden Amtsgerichten erkennbar, ohne daß diese Tendenz statistisch überprüft werden kann. In Günzburg scheint die mündliche Anhörung der Betroffenen eher die Regel zu sein; hier brauchten (deshalb?) keine Beschwerden bearbeitet zu werden.

5.4.4.9. Wer stellt den Antrag auf Aufhebung der Pflegschaft?

Fallzahl	49	38	33	192	312
Prozent	15.7	12.2	10.6	61.5	100
	Pflegling selbst	Pfleger	Amtsgericht	ohne Antrag beendet	Summe

Tab. 18:

Antragsteller zur Beendigung der Pflegschaft

5.4.5. Merkmale "Beschwerden"

5.4.5.1. Beschwerden gegen die Person des Pflegers

Die Suche nach einem geeigneten Pfleger erwies sich manchmal als schwierig, gleichwohl lagen nur 7 Beschwerden gegen die Person des Pflegers vor. (7 von 284 entspricht 2.5 %)

Als Beschwerdegründe wurden angegeben:

- a) Der Pflegling will ohne nähere Angaben einen anderen Pfleger - 3 Fälle.
- b) Der Pflegling beklagt sich über den mangelhaften Kontakt zum Pfleger - 2 Fälle.
- c) Die die Pflegschaft beantragende Person will selbst Pfleger werden - 1 Fall.
- d) Der Pfleger wurde nach Meinung des Pfleglings zu hoch vergütet - 1 Fall.

5.4.5.2. Beschwerden gegen die Errichtung der Pflegschaft

Beschwerden gegen die Pflegschaft wurden nur im Amtsgerichtsbezirk München erhoben.

Fallzahl	403	26	429		
Prozent	93.9	6.1	100		
	keine Be- schwerde	Be- schwerde	Summe		
Fallzahl	9	8	6	2	1
Beschwerde- gründe	1	2	3	4	5

- 1= Der Pflegling will keine Pflegschaft; eine Verständigung sei möglich.
- 2= Der Pflegling sei freiwillig in die Behandlung gegangen.
- 3= Der Pflegling hätte die Nachricht von der beabsichtigten Pflegschaft zu spät erhalten.
- 4= Die Pflegschaft wäre nicht notwendig
- 5= Der Gutachter habe den Betroffenen nicht gesehen.

Tab. 19:

Beschwerden und Beschwerdegründe

5.4.5.3. Bearbeitung der Beschwerden durch die Gerichte

Der Pflegling kann sich jederzeit gegen die Anordnung der Pflegschaft durch eine Beschwerde zur Wehr setzen. Sie wird vom zuständigen Amtsgericht unabhängig von seiner Geschäftsfähigkeit bearbeitet; erweist sich der Pflegling jedoch zum Zeitpunkt der Beschwerde als geschäftsunfähig, wird der Beschwerde nicht stattgegeben. Die behandelnden Ärzte geben ein Urteil über die Geschäftsfähigkeit nach Aufforderung durch den Richter ab.

Eine Pflegschaft kann aufgehoben werden:

nach § 1919 BGB: wenn der Grund für die Pflegschaft wegfällt

nach § 1920 BGB: wenn der Pflegling die Aufhebung beantragt

nach § 1918 Abs.3 BGB: wenn die einzelne Angelegenheit erledigt ist.

Die folgende Tabelle ordnet die 26 Beschwerdefälle nach Beschwerdegründen und die Bearbeitung durch die Gerichte. Dazu ist die Variable 5.4.5.2. (Beschwerden und Beschwerdegründe) zu beachten.

Reaktion d. Amtsgerichts					Reaktion d. Landgerichts	Reaktion d. Oberlandesgerichts
Beschwerdegründe	Fallzahl	Aufhebung der Pflegschaft wegen		Weiter an Landgericht		
will keine Pflegschaft (1)	9	§ 1919	§ 1920	keine echte Beschw.		§ 1920: 2
freiwillig in Behandl. (2)	8	§ 1920	Tod	andere Gründe	5	Besch. unzulässig: 1
Nachricht zu spät (3)	6	§ 1919	§ 1920	Pfl. ins Ausland	2	zurückgenommen 1
Pflegschaft nicht notwendig (4)	2	§ 1920			0	Aufhebung wegen §1920
kein Gutachter gesehen (5)	1	§ 1919			0	2
SUMME	26				7	-

Tab. 20:

Beschwerdegründe und ihre Bearbeitung durch die Gerichte

In 7 der 26 Fälle wurde das Übergeordnete Landgericht angerufen, da das Amtsgericht der Beschwerde nicht abhalf. Das Landgericht gab der Beschwerde statt, wenn der Pflegling geschäftsfähig war, bzw. wieder geworden war. In 2 Fällen wurde das Oberlandesgericht als letzte Instanz eingeschaltet, da nach Auskunft der Ärzte die Beschwerdeführer nicht geschäftsfähig waren. Eine Beschwerde wurde für unzulässig erachtet, da kein Rechtsanwalt die Beschwerde gegenüber dem höchsten Gericht verfaßt hatte. Im anderen Fall erlangte der Pflegling im Verlauf des Verfahrens seine Geschäftsfähigkeit wieder, so daß seinem Wunsch nach Aufhebung der Pflegschaft entsprochen wurde.

6. Beziehungen zwischen Merkmalen untereinander Zusammenhänge mit anderen Variablen

6.1. Zusammenhang zwischen dem Alter der Pfleglinge und der Stellungnahme zum Pflegschaftsantrag

Ausgehend von der allgemeinen Hypothese, jüngere Menschen lehnen eher eine äußere Hilfe zur Bewältigung ihrer Probleme ab als ältere Menschen, werden die Variablen "Stellungnahme des Pfleglings zum Antrag 5.4.2.4." und "Alter der Pfleglinge 5.4.1." auf Unabhängigkeit mittels des Chi-Quadrat-Tests geprüft.

Alter	über 60 J.	31-60 J.	unter 31 J.	Summe
mit Pflegschaft einverstanden	25	11	1	37
nicht einverstanden mit der Pflegschaft	16	33	7	56
SUMME	41	44	8	93

Tab. 21:

Zusammenhang: Alter und Stellungnahme - χ^2 Test

Chi-Quadrat ergibt einen Wert von 15. Bei diesem 2x3 Design sind 2 Freiheitsgrade vorhanden. Der Wert ist hochsignifikant auf dem 0.001% - Niveau.

Durch dieses Ergebnis wird die oben aufgeführte These gestützt: Ältere Menschen sind eher bereit, das Instrument Pflegerschaft als Hilfe für sich anzunehmen.

6.2. Beziehung zwischen dem Alter der Pfleglinge und der Beschwerde gegen die Pflegerschaft

Es wird vermutet, daß mit zunehmendem Alter der Betroffenen die Bereitschaft abnimmt, sich gegen die Anordnung einer Pflegerschaft mittels einer Beschwerde zu wehren. (Variable 5.4.1. und 5.4.5.2.)

Alter	über 60 J.	31-60 J.	unter 31 J.	SUMME
keine Beschwerde	267	116	43	426
Beschwerde	4	21	1	26
SUMME	271	137	44	452

Der Chi-Quadrat Wert ergibt sich zu 26; dies bedeutet eine Signifikanz auf dem 0.001 % - Niveau. Dadurch wird die Vermutung gestützt, daß die Bereitschaft, sich gegen die Anordnung der Pflegerschaft zu wehren, vom Alter abhängig ist.

6.3. Zusammenhang zwischen der Diagnose und einer Beschwerde gegen die Pflegschaft

Die 26 Beschwerdeführer litten nach ärztlichem Attest an folgenden Krankheiten:

Schizophrenie	9	Beschwerden
Alkoholismus	8	"
Medikamenten- abhängigkeit	2	"
affektive Psychose	1	"
Organisches Psycho- syndrom	2	"
nicht näher be- zeichnete Psychose	1	"
andere	<u>3</u>	"
Summe	26	Beschwerden

Gegen die Errichtung einer Pflegschaft wehren sich Schizophrene und Drogenabhängige; kaum einer der älteren Patienten mit hirnorganischen Veränderungen kann gegen die beschlossene Pflegschaft Beschwerde einlegen.

6.4. Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit und dem Geschlecht der Betroffenen.

Es wird die Hypothese aufgestellt, daß zwischen der Erwerbstätigkeit der Betroffenen in der Stichprobe und der Geschlechtszugehörigkeit ein Zusammenhang besteht, da die Frauen insgesamt zu einem geringeren Anteil einer bezahlten Tätigkeit nachgehen und der Anteil an Frauen in der Stichprobe nahezu in allen Altersklassen über dem Durchschnitt liegt. (Variable 5.4.1.2. und 5.4.1.3.1.)

	nicht erwerbstätig	erwerbstätig	SUMME
Beobachtungswert	100	47	147
FRAUEN			
Erwartungswert	78	70	
Beobachtungswert	19	61	80
MÄNNER			
Erwartungswert	42	39	
SUMME	119	108	227

Der Chi- Quadrat-Test ergibt einen Wert von 40. Bei einem Freiheitsgrad bedeutet dies ein signifikantes Ergebnis auf dem 0,01 % - Niveau.

Dieser Test stützt die Annahme, daß der hohe Anteil an Frauen über die Altersklassen hinweg partiell durch den großen Prozentsatz an nichterwerbstätigen Personen erklärt werden kann.

6.5. Zusammenhang zwischen der Zahl niedergelassener Nervenärzte und der Unterbringungsrate nach § 1800 BGB

Nach § 1800 BGB können der Pfleger oder der Vormund ihre Schützlinge mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts in einer geschlossenen Anstalt unterbringen.

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgehen wird, unterliegen die Unterbringungsrate nach § 1800 BGB ebenso wie die Pflegerschaftsraten pro 1000 Einwohner zwischen den einzelnen Bundesländern starken Schwankungen. Hier zeigt sich jedoch kein Zusammenhang mit der Altersstruktur der verschiedenen Länder.

Inhaltlich läßt sich die Unterbringung in die geschlossene Abteilung eines psychiatrischen Krankenhauses als ei-

nen Übergang von der ambulanten zur stationären Therapie interpretieren. Da die Zahl der niedergelassenen Nervenärzte ein Maß für die Enge des Netzes psychiatrisch-neurologischer Betreuung darstellt, wird die Hypothese aufgestellt, daß die beiden Variablen "Anzahl niedergelassener Nervenärzte" und "Zahl der Unterbringungen pro Schützling" nicht voneinander unabhängig sind.

Als Quellen für das im folgenden verwendete Zahlenmaterial dienen: (03, 64)

Land	Ein Nervenarzt pro x 1000 Einw.	Unterbringungs- rate (x 0.0001)
Baden-Württemberg	59	89
Bayern	66	345
Berlin	52	262
Bremen	36	125
Hamburg	46	177
Hessen	69	57
Niedersachsen	77	191
Nordrhein-Westfalen	77	398
Rheinland-Pfalz	80	277
Saarland	93	296
Schleswig-Holstein	73	309
Bundesrepublik Deutschland	68	
Unterbringungsrate: <u>Unterbringungen(Vormund.+Pflegsch.)</u> Summe (Vormundschaft+Pflegschaft)		

Tab. 22:

Dichte ambulanter nervenärztlicher Versorgung und
Unterbringungsrate

Auch bei Dilling (17) wurde die durchschnittliche Dichte nervenärztlicher ambulanter Versorgung mit 1 Arzt auf 70 000 Einwohnern angegeben.

Die errechnete Korrelation zwischen beiden Variablen beträgt 0.513.

Inhaltlich bedeutet dieses Ergebnis: Je dünner das Versorgungsnetz durch niedergelassene Ärzte gewebt ist, desto mehr Unterbringungen in klinische Einrichtungen müssen veranlaßt werden. Oder umgekehrt: Je besser die ambulante Versorgung durch Nervenärzte, umso weniger Unterbringungen sind notwendig.

Dieses Ergebnis stützt die von Finzen (zitiert nach(17)) geäußerte Vermutung, "daß gut ausgebaute ambulante Behandlungsmöglichkeiten die Zahl der stationären Aufenthalte reduzieren können".

6.5.2. Graphische Darstellung des Zusammenhangs zwischen Unterbringungsrate und Dichte niedergelassener Nervenärzte

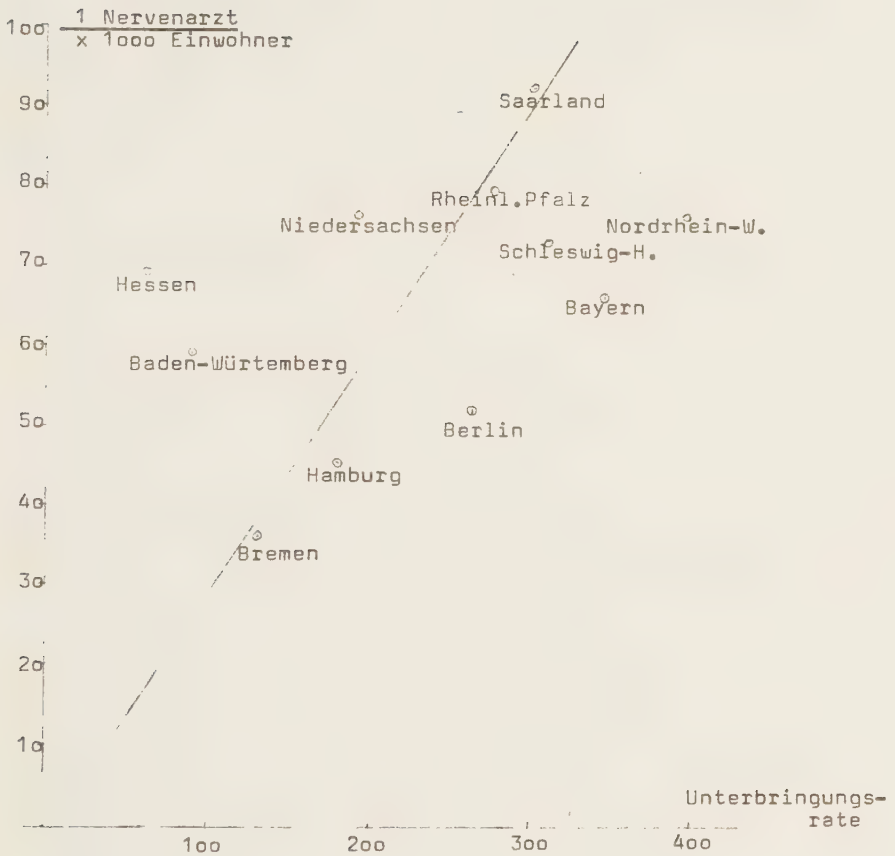


Abb. 16:

Unterbringungsrate nach §1800BGB und Dichte ambulanter
nervenärztlicher Versorgung

Die Steigung der Regressionsgeraden von Y auf X berechnet
sich zu 0.61. Der Schnittpunkt der Regressionsgeraden mit
der X-Achse liegt bei -1.

Quadriert man die berechnete Korrelation zwischen beiden Variablen ($r=0.513$), erhält man den Anteil der erklärten Varianz. 25 % der Unterschiede in den Unterbringungsraten in den einzelnen Bundesländern kann somit durch die unterschiedliche Versorgungsdichte mit niedergelassenen Nervenärzten erklärt werden. Die Korrelation hält sich über alle drei Jahre hinweg, über die Daten vorliegen.

7. Unterschiedliche PflEGschaftsraTen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland - eine Analyse der Differenzen

Im Gegensatz zu den Entmündigungsverfahren, über die eine Zentralkartei zur Registrierung geführt wird, unterliegen die PflEGschaftsverfahren keiner bindenden Vorschrift zu ihrer Erfassung.

Um den Anteil der GebrechlichkeitspflEGschaften an der Gesamtzahl der von den Amtsgerichten bearbeiteten PflEGschaftsverfahren schätzen zu können, wurden im Amtsgericht München über mehrere Jahre hinweg Stichproben gezogen und die Häufigkeit der verschiedenen PflEGschaften ermittelt. Dabei ergab sich der Anteil der GebrechlichkeitspflEGschaften an der Gesamtzahl zu 40%. Um Vergleiche mit dem vorhandenen Zahlenmaterial aus der hausinternen Statistik des Bundesjustizministeriums anstellen zu können (64), muß der Anteil an GebrechlichkeitspflEGschaften als konstant angenommen werden. (Diese Konstanz zeigt sich auch im Amtsbezirk Günzburg). Als weitere Quellen für die unten aufgeführten Vergleiche dienen die Statistischen Jahrbücher der Jahre 1977 und 1978. (65, 66)

7.1. Tabellarische Darstellung der PflEGschaftsraTen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland

Die folgende Tabelle stellt die Bevölkerung der einzelnen Bundesländer der Anzahl an PflEGschaften gegenüber, wie sie in (64) angegeben sind. Die rechte Spalte enthält die Zahl der PflEGschaften pro 1000 Einwohner (=PflEGschaftsrate).

Land	Bevölkerung im Jahr 1978	%	Zahl d. Pfleg- schaften (abs.)	% an Ge- samtzahl	Zahl Pf. /1000 E.
Bundesrepub. Deutschland	61 352 700	100	564 265	100	9.19
Baden- Württemberg	9 120 500	14.9	35 623	6.3	3.90
Bayern	10 819 300	17.6	107 563	19.1	9.94
Berlin	1 926 800	3.1	38 399	6.8	19.93
Bremen	703 200	1.2	8 555	1.5	12.05
Hamburg	1 680 300	2.7	13 966	2.5	8.31
Hessen	5 540 600	9.0	54 799	9.7	9.79
Niedersachs.	7 224 200	11.8	69 839	12.3	9.67
Nordrhein W.	17 030 300	27.8	155 234	27.5	9.12
Rheinland P.	3 639 300	5.9	38 136	6.0	10.48
Saarland	1 081 100	1.8	13 293	2.4	12.30
Schleswig H.	2 587 200	4.2	28 798	5.1	11.13

Tab. 23:

Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern im Ver-
gleich mit den Pflegeschaftsraten für das Jahr 1978

7.2. Graphische Darstellung der Pflegeschaftsraten über einen Zeitraum von 3 Jahren

Zwischen den Bundesländern schwankt die Pflegeschaftsra-
te stark. Innerhalb der einzelnen Länder bleibt die Rate
jedoch stabil, wenn die Entwicklung über mehrere Jahre hin-
weg betrachtet wird. (Datenquelle: 64)

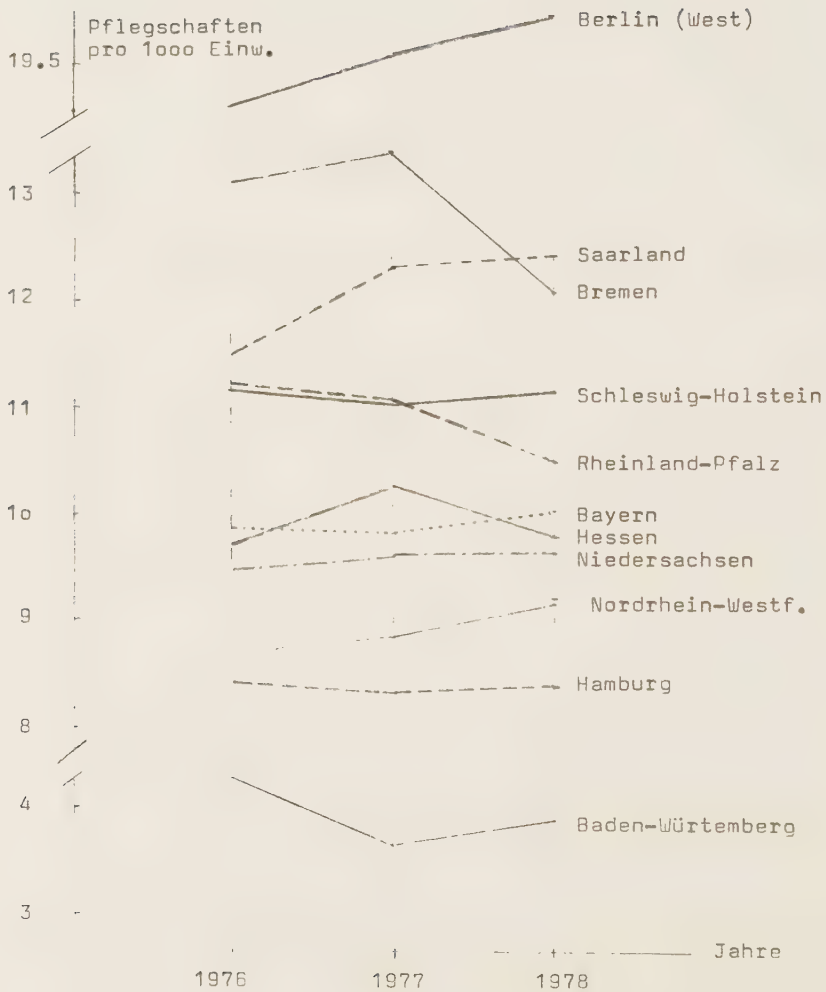


Abb. 17:

Pflegschaftsraten in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland in den Jahren 1976 bis 1978

7.3. Analyse der unterschiedlichen Pflugschaftsraten

Auf den erstenBlick können unterschiedliche Rechtspraxen in den Bundesländern als Ursache für die vorgefundenen Unterschiede in den Pflugschaftsraten vermutet werden. Die statistische Analyse deckt jedoch einen signifikanten Zusammenhang mit dem Anteil alter Menschen im jeweiligen Bundesland auf.

7.3.1. Zusammenhang zwischen Pflugschaftsrate und der Variable "Alter"

An der Verteilung der Variable "Alter der Pflugslinge 5.4.1.1." wird erkennbar, daß nahezu 60% der in der Stichprobe beschriebenen Personen über 60 Jahre alt sind. Die folgende Tabelle enthält die Berechnung der Korrelation (nach55) zwischen dem prozentualen Anteil der über sechzigjährigen Bevölkerung eines Bundeslandes mit der Pflugschaftsrate pro 1000 Einwohner des gleichen Bundeslandes.

Land	% Über 60 = A	P-rate = B	Abweichung v. MW		a^2	b^2	ab
			a	b			
Baden-W.	18.0	3.90	-2.5	-6.6	6.25	43.56	16.5
Bayern	19.3	9.94	-1.2	-0.6	1.44	0.36	0.7
Berlin	27.9	19.93	7.4	9.4	54.76	88.36	69.6
Bremen	22.1	12.05	1.6	1.6	2.64	2.64	2.6
Hamburg	21.0	8.31	0.5	-2.2	0.25	4.84	-1.1
Hessen	19.6	8.31	-0.9	-2.2	0.89	4.84	2.0
Nieders.	19.9	9.67	-0.6	-0.8	0.36	0.64	0.5
Nordrhein.	18.8	9.12	-1.7	-1.3	2.89	1.69	2.2
Rheinl.-P.	19.8	10.48	-0.7	0	0.49	0	0
Saarland	18.7	12.30	-1.8	1.8	3.24	3.24	-3.2
Schles.H.	20.4	11.13	-0.1	0.6	0.01	0.36	-0.1
Summe	225.5	73.2	0	0	73.2	110.7	89.7
Summe N(=11)	20.5	10.5	0	0	8.6	10.5	8.2

MW: bedeutet Mittelwert

$$\text{Varianz a} = \frac{\text{Summe a}^2}{N}$$

$$\text{Varianz b} = \frac{\text{Summe b}^2}{N}$$

$$r = \text{Korrelation} = \frac{\frac{\text{Summe ab}}{N}}{\text{Varianz a} \times \text{Varianz b}}$$

$$= \frac{8.2}{2.9 \times 3.2}$$

$$\underline{\underline{r = 0.88^+}}$$

+

bei 10 Freiheitsgraden signifikant auf dem 0.01% Niveau

Tabelle 21:

Korrelation PflEGschaftsrate mit Anteil alter Menschen über 60 Jahre

7.3.2. Graphische Darstellung des Zusammenhangs zwischen PflEGschaftsrate und Anteil alter Menschen

Um den bestehenden Zusammenhang auch graphisch zu verdeutlichen, wird das Skalenniveau auf das der Ordinalskala gesenkt. Die beiden Variablen "PflEGschaftsrate" und "Anteil alter Menschen" erhalten Rangplatzziffern von 1 bis 11 entsprechend ihren Ausprägungen. (In Anlehnung an den Test von Wilcoxon und den U-Test von Mann und Whitney - 16) Berlin erhält somit die Rangplatzziffer 1 als Bundesland mit der höchsten PflEGschaftsrate und Baden-Württemberg die Rangziffer 11 als Land mit der niedrigsten PflEGschaftsrate.

Ordinate											
Pfl-rate	3.9	9.9	19.9	12.1	8.3	8.3	9.7	9.1	10.5	12.3	11.1
Rangplatz	11	6	3	1	9	9	7	8	5	2	4
Bundes- land	Bade Würt	Bay ern	Bre men	Ber lin	Ham burg	Hes sen	Nied ersa	Nord rheinh	Rhei nland	Saar land	Schl eswig-Holst
Rangplatz	11	8	2	1	3	7	5	9	6	10	4
Abszisse											
% über 60	18.0	19.3	27.9	22.1	21.0	19.6	19.9	18.8	19.8	18.7	20.4

Tabelle 22:

Festlegung der Rangplatzziffern in den Variablen

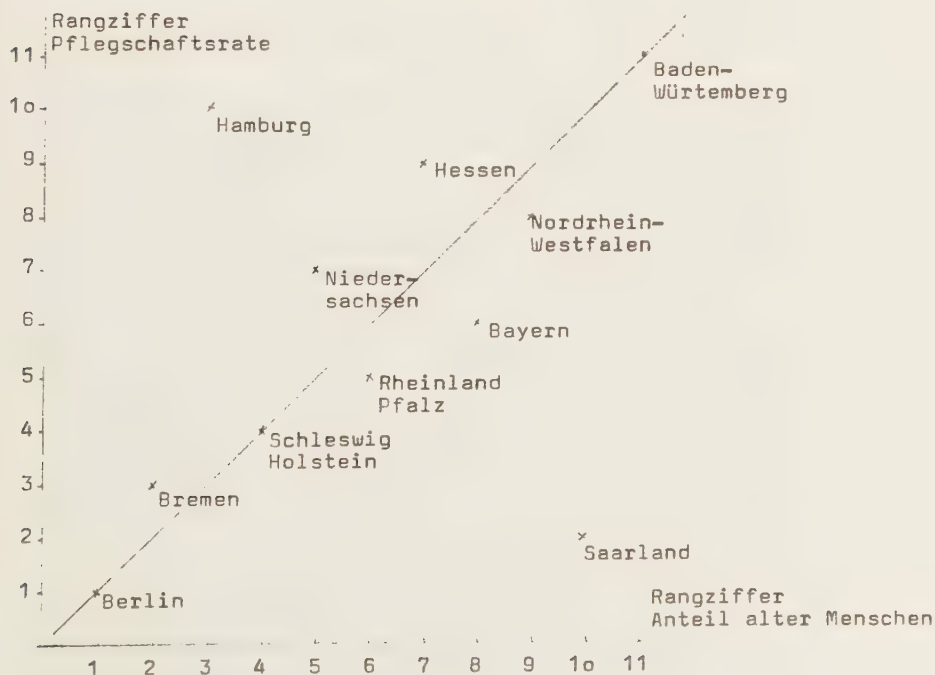


Abb. 18:

Zusammenhang zwischen Pflegerschaftsrate und dem Anteil alter Menschen in der Bevölkerung

Die Länder Berlin, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg erhalten sowohl auf der Ordinate wie auch auf der Abszisse die gleiche Rangziffer. Die beiden Länder Hamburg und Saarland fügen sich nicht dem engen Zusammenhang der beiden Variablen. Hier muß nach anderen Gründen geforscht werden, um den Unterschied in den Pflegschaftsraten zu erklären.

Im allgemeinen muß jedoch die Hypothese zurückgewiesen werden, die einzelnen Länder würden das bundeseinheitlich geltende Bürgerliche Gesetzbuch unterschiedlich handhaben. Der größte Teil der vorgefundenen Varianz wird durch den unterschiedlichen Altersaufbau der Bundesländer erklärt. Eine Beziehung zwischen der Bevölkerungsdichte und der Pflegschaftsrate besteht nicht.

8. Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse

Die römische "Cura" und das germanische Vormundschaftsrecht bilden die Grundlage eines Fürsorgegedankens für Hilfsbedürftige, der auch im Preußischen Landrecht 1794 Eingang gefunden hat. Auch in den heutigen Formen der Pflegschaft ist dieses Fürsorgebedürfnis richtungsweisend.

Die Gebrechlichkeitspflegschaft nach §1910BGB beinhaltet eine umfassende Fürsorge beim Vorliegen körperlicher Gebrechen. Durch den Absatz 2 im Gesetz wird eine Pflegschaft für einen begrenzten Kreis von Angelegenheiten möglich. Nur wenn eine Verständigung mit dem Gebrechlichen ausgeschlossen ist, kann die Pflegschaft auch ohne die Einwilligung des Betroffenen errichtet werden. Die Rechtsprechung ist zu keiner einheitlichen inhaltlichen Klärung des Begriffs "Verständigung" gelangt.

Die Errichtung einer Gebrechlichkeitspflegschaft hat in vielen Bereichen rechtliche Folgen, so auf das Wahlrecht, auf die Prozeßfähigkeit und andere. Daher ist der Vormundschaftsrichter zu einer sorgfältigen Prüfung des Fürsorgebedürfnisses verpflichtet.

Die vorliegende Untersuchung ist als Retrospektivstudie zu bezeichnen. Als Datenquellen dienten die PflEGschaftsakten aus zwei verschiedenen Amtsgerichtsbezirken sowie einige statistische Angaben über die Bevölkerung. Insbesondere sollten Fragen nach dem betroffenen Personenkreis, den Arten der Gebrechlichkeit, den vielleicht vorhandenen unterschiedlichen Rechtspraxen durch die Gerichte und Fragen nach Unterschieden in der Praxis in bezug auf soziologische Merkmale beantwortet werden. Die Datenverarbeitung erfolgte elektronisch mit Hilfe eines speziell für die Sozialwissenschaften entwickelten Programms. Die Merkmale der Stichprobe "Gebrechlichkeitspflegschaft" wurden hierzu unter verschiedenen Aspekten analysiert.

8.1. Soziologische Merkmale

Weit mehr als die Hälfte aller PflEGschaftsAnträge wurden für Menschen im höheren Lebensalter gestellt. Die Altersverteilung folgt dabei einer zweigipfeligen Kurve mit einem ersten Gipfel bei der Altersklasse der 30. bis 40-jährigen und einem zweiten, weitaus stärkeren Gipfel bei der Altersklasse der 70- bis 80-jährigen.

Zwei Drittel aller Anträge zur Errichtung einer Gebrechlichkeitspflegschaft betrafen Frauen. Da das Geschlechterverhältnis in der Gesamtbevölkerung zugunsten der Frauen verschoben ist, wird das Verhältnis von 2:1 in der Stichprobe dadurch sicherlich teilweise erklärt. In der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sowie der Bevölkerung Münchens, aus der die Stichprobe ja größtenteils stammt, übersteigt das Verhältnis Frauen zu Männern jedoch in keiner Altersgruppe den Wert von 1.8. In den jüngeren Altersgruppen ist das Verhältnis ausgewogen.

Eine voll befriedigende Erklärung für diese Diskrepanz kann mit den vorliegenden Daten nicht angeboten werden. Ob bei Frauen eher vor der "härteren" Maßnahme Entmündigung abgesehen wird als bei Männern und daher

auf die Gebrechlichkeitspflegschaft als weniger einschneidende Maßnahme ausgewichen wird, muß im Zusammenhang mit Untersuchungen aus dem Bereich der Entmündigung gesehen werden. Ein erklärender Hinweis aus den eigenen Daten ergibt sich aus dem signifikant höheren Anteil nichterwerbstätiger Frauen, sowie der Tatsache, daß Erwerbstätigkeit und Pflegschaftsantrag in einer negativen Beziehung zueinander stehen. Der negative Zusammenhang wird am Vergleich der Berufsverteilung zwischen der Münchner Bevölkerung und der Personen in der Stichprobe erkennbar.

Der Anteil an Heimbewohnern unter den Pflegelingen lag mit fast 13% um mehr als doppelt so hoch als in der Bevölkerung der Stadt München. Auch lebten sehr viele Pflegelinge allein; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Prozentsatz an Verwitweten unter den Pflegelingen wohl auch aufgrund des hohen Durchschnittsalters enorm hoch lag. (40 % Verwitwete in der Stichprobe im Vergleich zu 2.5% in der Gesamtbevölkerung.)

8.2. Merkmale der Gebrechlichkeit

Pflegschaften wurden meistens wegen geistiger Gebrechen errichtet. In jedem zweiten Gutachten wurde zumindest eine psychiatrische Diagnose gestellt. Ein Drittel der geistigen Gebrechen entfiel auf die psychischen Erkrankungen des höheren Lebensalters. Die endogenen Geisteskrankheiten Schizophrenie und affektive Psychosen waren in jedem zehnten Gutachten genannt. Körperliche Krankheiten im Sinne des §1910 Absatz 1 BGB (Taubheit, Blindheit, Stummheit) waren selten.

Häufiger jedoch wurden körperliche Krankheiten genannt, die in die Fachbereiche Neurologie und Innere Medizin führen. Inwieweit durch die attestierten Gebrechen die Betroffenen auch psychisch beeinträchtigt wurden, konnte nicht immer deutlich gemacht werden.

Zwei Drittel aller Patienten waren bereits soweit in ihrem Gesundheitszustand beeinträchtigt, daß eine Verstän-

digung mit ihnen nicht möglich war. In jedem siebten Attest wurde der Betroffene als geschäftsunfähig angesehen. Auch daher gaben nur die wenigsten überhaupt eine Stellungnahme zum Pflegschaftsantrag ab. Das Verfahren kam ohne ihr Wissen in Gang.

8.3. Merkmale der Pflegschaft

Als die häufigsten Wirkungsbereiche der Pflegschaft wurden die Bestimmung des Aufenthaltes und die Zuführung zu einer ärztlichen Behandlung beantragt. Nahezu jede vierte Pflegschaft sollte sich nach dem Willen des Antragstellers auf drei oder mehr Angelegenheiten erstrecken, wobei in manchen Fällen die beantragten Wirkungsbereiche einer Totalpflegschaft gleichkamen, ein körperliches Gebrechen aber nicht vorlag.

Von den 312 errichteten Pflegschaften waren nach Ablauf eines Jahres 98% beendet. Dabei fanden beinahe zwei Drittel durch den Tod des Pfleglings ihren Abschluß. Jede vierte Pflegschaft wurde auf Antrag des Pfleglings aufgehoben.

Zwar kann nicht ermessen werden, ob die Betroffenen ohne eine Pflegschaft länger gelebt hätten; die Tatsache jedoch, daß trotz Errichtung einer Pflegschaft als Schutzmaßnahme die Pfleglinge keine hohe Lebenserwartung mehr besaßen, läßt die Frage zu, ob die Hilfe nicht insgesamt zu spät gekommen war, - in einem Stadium der Erkrankung, bei dem die dann einsetzenden therapeutischen Maßnahmen nicht mehr wirksam sein konnten. Die Berechtigung dieser Frage wird durch den Sachverhalt weiter gestützt, daß von allen Pflegschaftsanträgen, die nicht zu einer Pflegschaft führten, jeder vierte deshalb seine Erledigung fand, weil der Betroffene während des Prüfungszeitraumes verstarb.

Die Dringlichkeit der Hilfe für den Pflegling wird auch am hohen Prozentsatz vorläufiger Unterbringungen deutlich. Eine solche ging in 40 % dem Pflegschaftsantrag voraus und signalisierte eine akute Gefahr für den Patienten.

8.4. Merkmale, welche die Mitwirkung von anderen Personen oder Institutionen betreffen.

Aus dem oben Dargelegten wird auch verständlich, daß ein Großteil der Gutachten von Ärzten stationärer Einrichtungen verfaßt wurde. Denn ihnen begegneten die Patienten zuerst, sie mußten in der Krisensituation Hilfe leisten, z./o. auch gegen den Willen des Kranken. Die Pflegschaft bot die rechtliche Möglichkeit hierzu.

Falls im Verlauf der Pflegschaft weitere Gutachten über den Pflegling zu erstellen waren, wurden diese fast immer von Ärzten in Kliniken angefertigt.

Die Vertreter öffentlicher Einrichtungen beantragten in 60% aller Fälle die Pflegschaft. Nur jeder vierte Antrag wurde von einem Verwandten gestellt. Dieser oder ein anderer Angehöriger betreuten den Patienten meist schon über einen längeren Zeitraum. Wenn sich die Situation dann aber weiter zuspitzte, konnte schließlich die Leistungsgrenze der Helfer erreicht werden, insbesondere dann, wenn eine ständige Aufsicht über ihren Schützling unumgänglich geworden war. Ein Gespräch mit dem Hausarzt offenbarte dann die Möglichkeit der Pflegschaft und damit zugleich auch den Verwandten eine Entlastung, wenn sie ihren Patienten in einem Altenheim oder psychiatrischen Krankenhaus unterbrachten. Häufig waren die Betreuer auch weiterhin bereit, sich für den Patienten zu engagieren und übernahmen das Pflegeramt. Die meisten Ehepartner überließen diese Aufgabe lieber einer anderen Person.

Für einen erheblichen Teil der allein lebenden Pfleglinge ließ sich kein Pfleger aus der Verwandtschaft finden. Hier wurden dann Rechtsanwälte herangezogen, die schon häufiger das Pflegeramt ausgeübt hatten. So waren in einigen Fällen für mehr als 15 Betroffene gleichzeitig bestellt.

Nur in 6% aller Fälle wurde der erste Pfleger durch einen zweiten ersetzt. Auch hierbei wurden Rechtsanwälte oder das Jugendamt bevorzugt.

8.5. Merkmale, die Beschwerden gegen die Person des Pflegers und die Pflegschaft selbst betreffen

Wenn gegen die Pflegschaft selbst Beschwerden vorgebracht wurden, richteten sich diese gegen Aussagen im ärztlichen Attest, wonach eine Verständigung mit dem Betroffenen nicht möglich gewesen wäre; in anderen Fällen hatte der Patient sich freiwillig der Behandlung unterzogen oder die Nachricht von der beantragten Pflegschaft zu spät erhalten, so daß ihm eine Stellungnahme unmöglich gemacht wurde. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß der akute Krankheitszustand eine Weiterleitung der richterlichen Bitte um eine Stellungnahme durch das Personal oft als unsinnig erscheinen ließ. Im Beschwerdefall fragte der Vormundschaftsrichter den behandelnden Arzt nach der Geschäftsfähigkeit des Beschwerdeführers. Wurde diese bejaht, gab das Gericht dem Antrag auf Aufhebung der Pflegschaft statt. War der Patient geschäftsunfähig, beharrte aber auf der Beschwerde, wurde die nächsthöhere Instanz eingeschaltet, die zwar gleichermaßen verfuhr, sich aber stärker um eine Sachaufklärung durch ein Gespräch mit dem Betroffenen bemühte.

Alle Beschwerden entfielen auf den Amtsgerichtsbezirk München.

8.6. Beziehungen zwischen den Variablen

Zwischen dem Alter der Pfleglinge und der Art der Einstellung gegenüber der Pflegschaft besteht ein signifikanter Zusammenhang. Ältere Menschen sind eher bereit, die Pflegschaft als Hilfsangebot anzunehmen, als jüngere Patienten. Jene sind sicher nicht immer "kränker" als diese (wenn gleich dieser Umstand eine Rolle spielen mag), doch haben sich ältere Menschen im Verlauf ihres Lebens wohl eher daran gewöhnt, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die "kognitive Dissonanz" zwischen Autonomiestreben und subjektivi-

ver Hilfsbedürftigkeit mag bei jüngeren Leuten stärker ausgeprägt sein.

Wohl auch deshalb lehnen sich junge Menschen häufiger gegen die Pflegschaft auf, indem sie dagegen Beschwerde einlegen. Als selbständig handelnde Individuen betrachten sie die Pflegschaft eher als ein Instrument zur Einschränkung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten denn als Hilfe in einer Krisensituation.

Eine gewisse Stütze erfährt diese Interpretation durch die Tatsache, daß selbständig arbeitende Menschen sich in keinem Fall mit einer Pflegschaft einverstanden erklärten. Personen, die ohne einen Beruf auszuüben, den Tag zu Hause verbringen, nehmen eine Hilfe leichter an.

Andererseits bestehen auch Beziehungen zwischen der Diagnose und der Häufigkeit von Beschwerden. Es sind Schizophrene und Drogenabhängige, die sich gegen die Pflegschaft zur Wehr setzen. Möglicherweise begreifen sich gerade diese Gruppen nicht als krank und interpretieren demzufolge staatliche Hilfsmaßnahmen als bloße Behauptung der Existenz der Krankheit; dadurch wird ihnen die Annahme der Pflegschaft unmöglich gemacht.

Vergleicht man die Pflegschaftsraten in den einzelnen Bundesländern miteinander, dann lassen sich erhebliche Abweichungen voneinander feststellen. Diese Unterschiede ließen sich aber primär auf die verschiedene Altersstruktur der Bundesländer zurückführen. Nur das Saarland und der Stadtstaat Hamburg bilden hiervon eine Ausnahme.

Die schon von FINZEN (zitiert nach 17) aufgestellte Vermutung, ein engeres Netz ambulanter Versorgung könne die Zahl stationärer Klinikaufnahmen verringern, wird durch den nachgewiesenen Zusammenhang zwischen der Dichte niedergelassener Ärzte im Bundesland und der Zahl untergebrachter Pfleglinge und Mündel gestützt.

8.7. Beantwortung der dieser Untersuchung zugrundeliegenden Fragen

1. Personenkreis

In erster Linie sind Personen höheren Alters von der Gebrechlichkeitspflegschaft betroffen. Hierbei überwiegt die Zahl der Frauen. Verwitwete und Alleinlebende sind ebenfalls überproportional vertreten.

2. Gebrechen

Jede Erkrankung kann Anlaß zur Errichtung einer Gebrechlichkeitspflegschaft sein. Am häufigsten waren die organischen Hirnstörungen mit oder ohne psychotische Begleitsymptomatik vertreten. Die verschiedenen Formen der Drogenabhängigkeit - der Alkoholismus eingeschlossen - standen an zweiter Stelle, gefolgt von den endogenen Geisteskrankheiten "Schizophrenie" und "affektive Psychosen." Neurotische Erkrankungen fielen hingegen nicht ins Gewicht.

3. Körperliche Gebrechen

Die Anteile körperlicher und geistiger Gebrechlichkeit lassen sich nur ungenau bestimmen. Mehr als die Hälfte der Betroffenen wiesen psychische Störungen auf. Die vom Gesetzgeber ausdrücklich erwähnten körperlichen Krankheiten gaben selten Anlaß zu einer Pflegschaft.

4. Soziologische Merkmale

Die dieser Untersuchung zugrundegelegte Fragestellung, ob hinsichtlich soziologischer Merkmale wie Beruf oder Familienstand in der Rechtspraxis der Gebrechlichkeitspflegschaft Unterschiede bestehen, lehnt sich der Untersuchung von HOLLINGSHEAD und REDLICH aus dem Jahr 1950 an (aus 17,35). Diese Autoren vermochten einen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit psychischer Krankheiten und sozialer Schicht nachzuweisen. Weiterhin konnten sie die Abhängigkeit zwischen Art der psychia-

trischen Behandlung und sozialer Schicht aufzeigen. Auch DILLING (17) konnte diesen Zusammenhang für den oberbayerischen Raum aufdecken:

In der vorliegenden Studie durfte wegen der Lückenhaftigkeit des Datenmaterials nicht der Versuch unternommen werden, die erwähnten Zusammenhänge zu überprüfen. Hier wirkt sich der Nachteil einer Retrospektivstudie voll aus. Zudem stellt der untersuchte Personenkreis hinsichtlich Geschlechterverhältnis und Altersstruktur eine eigene Gruppe dar.

5. Lokale Unterschiede in der Rechtspraxis und in den den Pflschafts-anträgen zugrundegelegten Diagnosen

Lokale Besonderheiten lassen sich hinsichtlich des Patientengutes nicht nachweisen, soweit eine solche Aussage bei der geringen Zahl aus dem Günzburger Kreis überhaupt zulässig ist. Die Verteilungen der Erkrankungsarten, welche eine Pflschaft herbeigeführt haben, gleichen sich in beiden Amtsgerichtsbezirken. Insofern wird die Vermutung, die unterschiedlichen Regionalstrukturen in München und Günzburg würden verschiedene Krankheitshäufigkeiten bedingen, nicht bestätigt. Auch die Anteile an akuten Krisenfällen sind, gemessen an der Zahl der vorläufigen Unterbringungen, vergleichbar. (siehe Variable 5.4.3.3. dieser Untersuchung)

Hingegen werden lokale Unterschiede in der Reaktion der Amtsgerichte auf einen Pflschafts-antrag erkennbar. Wohl mitbedingt durch die erheblich größere Antragszahl führten die Münchener Vormundschaftsrichter lediglich in schriftlicher Form (telefonische Ermittlungen waren nur spärlich in den Akten vermerkt) die notwendigen Schritte zur Sachaufklärung möglichst rasch Hilfe auf rechtlicher Ebene zukommen lassen zu können, wurde der Zeitraum, in dem der Be-

troffene Stellung beziehen sollte, auf drei Tage begrenzt.

Bei der geringen Anzahl an Pflegschaftsanträgen waren die Richter im Amtsgerichtsbezirk Günzburg leichter in der Lage, sich persönlich mit dem Patienten über die Notwendigkeit einer Pflegerbestellung auseinanderzusetzen. Auch der Anfahrtsweg zum Nervenkrankenhaus ist kürzer. So vermochten die Richter die Pflegschaft rascher zu beschließen. Falls der Patient die Situation überhaupt erfassen konnte, war er in Günzburg eher bereit, der Errichtung zuzustimmen. (siehe Variable 5.4.2.4.) Die im Amtsgerichtsbezirk München aufgetretenen Beschwerdegünde entfielen für den Bereich Günzburg somit. (siehe Variable 5.4.5.2. dieser Untersuchung)

Wie wichtig die persönliche Kontaktaufnahme zwischen Richter und Patient ist, mag das Beispiel eines 52-jährigen Alkoholikers verdeutlichen, der seine Beschwerde gegen die Anordnung einer Pflegschaft zurücknahm, als die Vertreter des Münchner Landgerichts zusammen mit dem behandelnden Arzt dem Patienten in einem Gespräch die Notwendigkeit einer Behandlung einsichtig machen konnten. Vielleicht wurde dadurch im Patienten das Gefühl vermindert, einer Institution ohnmächtig ausgeliefert zu sein, und der Eindruck verstärkt, daß auch diese Institution einer Kontrolle unterliegt.

9. Präventive Maßnahmen zur Verringerung der Pflegschaftszahlen

9.1. Prognose der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten

Die Pflegschaftsrate wird maßgeblich vom Anteil alter Menschen in der Gesamtbevölkerung mitbestimmt. Daher ist die zukünftige Entwicklung der Alterspyramide von Bedeutung, da mit einer veränderten Altersstruktur sich die sozialen Aufgaben der Gesellschaft wandeln werden.

Ohne auf die verschiedenen Modellrechnungen eingehen zu wollen (siehe dazu: 10,13,61), läßt sich als Fazit wohl aller Prognosen eine(erhebliche) Steigerung des Anteils von Menschen höheren Lebensalters in der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vorhersagen. Da insgesamt eher die Bevölkerungszahl abnehmen wird, ist ein Ansteigen der absoluten Anzahl alter Menschen nicht zu erwarten. Allerdings nimmt der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung ab.

Die sozialen Bemühungen der nächsten Jahrzehnte müssen vermehrt auf die Probleme der Alten ausgerichtet werden. "Die Betreuung des alten Menschen in der heutigen Zeit (kann) nicht mehr allein dem kleinen Familienverband überlassen werden. Die Öffentlichkeit muß einspringen..."(42)

9.2. Primäre Prävention: Berücksichtigung der geronto-psychiatrischen Forschungsergebnisse

Die statistischen Kennwerte, wie die Unterbringungsrate, die Pflegschaftsrate oder andere können als abhängige Variable identifiziert werden. Es gilt, die bestimmenden Einflußgrößen zu erkennen und sie zu verändern. Hierzu ist ein mehrdimensionales Vorgehen erforderlich, das auch die Ergebnisse geronto-psychiatrischer Forschung praktisch berücksichtigt:

Eine schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit im höheren Erwerbsalter würde die Vorbereitung auf ein Leben ohne berufliche Tätigkeit erleichtern.

Auf dem Gebiet des Wohnungsbaus muß jede Absonderung der alten Menschen in speziellen Vierteln vermieden werden. Parterrewohnungen sind alten Menschen bevorzugt zur Verfügung zu stellen.

Auch andere Möglichkeiten sind zu nutzen, wenn die Häufigkeit sozialer Kontakte gesteigert werden soll. Altenclubs können die Freizeit mitorganisieren. Die Alten sollten in Stadtteilzeitungen zu Wort kommen können.

Durch regelmäßige Besuche durch Altenpfleger oder Sozialarbeiter sind Gefährdungen frühzeitig zu erkennen und die Übernahme in eine kollektive Wohnform einzuleiten. Allerdings ist hier vor einer "psychiatrischen Durchkämmung" (70) zu warnen, solange z.B. ein genügender Datenschutz noch nicht gewährleistet ist. Der Übergang zum sekundär-präventiven Bereich zeichnet sich ab.

9.3. Sekundäre Prävention: Frühzeitige Erfassung der Gefährdeten

Haben primär-präventive Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit bzw. die Vermeidung eines Krankheitsausbruch zum Ziel, sollen sekundär-präventive Einrichtungen krankheitsgefährdeten Menschen Unterstützung in Krisensituationen zukommen lassen. Gerade alte Menschen sind in besonderem Maße vermehrten Krisenbedingungen ausgesetzt, sei es durch eigene Krankheit, durch den Tod des Partners oder ähnlichem. Dies wird auch durch die hohe Suizidrate gerade im fortgeschrittenen Alter belegt. (38)

9.4. Tertiäre Prävention: Ausbau ambulanter Dienste

Schließlich gilt es, im tertiär-präventiven Bereich die ambulanten Therapiemöglichkeiten bei Erkrankten weiter auszubauen. Dazu sollten vermehrt Tages- und Nachtkliniken zur Verfügung gestellt und die Dichte der Versorgung durch eine größere Zahl niedergelassener Nervenärzte gesteigert werden.

10. Mögliche gesetzliche Neuregelungen

Die vorgeschlagenen präventiven Maßnahmen bedeuten eine enorme Umschichtung vorhandener finanzieller Mittel im sozialen Bereich und möglicherweise auch einen finanziellen Mehraufwand im Hinblick auf den erforderlichen Ausbau ambulanter Dienste. Sie bedürfen einer intensiven Diskussion sowie einer genauen Kosten-Nutzen-Analyse unter volkswirtschaftlichem Aspekt.

Dies sollte aber nicht als alleiniger Maßstab herangezogen werden. Für die erwerbstätige Bevölkerung schafft eine gesicherte Altersversorgung den Mut zur weiteren Arbeit, wobei die Höhe der Rente hinter der guten Qualität des Lebensabends zurücksteht. Die Qualität wird durch das Netz öffentlicher Fürsorgeeinrichtungen mitbestimmt, wobei jedoch auch die Gefahren einer totalen Versorgung gesehen und rechtzeitig vermieden werden müssen.

Die Pflegschaft im Bürgerlichen Gesetzbuch bildet die gesetzliche Grundlage der Fürsorge für einen Gebrechlichen und erfüllt mit ihrem Grundgedanken der Freiwilligkeit die Forderung nach einem Instrument staatlicher Hilfe, das die Eigenständigkeit des Einzelnen als hohes Gut betrachtet; der Fremdbestimmung des Menschen wird eine liberale Schranke gesetzt. Diesen Grundgedanken gilt es auch in Zukunft zu bewahren. Somit ist sicher EHRHARDT (21) recht zu geben, wenn er schreibt: "Bei aller Kritik kann man aber ebensowenig von einer grundsätzlich verfehlten Konzeption unseres Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts sprechen."

Den Bereich der Pflegschaft betreffend- und nur dieser steht hier zur Diskussion - sollte also an der grundsätzlichen Konzeption festgehalten werden.

10.1. Die Zwangspflegschaft als Regelfall

Die vorliegende Untersuchung konnte aber auch bestätigen, was zahlreiche Autoren auf dem Gebiet der Gebrechlichkeitspflegschaft bereits festgestellt haben:

"Die Zwangspflegschaft, vom Gesetzgeber erkennbar als Ausnahme vorgesehen, ist zur Regel geworden." (50)

" In der Praxis wird von dieser Möglichkeit (der Zwangspflegschaft) in großem Umfang Gebrauch gemacht." (57)

In dieser oder ähnlicher Form wird immer wieder auf diesen Tatbestand hingewiesen: Obwohl eine Person ihre Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag, (Voraussetzung zur Entmündigung) wird sie unter Pflegschaft gesetzt, weil sie nur "begrenzter Fürsorge" bedarf. (52). Weil eine entmündigungsreife Person nicht entmündigt werden muß, wird er bei partiellem Fürsorgebedürfnis unter eine Pflegschaft gestellt.

Hingegen ergab die vorliegende Untersuchung:

Nicht einmal jeder zehnte Betroffene willigt ausdrücklich in die Pflegschaft ein. (siehe Variable 5.4.2.4.)

Bei zwei von drei Patienten ist eine Verständigung nicht möglich. (siehe Variable 5.4.2.2.)

Bei jeder vierten Pflegschaft verbleibt nur noch ein geringer Raum zum eigenständigen Handeln des Pflege- lings. (siehe Variable 5.4.3.1.)

Die Institution Pflegschaft wird hierdurch ihrem liberalen Grundgedanken nicht mehr voll gerecht. Dies ist jedoch weniger als Ausdruck einer autoritären Rechtspraxis, die etwa dem Bürger die rechtsstaatlichen Garantien eines Entmündigungsverfahrens vorenthalten möchte, anzusehen, vielmehr ist dies auf einen Mangel an einer gesetzlichen Grundlage, die auf den Großteil der Patienten mit einem Schutzbedürfnis zugeschnitten ist, zurückzuführen. Diese lassen sich nicht der starren Dichotomie unterwerfen, die zu Beginn unseres Jahrhunderts bei der Verabschiedung des BGB den Richtern vorgeschwebt haben mochte: - hier der frei und autonom Handelnde, der trotz körperlicher Gebrechen diese Handlungsfähigkeit nicht verliert- dort der Geisteskranke und Geisteschwache, der nicht mehr selbstverantwortlich zu handeln in der Lage ist und daher zu entmündigen ist. Die Mehrzahl der Hilfsbedürftigen ist jedoch durch solche körperliche und geistige Krankheiten beeinträchtigt, die ihr die Regelung dieser oder jener persönlichen Angelegenheit noch nicht unmöglich machen.

10.2. Anforderungen an eine Neuregelung des § 1910 BGB

Eine Neuregelung des § 1910 BGB sollte folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

10.2.1. Differenziertere Abstufung der Betreuungsmöglichkeiten

Ein neues Fürsorgegesetz muß ein differenziertes Repertoire an Maßnahmen bereitstellen, das einen Sturz in die nahezu vollständige Abhängigkeit verhindern kann, sollte ein Mensch nur ein wenig ins Schwanken geraten.

10.2.2. Einbeziehung des "natürlichen Willens" in den Gesetzestext

Ein neues Pflegschaftsgesetz sollte ausdrücklich die natürliche Form der Verständigung ansprechen. Der Unwille allein zur Pflegschaft bedeutet nicht die Verständigungsunfähigkeit. Vielmehr kommt es hierbei nach dem Urteil des BGHZ(08) auf den "natürlichen Willen" des Betroffenen an, welcher vom Willen oder Unwillen zur Unterordnung einer Pflegschaft als unabhängig anzusehen ist.

10.2.3. Ersatz der Termini "körperliche und geistige Gebrechen" zugunsten der "Behinderung"

Ein neues Gesetz sollte die Problematik der Ätiologie einer Gebrechlichkeit umgehen. Der Begriff der Behinderung erfaßt auch die körperlichen und geistigen Gebrechen des § 1910 BGB.

Nach der Entschliebung des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 27.6.1974 wird die Behinderung definiert als "angeborene oder erworbene Minderung der körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit, die sich auf die normalen Tätigkeiten und die Arbeit dadurch auswirkt, daß ihre Teilnahme am Berufsleben und am Leben der Ge-

meinschaft sowie ihre Fähigkeit zur Benutzung öffentlicher Einrichtungen beeinträchtigt ist."(58)

Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert Behinderung als "einen permanenten oder vorübergehenden krankhaften Zustand, der zur Funktionseinschränkung führt."(58) Dabei kann die Behinderung durch den Betroffenen selbst subjektiv, durch professionelle Beurteilung objektiv, oder durch das Urteil von Angehörigen der gleichen sozialen Gruppe gemessen werden.

Das Wort "Behinderung" hat in Deutschland bei weitem nicht den diskriminierenden Beigeschmack wie der Terminus "geistig gebrechlich", der zu Assoziationen wie "blöd" oder "irre" Anlaß geben kann.

Im österreichischen Entwurf zur Sachwalterschaft über Behinderte wird ebenfalls das Wort "Behinderung" gewählt, wenngleich nicht definiert.(22)

10.3. Vorschlag für ein neues Gesetz zur Pflegschaft für Behinderte

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen sollte eine veränderte Gebrechlichkeitspflegschaft rechtlich wie folgt umrissen und in die Pflegschaft für Behinderte umbenannt werden:

1. Wer infolge einer Behinderung seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag, kann einen Pfleger für seine Person und sein Vermögen erhalten. Die Anordnung darf nur mit der Einwilligung des Betroffenen erfolgen, es sei denn, er kann seinen natürlichen Willen nicht äußern.
2. Wer infolge einer Behinderung einzelne oder einen Kreis seiner Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag, kann hierfür einen Pfleger erhalten. Die Anordnung darf nur mit der Einwilligung des Betroffenen erfolgen.

3. Wer infolge einer Behinderung einzelne oder einen Kreis seiner Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag, erhält zur Besorgung dieser Angelegenheiten einen Pfleger, wenn er seinen natürlichen Willen nicht äußern kann oder dieser Wille krankhaft verändert ist.

10.4. Diskussion des Vorschlags

Der erste Abschnitt entspricht dem § 1910 Abs.1 BGB. Auch hiermit ist eine Totalpflegschaft beabsichtigt. Mit dem Begriff der Behinderung wird aber auch eine Totalpflegschaft aufgrund geistiger Leistungseinbußen ermöglicht, sofern der Betroffene dies will. Eine Totalpflegschaft gegen den Willen ist nicht möglich; nur wenn der natürliche Willenz.8. aufgrund von Bewußtlosigkeit nicht geäußert werden kann, darf auf die Einwilligung verzichtet werden. Rasche Hilfe wird dadurch möglich. Die körperlichen Krankheiten werden nicht mehr gesondert erwähnt, weil nicht die Ätiologie der Krankheit im Vordergrund steht, sondern die Beeinträchtigung der Leistungs- und Erlebnisfähigkeit. Ein Patient mit einer Phenylketonurie gilt als körperlich krank, sein Intelligenzdefekt erweist sich aber als wichtigstes Symptom.

Auch im Abschnitt 2 wird eine Entsprechung zum § 1910 Absatz 2 BGB gesucht:

Das Wort "Behinderung" deckt die körperlichen und geistigen Gebrechen der gültigen Regelung ab. Eine Partialpflegschaft ist beabsichtigt. Die Freiwilligkeit wird hervorgehoben. Nicht die Geschäftsfähigkeit oder die Verständigungsmöglichkeit beeinflussen die Freiwilligkeit - liegt keine Einwilligung vom Betroffenen vor, ist dieser Absatz nicht anwendbar.

Der Abschnitt 3 wird angefügt, um eine tatsächlich formulierte rechtliche Grundlage für die Zwangspflegschaft zu schaffen. Die Anordnung der Pflegschaft muß erfolgen, wenn der natürliche Wille nicht ausgedrückt werden kann oder dieser krankhaft verändert ist. Die Formulierung läßt eine Pflegschaft für die große Mehrheit der in der Stichprobe vorgefundenen Diagnosen zu: hirnorganische Veränderungen mit oder ohne psychotischer Begleitsymptomatik einerseits und die Formen der Drogenabhängigkeit andererseits. Bei den letzteren ist der natürliche Willen häufig verändert, besonders in akuten Vergiftungszuständen oder bei langjährigem Mißbrauch. Die Verwirrheitszustände bei den "Cerebralsklerosen" lassen eine adäquate Stellungnahme zum Pflegschaftsantrag nicht zu.

Zum anderen gelingt es mit dieser Form des Abschnittes 3, dem erforderlichen differenzierten Stufenmodell zu entsprechen, das auf die verschiedenen Ausprägungsgrade der Behinderung Rücksicht zu nehmen in der Lage ist. Der Richter muß hierbei in jedem Einzelfall die zu besorgenden Wirkungsbereiche festlegen. Manche Entmündigung könnte hierdurch sehr wahrscheinlich überflüssig gemacht werden. Der Betroffene könnte hiermit rascherer Hilfe zugeführt werden.

10.5. Ein neuer Sozialberuf: Der Gemeindepfleger

Oft ist es schwierig, einen geeigneten Pfleger für einen Behinderten zu finden. Entweder sind keine Verwandte vorhanden oder diese sind aus mancherlei Gründen nicht in der Lage, die Pflegschaft zu übernehmen. In solchen Fällen bestimmt das Vormundschaftsgericht einen Rechtsanwalt oder das Stadtjugendamt zum Pfleger. Beide sind durch viele andere Tätigkeiten an einer optimalen Ausübung ihres Amtes gehindert. Ihr Wissen über medizinische Rehabilitationsmöglichkeiten ist meist nicht ausreichend. Eine Verpflichtung, sich darüber zu informieren, gibt es nicht.

Aus solchen Gründen schlägt der österreichische Entwurf zur Sachwalterschaft für Behinderte vor, die Tätigkeit ihres Sachwalters auf eine berufliche Grundlage zu stellen. Angehörige dieses Berufes sollen über entsprechende juristische, psychiatrische und sozialarbeiterische Fähigkeiten verfügen. Grundsätzlich ist dieser Vorschlag zu begrüßen.

Die Pflegschaft durch einen professionellen Pfleger erscheint als Regelfall jedoch nicht wünschenswert. Zwar sollte ihr Wissen über eine optimale Behandlung eines Pfleglings auch der größeren Gruppe der "Laienpfleger" zugänglich gemacht werden. Dazu dürfte aber eine intensive Betreuung an der "langen Leine" durch den Gemeindepfleger ausreichend sein.

Verzeichnis der Abkürzungen

AMP	= Arbeitsgemeinschaft für Methodik und Dokumentation in der Psychiatrie
BayOLG	= Bayerisches Oberlandesgericht
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGHZ	= Bundesgerichtshof für Zivilsachen
FGG	= Freiwillige Gerichtsbarkeit
ICD	= International Classification of Diseases
JWG	= Jugendwohlfahrtsgesetz
NJW	= Neue Juristische Wochenzeitung
OLG	= Oberlandesgericht
RGRK	= Reichsgericht, Reichskammergericht
SPSS	= Statistical Package of Social Sciences
SS	= Summe
ZPO	= Zivilprozeßordnung

LITERATURVERZEICHNIS

- o1. AMP - System: Manual zur Dokumentation psychiatrischer Befunde, Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1972
- o2. Bay. OLG, 1954, 3o2
- o3. Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland, Bundesdrucksache 7/42oo, Verlag Hans Heger, Bonn, 1976
- o4. Boschan, S.: Die Pflegschaft, Köln, 1956
- o5. Bundesgerichtshof, BGH, 35, 1
- o6. Bundesgerichtshof für Zivilsachen, BGHZ, 1964, 1o6
- o7. Bundesgerichtshof für Zivilsachen, BGHZ, 1964, 3o3
- o8. Bundesgerichtshof für Zivilsachen, BGHZ, 48, 159
- o9. Bundesgesetzblatt vom 27.7.1979, Verlag Hans Heger, Bonn, 1976
- 1o. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, 1974
11. Clauss, G. und Ebner, H.: Grundlagen der Statistik, Harri Deutsch Verlag, Frankfurt am Main, 1972
12. Conrad, H.: Deutsche Rechtsgeschichte, Karlsruhe, 1962
13. Dettling, W.: Schrumpfende Bevölkerung - wachsende Probleme, Olzog Studienbuch, München, 1978
14. Deutsche Justiz - Rechtspflege und Rechtspolitik, Hrsg.: Reichsminister der Justiz, R.v.Decker Verlag, 11. Jahrgang, Berlin, 1943
15. Diagnoseschlüssel und Glossar psychiatrischer Krankheiten, Hrsg.: Degwitz, R. et al., 5. Auflage, Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 198o
16. Dieterich, R.: Psychodiagnostik, Verlag Reinhardt, München, 1973
17. Dilling, H. und Weyerer, S.: Epidemiologie psychischer Störungen und psychiatrische Versorgung, Verlag Urban und Schwarzenberg, München-Berlin-Baltimore, 1978
18. Diwald, H.: Geschichte der Deutschen, Propyläen Verlag, Frankfurt am Main, 1978

19. Dunz, W.: Grundrecht und Bevormundung Juristische Zeitung, 1960, 475-479
20. EDV-Unterlagen des Statistischen Amtes der Stadt München, (Midas), München, 1979
21. Ehrhardt, H.E.: Probleme einer Reform des Entmündigungs und Vormundschaftsrechts, in: Festschrift für Herman Stutte, Jugendpsychiatrie und Recht , Köln, 1979
22. Entwurf eines Bundesgesetzes über die Sachwalterschaft für Behinderte, Österreich, 1979
23. Entwurf eines 5. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes, Bundesdrucksache 8/2682 , Verlag Hans Heger, Bonn, 1979
24. Ergebnisse der Volks-, Berufs und Arbeitsstättenzählung 1970, in: Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt München, München, 1972
25. Gaedt, C.: Ein Lehrstück bundesdeutscher Reformpolitik: Der Bericht über die Lage der Psychiatrie, in: Jahrbuch für Kritische Medizin, Band 1, Argument Verlag, Berlin, 1976
26. Gensch, R.: Forschung für die Alten , Berlin, 1976
27. Göppinger, H. und Witter, H.: Handbuch der Forensischen Psychiatrie , Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1972
28. Gruenberg, E.M. und Cummings, J.H.: A mental health research survey of older people 1959, in: Redlich, F.C. und Freedman, D.X.: Theorie und Praxis der Psychiatrie Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1970
29. Handbuch der Rechtsmedizin Hrsg.: Eisen, G. Stuttgart, 1974
30. Hattenhauer, H.: Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten von 1794 , Metzner Verlag, Frankfurt am Main, 1970
31. Hefermehl, W.: Pflegschaft in: Erman, J.: BGB- Handkommentar 3. Abschnitt, 3. Titel, Aschendorf Verlag, Münster, 1972

32. In der Beek, M. und Wuttke, H.: Geistige Gebrechlichkeit und § 1910 BGB , in: NJW, 1968, 1165 ff.
33. Jansen, P.: Freiwillige Gerichtsbarkeit FGG, 2. Band 2. Auflage, Walter de Gruyter Verlag , Berlin, 1970
34. Keupp, H.: Der Widerspruch von Präventionsgedanken und "medizinisches Modell" in der Schulberatung, in: Gruppendynamik, 1975, 6
35. Keupp, H.: Psychische Störungen als abweichendes Verhalten, Urban und Schwarzenberg Verlag, München-Berlin -Wien, 1972
36. Koester, H.: Vormundschaften bei hospitalisierten psychisch Kranken- Hilfe oder Behinderung , in: Behandlung und Rehabilitation, 10. Psychiatertagung, Köln, 1974
37. Koester, H.: Zur Weiterentwicklung des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts, Psychiatrische Praxis, 1979, 6, 54-59
38. Kreitman, N.: Die Epidemiologie von Suizid und Parasuizid, Nervenarzt 51, 1980, 131-138
39. Lingenthal, v. Z.: Griechisch-römisches Recht, Aalen, 1955
40. Mende, W.: Gerichtliche Psychiatrie, in: Bleuler, E.: Lehrbuch der Psychiatrie, 14. Auflage , Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1979
41. Mende, W.: In: Lexikon der Psychiatrie, Hrsg.: Müller, C. Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1973
42. Müller, C.: Alterspsychiatrie , Thieme Verlag, Stuttgart, 1967
43. NJW, 1955, 1714
44. NJW, 1961, 1411
45. NJW, 1976, 2018-2020
46. Palandt, O.: Bürgerliches Gesetzbuch BGB, 36. Auflage, München-Berlin, 1977
47. Plasnitz, H. und Eckardt, K. A.: Deutsche Rechtsgeschichte, Graz, 1961
48. Poeck, K.: Neurologie, 3. Auflage, Springer Verlag, Berlin-Heidelberg- New York, , 1974
49. Rest, F.: Psychosoziale Aspekte des institutionellen Sterbens alter Menschen , Aktuelle Gerontologie, 9, 1979, 35-48
50. RGRK-BGB, Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtssprechung des Reichsgerichts

- und des Bundesgerichtshofs., 11. Auflage, Band 4/2,
Walter de Gruyter Verlag, Berlin, 1960
51. Riedel, H.: Jugendwohlfahrtsgesetz- Kommentar, 4. Auflage,
J. Schweitzer Verlag, Berlin, 1965
 52. Säcker, F.J.: Münchner Kommentar zum Bürgerlichen Ge-
setzbuch, Band 1 und 5 , München, 1978
 53. Sachs, L.: Statistische Methoden, 3. Auflage, Springer Verlag,
Berlin-Heidelberg-New York, 1976
 54. Schneider, H.D.: Aspekte des Alterns: Ergebnisse sozial-
psychologischer Forschung , Frankfurt am Main, 1974
 55. Schubö, W.: Skriptum zur Statistik, München, 1972
 56. Schulte, W. und Tölle, R.: Psychiatrie , 3. Auflage, Sprin-
ger Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1975
 57. Schumann, H. und Lencker, Th.: Psychiatrische Probleme
des Privatrechts, in: Handbuch der Forensischen Psychia-
trie, Band 1, Hrsg.: Göppinger, H. und Witter, H.,
Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1972
 58. Schwarz, R. und Michael, J.: Zum Konzept der (psychischen)
Behinderung, Nervenarzt, 48, 1977, 656-662
 59. Schwind, F.: Römisches Recht , Wien, 1950
 60. Seifert, K.H.: Bundeswahlrecht , München, 1976
 61. Sieber, G.: Die Altersrevolution , Reinbek bei Hamburg, 1974
 62. Soddy, K.: The mental hygiene movement and the problem
of preventive mental health , in: Psychiatrie der Gegen-
wart, Band 3 , Hrsg.: Kisker K.P., Meyer J.E., Müller M.,
Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1961
 63. SPSS - Statistical Package for Social Sciences, 7. Ausgabe
Hrsg.: Beutel, P., Fischer Verlag,
Stuttgart-New York, 1978
 64. Statistik des Bundesjustizministeriums zu Angelegenhei-
ten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, (unveröffentlicht) ,
1976-1978
 65. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland
1977, Kohlhammer Verlag, Wiesbaden, 1978
 66. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland
1978, Kohlhammer Verlag, Wiesbaden, 1979
 67. Stein-Jonas bearbeitet von Pöhle, R.: Kommentar zur

- Zivilprozeßordnung , 19. Auflage, Tübingen, 1972
68. Tartler, R.: Das Alter in der modernen Gesellschaft, Stuttgart, 1961
69. Witter, H.: Grundriß der Gerichtlichen Psychologie und Psychiatrie, Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1970
70. Wulff, E.: Politische Indienstnahme der Psychiatrie in Ost und West , in: Das Argument 111, Argument Verlag, Berlin, 1978

I. Angelegenheiten der

D. Angelegenheiten des

	Vormundschaften, Pflegschaften und Berufsordnungen Es blieben im Jahresbuch anhängig				Zu dem am Schluß des Jahres noch nicht be- endeten Vormundschaft- Pflegschaften und Berufsordnungen gebildet:	sonstige
	a) Vormund- schaften	b) Pfle- gschaften	c) Berufs- ordnungen	d) zusammen	1) mit formeller Pflegschaft (B. 184, 185, 186, 187, 188, 189)	2) ohne formelle Pflegschaft
Baden-Württ.	19726	39938	2022	61646	10864	50822
Bayern	88033	107079	3207	138319	14830	123489
Berlin	4871	37145	872	50072	4747	92288
Bremen	4869	9200	198	14267	694	13583
Hamburg	15120	14141	1448	31209	1686	29523
Hessen	30134	54144	4716	86106	10330	75776
Niederrhein	39135	68575	2641	110311	9279	101032
Rheinl.-Fralz	11270	148868	5300	167878	14860	249018
Sachsen	15644	10954	2004	28602	6162	22445
Schlesw.-Holst.	2655	12500	127	15282	777	14505
	19153	28103	1222	49278	4127	45051
I	298040	581471	28534	883065	12372	748355

freiwilligen Gerichtsbarkeit

Vormundschaftsgerichte

1	2	3	4	5	6	7
	Verfahren auf vorwund- schaftsgerichtliche Ge- nehmigung zur Ein- setzung eines Vormund- schaftsrichters (Vormund- schaftsgerichtliche Pflegschaft oder Pflegschaft erhebender Personen (B. 1800 Abs. 2 BGB)) wurden anhängig	Andere vorwundschafts- gerichtliche Angelegen- heiten (X-Stellen - B. 4 d Vormundschaftsgericht Mutter & Vater, Mutter & Vater) wurden anhängig	Erziehungs- sachen wurden anhängig	Pflegschafts- sachen wurden anhängig	Abschließungen wurden anhängig	Schlüssen wurde am Jahresbuch beigegeben
	363	24401	130	154	2102	1
	4364	38082	142	206	—	1
	1119	12816	—	10	—	—
	224	4282	23	21	20	2
	500	8180	15	67	440	4
	586	26432	94	202	—	4
	2108	34696	139	505	1288	—
	10407	87243	126	917	3013	113
	1315	13960	33	103	749	—
	587	5588	8	61	160	—
	1290	12783	46	247	771	1
	22192	268473	846	2567	8543	121

Vormundschaftsgericht

Benennung der Amtsgerichte	1. Vormundschaften, Pflegschaften und Besondere Pflegschaften Es blieben am Jahresabschluss anhängig:				2. Zu dem am 31.12. des Jahres noch nicht beendeten Vormundschaften, Besondere Pflegschaften und Besondere Pflegschaften		3. Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehender Personen (§ 180 Abs. 2 BGB) wurden anhängig		4. Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten (X-Seiten - Sp. 4 d. Muster 6 AKO, Muster 7 AKO) wurden anhängig		5. Erziehungshilfsanordnungen wurden anhängig		6. Fürsorgeerklärungen wurden anhängig		7. Adoptionsanträge wurden anhängig		8. Sitzungen wurden am Jahresbericht bearbeitet	
	a) Vormundschaften	b) Pflegschaften	c) Besondere Pflegschaften	d) zusammen	e) solche mit Rechnungslegung (§§ 187, 191, 196 BGB)	f) sonstige	g) 21	h) 22	i) 23	j) 24	k) 24 a	l) 25						
Landkreis...	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	24 a	25						
Landkreis...	14.695	37.886	8.945	51.466	4.349	47.147	1.204	10.450	4	14	889	-	-	-	-	-	-	
Landkreis...	4.922	9.270	337	14.529	664	13.865	161	3.610	24	20	112	-	-	-	-	-	-	
Landkreis...	15.113	13.860	2.118	31.091	1.182	32.273	483	5.783	45	62	530	-	-	-	-	-	-	
Landkreis...	30.155	56.956	2.132	89.243	11.063	100.306	473	10.049	71	115	1.166	3	-	-	-	-	-	
Landkreis...	39.226	68.943	2.924	111.093	10.057	121.150	1.159	28.062	158	439	2.065	-	-	-	-	-	-	
Landkreis...	101.864	150.636	5.896	264.396	18.515	283.911	10.045	70.825	190	689	1.487	193	-	-	-	-	-	
Landkreis...	14.509	40.217	2.637	54.356	5.943	60.300	1.384	11.720	41	124	831	-	-	-	-	-	-	
Landkreis...	2.805	13.084	177	16.066	819	16.885	568	4.294	17	57	216	-	-	-	-	-	-	
Landkreis...	17.321	28.519	1.436	47.276	4.445	51.721	1.362	5.471	59	701	-	-	-	-	-	-	-	
Landkreis...	212.521	564.026	32.617	866.024	83.777	949.801	22.513	203.229	533	2.177	16.327	133	-	-	-	-	-	

05.18.1914 14.12.1914 1914

I. Angelegenheiten der

Benennung der Amtsgerichte	D. Angelegenheiten des				1.	Vormundschaften, Pflegschaften und Bestandschaften Es blieben am Jahresschluß anhängig			17	18	19	20
	a) Vormundschaften	b) Pflegschaften	c) Bestandschaften	d) zusammen		a) Vormundschaften	b) Pflegschaften	c) Bestandschaften				
1. Amtsgericht	10.819	35.623	2.453	48.895	11.568	37.337						
2. Amtsgericht	34.114	101.563	3.950	145.627	15.823	123.804						
3. Amtsgericht	4.401	38.399	9.815	52.615	4.203	47.872						
4. Amtsgericht	4.420	8.555	362	13.337	621	10.305						
5. Amtsgericht	15.023	13.966	2.142	31.131	1.749	29.382						
6. Amtsgericht	97.588	54.790	2.284	84.671	10.287	70.559						
7. Amtsgericht	39.161	69.839	3.201	112.201	10.922	100.060						
8. Amtsgericht	107.444	155.234	6.813	269.491	19.916	250.362						
9. Amtsgericht	9.386	38.136	2.971	50.493	5.930	44.563						
10. Amtsgericht	2.978	13.293	256	16.527	944	15.556						
11. Amtsgericht	15.077	28.498	1.589	45.164	4.400	40.664						
12. Amtsgericht	240.119	564.205	35.236	869.560	15.000	746.744						

freiwilligen Gerichtsbarkeit

Vormundschaftsgerichte						
2.	3.	4.	5.	6.	7.	
Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung unter Vormundschaft oder Pflegschaft lebender Personen (§ 1800 Abs. 2 BGB) wurden anhängig	Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten (X-Sachen = Sp. 4 d. Muster 8 AHO, Muster 7 AHO) wurden anhängig	Erziehungsbeistandspflichten wurden anhängig	Fürsorgeerziehungssachen wurden anhängig	Adoptionsachen wurden anhängig	Stiftungen wurden am Jahresabschluss bearbeitet	
21	22	23	24	24 a	25	
4114	9.634	160	115	1904	-	
4.895	19.506	218	174	1.905	-	
1.192	5742	1	14	694	-	
162	1.915	11	22	197	1	
513	3.111	6	54	392	-	
475	12.518	70	143	1.260	2	
2.081	10.634	86	365	1.905	-	
10.441	50.156	173	674	3.863	11	
1.317	7.354	64	111	687	3	
481	2.879	19	65	235	-	
1.356	6.639	110	216	654	-	
2.3.257	12.711	271	1.360	13.691	17	

BEVÖLKERUNGSBESTAND 31.12.1973

SUMME RAUMEINHEITEN

		DEUTSCHE			AUSLÄNDER			ZUSAMMEN		
		MAENN	WEIBL	ZUSAM	MAENN	WEIBL	ZUSAM	MAENN	WEIBL	ZUSAM
AGR	3- 1	6477	6121	12598	2804	2543	5347	9281	8664	17945
AGR	2- 5	13300	13087	26387	5173	4714	9887	18473	17801	36274
AGR	6- 14	48001	47159	95160	8670	7750	16420	56671	54909	111580
AGR	15- 17	19721	19557	39278	2267	1925	4192	21988	21482	43470
AGR	18- 20	20419	23599	44018	3625	3191	6816	24044	26790	50834
AGR	21- 25	44538	44536	89074	10722	9780	20502	55260	54316	109576
AGR	26- 30	44308	42452	86760	19653	15394	35047	63961	58046	122007
AGR	31- 35	44753	43132	87885	20917	11067	31984	65670	54199	119869
AGR	36- 40	42961	51202	94163	18546	7486	26032	68507	58688	127195
AGR	41- 45	36471	39972	76443	13534	4917	18451	50005	44889	94894
AGR	46- 50	29377	106109	185386	18541	7809	26439	97918	113907	211825
AGR	61- 64	19133	29691	48824	1870	1094	2964	21003	30785	51788
AGR	65- 74	45762	75916	121678	2399	1739	4138	48161	77655	125816
AGR	75- 99	22130	49649	71779	860	1155	2015	22990	50804	73794
AGR	0- 99	494351	592282	1086633	129581	80653	210234	623932	672935	1296867
AGR	3- 2	11189	9658	19847	4164	3732	7896	14353	13390	27743
AGR	3- 5	9583	9550	19133	3813	3525	7338	13401	13075	26476
AGR	6- 9	16225	16202	32427	4155	3717	7872	20380	19919	40299
AGR	10- 15	38439	37344	75783	5252	4683	9935	43661	42027	85688
AGR	16- 19	19506	20170	39676	2524	2185	4709	22030	22355	44385
AGR	19- 21	22445	25766	48211	4265	3574	7839	26930	29340	56270
GRUPPENSCH. ALTER		37.9	42.8	40.6	33.0	29.6	31.7	36.9	41.2	39.0
SUMME		494386	592343	1086729	129582	80659	210241	623963	673002	1296965

Wohnbevölkerung in den Münchener Stadtbezirken nach dem Alter
 Residential Population by City Districts and Age

Stadt- bezirk/City district	Wohnbe- völkerung Resident Population	davon im Alter von ... bis unter ... Jahre Years of Age														Stadt- bezirk				
		unter 6		6—15		16—18		18—21		21—45		45—60		60—85			65—75		75 und mehr	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%		absolut	%	absolut	%
Max-Joseph-Platz*)	4 401	157	3,6	199	4,5	112	2,5	290	6,6	2 083	47,4	772	17,6	248	5,6	375	8,5	165	3,7	
Angerviertel*)	5 430	242	4,5	258	4,8	128	2,4	267	4,9	2 367	43,5	841	17,3	388	7,1	574	10,6	265	4,9	
Gendlinger Straße*)	3 080	128	4,2	164	5,3	124	4,0	196	6,4	1 254	40,6	651	21,1	239	7,8	298	9,7	126	4,1	
City Bezirk*)	1 321	37	2,8	70	5,3	44	3,3	74	5,6	514	39,9	311	23,6	110	8,3	115	8,7	46	3,5	
Maxvorstadt — Universität	13 830	523	3,8	723	5,2	289	2,1	621	4,5	6 421	46,4	2 426	17,5	921	6,7	1 313	9,5	593	4,3	
Maxvorstadt — Königsplatz	12 992	512	3,9	609	4,7	280	2,2	727	5,6	6 660	51,3	2 056	15,8	656	5,0	1 033	8,0	459	3,5	
Maxvorstadt — Josephsplatz	23 241	1 150	4,9	1 280	5,5	624	2,7	918	3,9	10 294	44,4	4 423	19,0	1 458	6,3	2 049	8,8	1 045	4,5	
Marsfeld	10 270	503	4,9	682	6,6	242	2,4	431	4,2	4 656	45,4	1 924	18,7	617	6,0	854	8,3	361	3,5	
Niesenviertel	13 605	456	3,4	658	4,8	338	2,5	971	7,1	6 463	47,5	2 369	17,4	741	5,4	1 000	7,4	609	4,5	
Sanvorstadt — Schlachthof- viertel*)	15 448	796	5,2	891	5,8	271	1,8	648	4,2	6 365	41,1	2 790	18,0	1 177	7,2	1 789	11,6	781	5,1	
Sanvorstadt — Glockenbach- viertel*)	21 188	1 080	5,1	1 257	5,9	440	2,1	630	3,0	8 320	39,3	4 019	19,0	1 599	7,5	2 435	11,5	1 408	6,6	
Sanvorstadt — Deutsches Museum	10 929	553	5,1	624	5,7	378	3,5	553	5,1	4 292	39,2	1 973	18,0	813	7,4	1 156	10,6	587	5,4	
Lehel	16 926	688	4,1	948	5,6	348	2,1	646	3,8	6 936	40,9	3 149	18,6	1 230	7,3	1 864	11,1	1 097	6,5	
Haidhausen*)	21 772	1 151	5,3	1 401	6,4	463	2,1	744	3,4	8 425	38,7	4 098	18,8	1 655	7,6	2 495	11,5	1 340	6,2	
Haidhausen-Süd*)	19 592	1 054	5,4	1 228	6,3	422	2,2	588	3,0	7 584	38,6	3 540	18,0	1 461	7,5	2 523	12,9	1 192	6,1	
Au	23 035	1 230	5,3	1 624	7,1	737	3,2	911	4,0	8 820	38,2	4 455	19,3	1 695	7,4	2 500	10,9	1 063	4,6	
Obergiesing	49 439	2 797	5,7	3 953	8,0	1 116	2,3	2 007	4,1	20 387	41,2	9 198	18,6	3 320	6,7	4 614	9,3	2 047	4,1	
Untergiesing-Harlaching	50 774	3 071	6,0	4 061	8,0	1 145	2,3	1 445	2,8	19 098	37,6	9 776	19,3	3 675	7,2	5 835	11,5	2 668	5,3	
Gending	37 846	2 479	6,6	2 908	7,7	926	2,4	1 134	3,0	14 908	39,4	6 957	18,4	2 727	7,2	4 063	10,7	1 744	4,6	
Schwanthalerhöhe	29 258	1 654	5,7	1 839	6,3	612	2,1	1 039	3,4	11 641	39,7	5 172	17,7	2 251	7,7	3 446	11,8	1 634	5,6	
Neuhausen-Oberwiesendfeld	27 387	1 713	6,3	2 094	7,6	692	2,5	1 031	3,8	10 944	40,0	5 426	19,8	1 791	6,5	2 505	9,5	1 091	4,0	
Schwabing-Freimann	58 033	3 110	5,4	3 909	6,7	1 363	2,3	2 040	3,5	25 468	44,0	10 119	17,5	3 506	6,0	5 425	9,3	2 733	4,7	
Neuhausen-Nymphenburg	44 837	2 168	4,8	3 251	7,3	1 095	2,4	1 599	3,6	15 770	35,2	8 930	19,9	3 669	8,2	5 491	12,2	2 864	6,4	
Thalkirchen, Obersending, Forstrieden	57 407	4 440	7,7	5 746	10,0	1 386	2,4	1 922	3,3	24 950	43,6	9 959	17,3	3 174	5,5	4 304	7,5	1 526	2,7	
Laim	52 937	3 665	6,4	4 449	8,4	1 285	2,4	1 627	3,1	20 001	37,8	10 770	20,3	3 908	7,4	5 412	10,2	2 100	4,0	
Schwabing-West	38 424	2 001	5,2	2 387	6,2	725	1,9	1 296	3,4	16 593	43,1	7 219	18,8	2 595	6,8	3 773	9,8	1 835	4,8	
Milbertshausen-Hart	96 469	6 696	6,9	9 283	9,6	2 692	2,8	4 026	4,2	43 496	45,1	16 103	16,7	4 972	5,2	6 466	6,7	2 735	2,8	
Neuhausen-Moosach	64 292	4 333	6,7	6 193	9,6	1 594	2,5	2 171	3,4	25 128	39,1	11 659	18,4	3 902	6,1	5 784	9,0	3 329	5,2	
Bogenhausen	64 770	4 994	7,7	6 123	9,5	1 579	2,4	1 897	2,9	27 210	42,1	11 302	17,4	3 591	5,5	5 374	8,3	2 700	4,2	
Isarvorstadt	67 035	6 328	9,4	7 417	11,1	1 782	2,7	2 600	3,9	28 010	41,7	10 571	15,8	3 164	4,7	4 947	7,4	2 216	3,3	
Ramersdorf-Perlach	35 815	2 598	7,2	4 036	11,3	1 058	3,0	1 175	3,3	13 429	37,5	6 689	18,7	2 509	7,0	3 205	8,9	1 118	3,1	
Berg am Laim																				
Trudering	31 515	2 655	8,4	3 415	10,8	856	2,7	1 112	3,5	12 961	41,2	5 430	17,2	1 784	5,7	2 369	7,5	933	3,0	
Feldmoching	57 995	5 817	10,0	9 823	16,9	2 221	3,8	2 112	3,6	23 469	40,6	8 348	14,4	2 234	3,9	2 983	5,1	988	1,7	
Waldfriedhofsviertel	47 970	3 181	6,6	4 058	8,5	1 232	2,6	1 527	3,2	19 995	41,6	8 954	18,7	2 902	6,0	4 024	8,4	2 097	4,4	
Pasing	39 415	2 586	6,6	3 428	8,7	1 106	2,8	1 521	3,9	16 487	41,8	7 020	17,8	2 257	5,7	3 275	8,3	1 738	4,4	
Göln	19 625	1 849	9,4	1 639	8,7	553	2,8	566	2,9	9 102	46,4	2 942	15,0	998	5,0	1 368	7,0	558	2,8	
Obermenzing	17 963	1 324	7,4	1 848	10,3	430	2,4	567	3,2	6 944	38,7	3 370	18,7	1 064	5,9	1 659	9,2	757	4,2	
Allach-Untermenzing	25 467	1 843	7,2	2 727	10,7	698	2,7	877	3,4	10 869	42,7	4 422	17,4	1 465	5,8	1 923	7,6	643	2,5	
Althaus	27 042	3 532	13,1	3 834	14,2	722	2,7	734	2,7	11 460	42,3	3 676	13,6	1 107	4,1	1 457	5,4	520	1,9	
Giesing	4 244	348	8,2	552	13,0	128	3,0	127	3,0	1 573	37,0	762	18,0	287	6,8	335	7,9	132	3,1	
Isarvorstadt	30 571	2 605	8,5	3 887	11,7	857	2,8	1 012	3,3	12 033	39,3	4 912	16,1	1 729	5,7	2 561	8,4	1 125	4,2	
München	1 293 590	87 745	6,8	115 235	8,9	33 095	2,6	46 729	3,6	533 375	41,2	229 683	17,8	79 519	6,1	115 091	8,9	53 118	4,1	

1. 1. 1967 zusammengefaßt (neue Bezeichnung 1 Altstadt und 14 Haidhausen)
 from 1. 1. 1967 combined (new term 1 Altstadt and 14 Haidhausen)

Die Mehrpersonenhaushalte nach Familientypen
More-Persons-Households by Type of Family

Stadtbezirk City district	Mehrpersonen- haushalte Households with more than 1 pers.	davon Haush. mit incl. households with	Von den Einfamilienhaushalten sind In One-family-households are included				Von den Mehrfamilienhaushalten besteht die Familie des Haushalts- vorstandes aus The households with more families consist of			
			Ehepaare couples		Verheiratete ohne Angabe über den Ehepartner, Verwitwete, Geschiedene mit persons, married, but without declaration about the partner; widowed; divorced with		einem Ehepaar one couple		einem Verheir. o. Angaben über den Ehepartner, einem Verwitweten o. Geschiedenen a married person without declaration about partner, widowed or divorced per.	
			einer one	mehr more	ohne without	mit with	ohne without	mit with	ohne without	mit with
			Familie(n) family(ies)		Kinder(n) und/oder Enkel(n) children and/or descendants		Kinder(n) und/oder Enkel(n) children and/or descendants			
1 Max-Joseph-Platz*)	867	702	165	330	272	100	29	24	54	11
2 Angerviertel*)	1 178	976	203	435	398	142	38	28	56	27
3 Sendlinger Straße*)	683	550	133	281	201	108	14	27	35	2
4 City-Bezirk*)	245	196	50	87	83	26	6	14	13	2
5 Maxvorstadt - Universität	2 988	2 477	491	1 174	966	337	66	73	141	6
6 Maxvorstadt - Königsplatz	2 682	2 178	504	987	894	297	81	73	135	6
7 Maxvorstadt - Josephsplatz	5 901	5 075	826	2 324	2 084	667	122	91	240	11
8 Marstfeld	2 638	2 245	393	894	945	306	49	53	139	3
9 Wiesenviertel	2 560	2 049	511	940	843	286	77	79	149	5
10 Isarvorstadt - Schlachthofviertel	3 803	3 236	567	1 638	1 283	418	88	78	172	8
11 Isarvorstadt - Glockenbach- viertel	5 426	4 597	829	2 156	1 823	618	166	128	235	11
12 Isarvorstadt - Deutsches Museum	2 835	2 400	435	1 121	946	333	96	59	110	5
13 Lehel	4 009	3 224	785	1 482	1 281	461	123	130	237	9
14 Haidhausen*)	5 582	4 762	820	2 167	1 997	598	133	109	295	10
15 Haidhausen-Süd*)	5 276	4 418	858	2 142	1 721	555	157	131	275	12
16 Au	6 218	5 412	806	2 485	2 301	626	154	107	236	10
17 Obergiesing	13 273	11 765	1 508	5 257	5 208	1 300	276	230	468	23
18 Untergiesing-Harlaching	14 447	12 577	1 870	5 769	5 473	1 335	371	377	556	23

Sendling	10 602	9 304	1 298	4 056	4 088	1 160	259	235	400	183
Schwantenhofhöhe	7 721	6 770	951	3 195	2 696	879	158	140	308	112
Neuhäusen-Oberwiesenfeld	7 443	6 553	890	2 832	2 053	768	179	156	243	116
Neuhäusen-Friedmann	14 388	12 172	2 216	5 362	5 395	1 415	388	415	648	281
Neuhäusen-Neuhäusen	11 294	10 195	1 744	4 705	4 294	1 193	321	342	535	209
Thalkirchen-Oberdending	15 691	13 935	1 756	5 666	7 216	1 053	345	495	397	255
Forstried										
Laim	15 634	13 591	1 643	5 113	6 395	1 483	318	307	486	233
Schwabing West	9 523	8 491	1 432	3 835	3 549	1 107	223	218	454	181
Milbertshausen-Hart	24 444	21 344	3 300	7 830	11 032	2 481	567	623	897	557
Neuhäusen-Moosach	17 653	15 598	2 055	6 274	7 753	1 571	412	439	637	264
Bogenhausen	17 433	14 730	2 703	5 526	7 546	1 656	450	668	710	389
Rumersdorf-Penzance	18 405	16 168	2 237	5 791	8 757	1 620	394	641	566	333
Berg am Laim	10 495	9 229	1 266	3 493	4 763	968	247	325	347	174
Trudering	9 123	7 928	1 195	3 108	4 313	1 456	252	433	214	151
Feldmoching	15 233	13 369	1 864	3 412	8 601	1 592	311	664	329	371
Waldriedhofviertel	13 350	11 638	1 712	4 855	5 591	1 192	325	375	492	247
Pasing	10 119	8 660	1 459	3 372	4 456	832	264	383	374	179
Solln	5 346	4 562	784	1 830	2 352	380	143	212	181	100
Obermenzing	4 998	4 209	789	1 624	2 225	360	132	259	178	103
Allach-Untermenzing	6 912	6 016	896	2 305	3 386	325	192	310	185	124
Aufing	7 531	6 761	770	1 787	4 503	471	142	286	141	131
Langwind	1 250	1 073	177	387	598	88	43	65	39	17
Hadern	8 501	7 474	1 027	2 676	4 150	749	212	281	243	173

Stadt München	344 921	299 003	45 918	121 562	146 237	32 204	8 323	10 133	12 442	6 418
---------------	---------	---------	--------	---------	---------	--------	-------	--------	--------	-------

Ab 1. 1. 1967 zusammengefaßt (neue Bezeichnung 1 Altstadt und 14 Haidhausen)
As from 1. 1. 1967 combined (new term 1 Altstadt and 14 Haidhausen)

privaten Ein- und Mehrpersonenhaushalte und die Anstaltsbewohner in den Stadtbezirken
seholds with one or more Persons, Inhabitants of Homes by City districts

bezirk. District	Privathaushalte Households										An- stalts- bewohner		Bevol- kerungs- anteil in %	Stadt- bez. City district
	Einper- sonen- haus- halte One- person- house- holds	Bevol- kerungs- anteil in % In % of popula- tion	Mehr- perso- nen- haus- halte More- person- house- holds	mit ins- ges. ... Per- sonen with ... persons	Bevöl- kerungs- anteil in % In % of popula- tion	davon in Mehrpersonenhaushalten mit je ... Personen included in More-person-households with ... persons				durchschn. Personenzahl Average number of persons in				
						2	3	4	5 und mehr	je Priv- at- haus- halt house- holds	je Mehr- per- sonen- haus- halt more- person- house- holds			
Max-Joseph-Platz*)	1 910	43,1	867	2 330	52,5	954	705	484	187	1,5	2,7	195	4,4	1
Anger(vertel*)	1 819	33,2	1 178	3 151	57,6	1 274	1 065	540	272	1,7	2,7	502	9,2	2
Landauer Straße*)	1 034	33,2	683	1 845	59,2	780	513	324	228	1,7	2,7	240	7,7	3
City-Bezirk*)	555	41,6	246	690	51,8	264	192	108	126	1,6	2,8	88	6,6	4
Maxvorstadt — Universität	4 749	34,0	2 968	7 919	56,6	3 402	2 313	1 384	820	1,6	2,7	1 313	9,4	5
Maxvorstadt — Königsplatz	5 075	38,8	2 652	7 170	54,8	2 946	2 328	1 260	636	1,6	2,7	841	6,4	6
Maxvorstadt — Josephsplatz	7 148	30,4	5 001	16 577	66,3	6 636	5 013	2 780	1 148	1,7	2,6	757	3,2	7
Marsfeld	2 626	25,3	2 638	7 105	68,6	2 694	2 199	1 348	654	1,8	2,7	630	6,1	8
Nissenviertel	3 300	24,1	2 562	7 069	51,6	2 770	1 977	1 346	926	1,6	2,8	3 327	2,6	9
Sarvorstadt — Schlachthofviertel	6 345	27,9	3 803	10 174	65,4	4 272	3 063	1 856	983	1,8	2,7	1 049	6,7	10
Sarvorstadt — Glockenbach- viertel	3 115	28,7	5 426	14 415	67,5	6 068	4 614	2 480	1 253	1,8	2,7	810	3,8	11
Sarvorstadt — Deutsches Museum	2 882	26,2	2 835	7 518	68,2	3 152	2 505	1 204	657	1,8	2,7	616	5,6	12
ehel	4 923	28,7	4 009	10 939	63,8	4 402	3 180	2 038	1 349	1,8	2,7	1 280	5,6	13
Idhausen*)	5 796	26,4	5 582	14 979	68,2	6 108	4 719	2 850	1 291	1,8	2,7	1 192	5,4	14
Idhausen-Süd*)	4 860	24,6	5 276	13 977	70,8	5 912	4 508	2 424	1 153	1,9	2,6	895	4,5	15
Idhausen	5 475	23,6	6 218	16 749	72,1	6 700	5 433	3 122	1 436	1,9	2,7	934	4,3	16
Idhausen	8 444	17,0	13 273	36 420	73,1	13 722	11 748	7 252	3 698	2,1	2,7	4 926	9,9	17
Idhausen	9 434	18,4	14 447	39 702	77,3	15 194	12 135	7 976	4 397	2,1	2,7	2 211	4,3	18
Idhausen	7 463	19,6	10 602	29 040	76,1	11 078	9 087	5 888	2 987	2,0	2,7	1 651	4,3	19
Idhausen	7 683	26,1	7 721	20 531	69,8	8 740	6 381	3 616	1 794	1,8	2,7	1 237	4,1	20
Idhausen-Oberwiesenfeld	5 675	20,6	7 443	20 498	74,3	7 592	6 552	4 404	1 950	2,0	2,8	1 431	5,2	21
Schwabing-Freimann	14 732	25,1	14 388	40 142	68,5	14 778	12 147	8 004	5 213	1,9	2,8	3 729	6,4	22
Neuhäusen-Nymphenburg	9 728	21,5	11 934	32 671	72,1	12 756	9 843	6 448	3 624	2,0	2,7	2 916	6,4	23
Thürheim, Obersendling	7 585	13,1	15 691	45 747	78,9	14 060	13 920	11 296	6 471	2,3	2,9	4 622	8,0	24
Forstenned Laim	8 849	16,5	15 614	42 990	80,4	15 940	13 896	9 083	4 066	2,1	2,7	1 635	3,1	25
Schwabing-West	10 934	28,1	9 923	26 784	69,8	10 850	8 193	5 172	2 569	1,8	2,7	1 191	3,1	26
Wiltberg-Hofen-Hart	16 294	16,7	24 644	72 276	74,2	21 865	22 326	17 132	10 950	2,2	2,9	8 834	9,1	27
Neuhäusen-Moosach	10 906	16,8	17 653	50 585	78,1	16 580	15 819	11 404	6 782	2,2	2,9	3 307	5,1	28
Unterhaidhausen	12 542	19,1	17 433	51 373	78,3	18 426	15 135	12 368	8 304	2,1	2,9	1 722	2,6	29
Lumpenried-Perlach	8 507	12,6	18 405	55 970	82,7	15 340	15 651	14 576	10 403	2,4	3,0	3 180	4,7	30
Lerg am Laim	4 652	12,9	10 495	30 888	85,6	9 238	9 690	7 012	4 948	2,3	2,9	555	1,5	31
rudering	4 054	12,7	9 123	27 338	86,0	7 532	8 268	7 152	4 386	2,4	3,0	410	1,3	32
eidmooching	5 798	9,9	15 233	51 495	88,0	9 374	13 398	14 108	14 615	2,7	3,4	1 203	2,1	33
Vaidfriedhofviertel	8 433	17,4	13 350	37 828	78,3	12 842	11 896	8 544	4 544	2,1	2,8	2 067	4,3	34
osing	6 333	15,9	10 119	29 654	74,5	9 080	8 868	7 136	4 570	2,2	2,9	3 841	9,6	35
olln	2 554	17,9	5 346	15 703	78,9	4 790	4 731	3 600	2 582	2,2	2,9	635	3,2	36
bermzening	3 047	16,7	4 998	15 149	83,1	4 226	4 152	3 948	2 823	2,3	3,0	3 180	9,2	37
flach-Untermenzing	2 574	10,0	6 912	20 895	81,4	5 494	6 570	5 336	3 495	2,5	3,0	2 211	8,6	38
ubing	2 312	8,5	7 531	24 589	90,2	4 550	7 359	7 028	5 652	2,7	3,3	374	1,4	39
angwied	4 05	9,4	1 250	3 685	90,1	1 006	1 074	984	801	2,6	3,1	19	0,4	40
adern	3 960	12,8	8 501	25 800	83,6	6 788	7 743	6 995	4 273	2,4	3,0	1 084	3,5	41

1. 1 1967 zusammengefaßt (neue Bezeichnung 1 Altstadt und 14 Haidhausen)
from 1. 1. 1967 combined (new term 1 Altstadt and 14 Haidhausen)

Population living in Private Households or Homes subdivided by Citizenship

Population living in Private Households or Homes subdivided by Citizenship

Stadtbezirk City district	Bevölkerung überhaupt Total of population	Einspersonen- haushalte One person- households	daytime / Included		in Asien erfüllbar Persons living in homes	Personen in Einfamilien- haushalten Persons in one family- households	dero zugehörig zu Included persons belonging to				Personen in Mehr- familien- häusern Persons in more fami- lies house- holds	dero zugehörig zu Mehrfamilienhäusern, bei denen die Familie des Haushaltsvorstandes aus Included persons belonging to more families- households in which the family of the head of household consists of				Stadt- bezirk City district
			Verwitwete Widowed or divorced persons	getrennt lebende Verh. Married persons separated living			Einsperson computer Persons in one-family- households	Verheirateten o. Angabe über den Verheirathungs- stand nicht ge- geben Married persons without declaration about the partner; widowed or divorced person	einen Ehepaar a couple über den Ehepartner, einen Ver- heiratheten oder Geschiedenen without declaration about the partner; widowed or divorced person							
										ohne without		mit with	ohne without	mit with	ohne without	
1. Max-Joseph-Platz	4.436	1.910	438	233	196	1.829	620	928	331	501	58	90	64	32	1	
2. Angewiesen	5.478	1.819	537	213	508	1.829	620	928	331	501	58	90	64	32	2	
3. Sendlinger Straße	3.120	1.034	325	137	280	1.426	870	1.364	236	352	76	97	68	58	1	
4. Myr-Bau	1.333	555	137	357	58	482	482	706	238	158	78	87	58	58	2	
5. Marienplatz	1.988	479	120	277	1.320	6.532	13.944	2.988	744	1.461	158	132	35	5	3	
6. Marienplatz - Universität	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	7	4	
7. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
8. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
9. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
10. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
11. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
12. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
13. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
14. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
15. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
16. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
17. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
18. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
19. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
20. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
21. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
22. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
23. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
24. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
25. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
26. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
27. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
28. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
29. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
30. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
31. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
32. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
33. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
34. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
35. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
36. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
37. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
38. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
39. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
40. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	
41. Marienplatz - Königsplatz	1.030	507	125	371	1.320	6.532	2.348	3.368	635	1.502	141	132	13	5	3	

Erwerbstätigen Münchener nach der Stellung im Beruf
 Working Population by Social Status and City districts

Stadtbezirk City district	Erwerbstätige insgesamt Total of working population	Stellung im Beruf Social Status									
		Selbstständige Independents		Mithelfende Familienangehörige Members of the family working in their own enterprises		Beamte Officials		Angestellte Employees		Arbeiter Wage earners	
		Zahl Number	%	Zahl Number	%	Zahl Number	%	Zahl Number	%	Zahl Number	%
Max-Joseph-Platz*)	2 994	254	8,5	62	2,1	198	6,6	1 160	38,7	1 320	44,2
Angerviertel*)	3 289	328	10,0	89	2,7	160	4,9	1 317	40,0	1 395	42,4
Sendinger-Strasse*)	1 966	208	10,6	43	2,2	117	5,0	968	49,2	630	32,0
City-Bezirke*)	966	98	10,1	17	1,8	47	4,9	407	42,1	397	40,9
Maxvorstadt — Universität	7 594	833	11,0	180	2,4	625	8,2	3 738	49,2	2 118	27,9
Maxvorstadt — Königsplatz	7 936	690	8,7	163	2,1	492	6,2	3 621	45,6	2 970	37,3
Maxvorstadt — Josephsplatz	13 117	1 127	8,6	233	1,8	1 161	8,8	7 041	53,7	3 555	27,1
Marstall	6 184	536	8,7	120	1,9	430	7,0	2 918	47,2	2 180	35,3
Wiesenviertel	9 234	795	8,6	186	2,0	554	6,0	3 547	38,4	4 152	44,9
Isarvorstadt — Schlachthofviertel	9 058	777	8,6	195	2,2	396	4,4	3 702	40,9	3 987	44,0
Isarvorstadt — Glorvenbachviertel	11 641	962	8,3	227	2,0	652	5,6	4 965	42,6	4 835	41,5
Isarvorstadt — Deutsches Museum	6 237	625	10,0	146	2,3	327	5,2	2 779	44,6	2 360	37,9
Lahel	9 418	1 101	11,7	225	2,4	792	8,4	4 143	44,0	3 157	33,5
Haidhausen*)	11 629	1 008	8,7	228	2,0	760	6,5	5 129	44,1	4 504	38,7
Haidhausen-Süd*)	10 566	816	7,7	221	2,1	537	5,1	4 022	38,1	4 970	47,1
Au	12 591	913	7,2	210	1,7	834	6,6	5 503	46,1	4 831	39,0
Obergiesing	27 138	1 543	5,7	402	1,5	1 704	6,3	11 461	42,2	12 026	44,2
Untergiesing-Harlaching	25 669	2 838	11,0	641	2,5	2 028	7,9	12 984	50,6	7 178	28,1
Sending	20 453	1 484	7,3	354	1,7	1 556	7,6	9 112	44,5	7 947	39,0
Schwandlöhle	16 104	1 064	6,6	295	1,8	852	5,3	6 019	37,4	7 873	48,9
Neuhausen-Oberwiesenfeld	14 814	1 096	7,4	283	1,9	2 115	14,3	6 605	44,6	4 715	31,7
Schwabing-Freimann	30 617	3 276	10,7	565	1,9	2 821	9,2	13 739	45,0	10 116	33,1
Neuhausen-Nymphenburg	22 483	2 158	9,6	466	2,1	2 760	12,3	10 675	47,5	6 424	28,5
Thalkirchen, Obersending, Forstenried	31 177	2 041	6,5	570	1,8	2 152	6,9	14 905	47,8	11 509	36,9
Laim	26 860	1 872	7,0	484	1,8	3 186	11,9	13 220	49,2	8 098	30,1
Schwabing-West	20 282	2 729	13,5	484	2,4	1 767	8,7	10 650	52,5	4 652	22,9
Milbertshofen-Hart	54 782	3 268	6,0	727	1,3	4 529	8,3	22 903	41,8	23 355	42,7
Neuhausen-Moosach	33 133	2 234	6,7	592	1,8	3 705	11,2	14 772	44,6	11 830	35,5
Bogenhausen	33 197	3 787	11,4	805	2,4	3 289	9,9	16 881	50,9	8 435	25,2
Ramersdorf-Perlach	34 588	2 244	6,5	675	2,0	2 949	8,5	14 797	42,8	13 923	40,3
Zero am Laim	17 817	1 065	6,0	311	1,7	1 673	9,4	7 930	44,4	6 868	38,5
Trudering	15 940	1 839	11,5	554	3,5	1 164	7,3	6 442	40,4	5 941	37,3
Uldmoching	28 597	1 464	5,1	615	2,2	1 782	6,2	9 912	34,7	14 824	51,9
Valdfriedhofviertel	25 931	1 970	7,6	532	2,1	1 815	7,0	12 935	49,9	8 679	33,3
Pasing	20 237	1 747	8,6	441	2,2	2 368	11,7	8 347	41,3	7 334	36,1
Sölln	10 274	1 177	11,5	268	2,6	752	7,3	6 029	58,7	2 048	19,9
Obermenzing	8 479	1 202	14,2	312	3,7	1 008	11,9	4 175	49,2	1 782	21,2
Altich-Untermenzing	13 573	977	7,2	320	2,4	738	5,4	4 483	33,0	7 055	52,0
Neubiburg	12 328	880	7,1	295	2,4	1 050	8,6	4 726	38,3	5 367	43,3
Engwied	2 000	239	11,9	111	5,6	141	7,0	655	32,8	854	42,2
Hadern	14 567	1 449	9,9	392	2,7	1 206	8,3	6 967	47,8	4 553	31,0
München	635 390	56 714	8,9	14 041	2,0	57 202	8,9	306 584	44,8	250 849	36,1

1. 1. 1967 zusammengefaßt (neue Bezeichnung 1 Altstadt und 14 Haidhausen)
 from 1. 1. 1967 combined (new term 1 Altstadt and 14 Haidhausen)

Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970
Results of the Population- and Workshop Census 1970

Die Münchener Wohnbevölkerung nach dem höchsten erzielten Schulabschluß
Residential Population by Degree of Education

Stadtbezirk City district	Wohnbevölkerung Total of residential population	darunter mit Angaben über erzielten Schulabschluß Persons with declaration about education	Degree of education							
			davon mit Abschluß		der Mittleren Reife bzw. des Abiturs		einer Berufsfach-, Ing.-Schule		einer Hochschule	
			nur der Volksschule Only primary school		Intermediate school or matriculation		Higher vocational school		University	
			Zahl Number	%	Zahl Number	%	Zahl Number	%	Zahl Number	%
1. Max-Joseph-Platz*)	4 401	3 990	2 530	63,4	889	22,3	391	9,8	190	4,8
2. Angerviertel*)	5 430	4 943	3 205	66,2	929	19,2	491	10,1	218	4,4
3. Sendlinger Straße*)	2 090	2 746	1 657	60,3	628	22,9	310	11,3	151	5,5
4. City-Bezirk*)	1 321	1 159	745	62,1	250	20,9	114	9,5	90	7,6
5. Maxvorstadt — Universität	13 830	12 370	5 577	45,0	3 969	32,1	1 517	12,3	1 307	10,6
6. Maxvorstadt — Königsplatz	2 992	11 682	6 782	58,1	3 047	26,1	1 194	10,1	659	5,7
7. Maxvorstadt — Josephsplatz	23 241	20 446	10 504	51,5	5 714	27,9	2 635	13,1	1 543	7,5
8. Marienplatz	10 270	8 918	5 255	59,1	2 179	24,4	1 035	11,6	438	4,9
9. Wiesenviertel	13 605	12 332	7 253	58,9	2 805	22,7	1 567	12,7	707	5,7
10. Isarvorstadt — Schwanthofviertel	15 448	13 616	9 729	71,4	2 012	14,8	1 500	11,0	375	2,7
11. Isarvorstadt — Glockenbachviertel	21 188	18 650	12 951	69,8	3 157	17,0	1 847	10,0	595	3,2
12. Isarvorstadt — Dt. Museum	10 929	9 612	6 489	67,7	1 793	18,5	1 002	10,4	329	3,4
13. Lehel	16 926	14 990	7 852	52,4	4 046	27,0	1 667	11,1	1 425	9,5
14. Haidhausen*)	21 772	18 856	12 101	64,2	3 752	19,9	2 154	11,5	839	4,4
15. Haidhausen-Süd*)	19 592	17 065	13 354	75,5	2 310	13,5	1 489	8,7	398	2,3
16. Au	23 035	19 736	13 041	66,1	3 515	17,8	2 116	10,7	751	3,8
17. Oberrising	49 439	41 842	27 690	66,0	8 533	20,4	7 056	16,9	2 899	7,0
18. Unterring — Harlachring	50 774	42 577	27 104	61,5	9 132	20,7	5 739	13,0	2 129	5,0
19. Sendling	37 846	31 901	20 160	63,3	4 145	16,4	6 477	20,4	1 242	3,9
20. Schwanthalerhöhe	29 258	25 406	16 070	63,3	4 145	16,4	3 380	11,8	872	3,1
21. Neuhausen-Ost-Neuhausen	27 387	23 136	14 509	62,7	4 859	21,0	2 656	11,5	1 112	4,8
22. Schwabing-Freimann	58 033	49 921	26 078	54,0	13 317	26,7	5 315	10,7	4 308	8,6
23. Neuhausen-Nymphenburg	44 837	38 547	21 743	56,4	9 095	23,6	4 803	12,5	2 906	7,5
24. Thalkirchen, Obersendling, Forstened	57 407	46 178	27 104	61,5	9 132	20,7	5 739	13,0	2 129	4,6
25. Laim	52 937	44 104	27 104	61,5	9 132	20,7	5 739	13,0	2 129	4,8
26. Schwabing-West	38 424	33 336	15 457	46,4	10 311	30,9	4 250	12,7	3 318	9,9
27. Milbertshofen-Hart	96 469	78 811	50 234	63,7	15 280	19,4	8 192	11,7	4 105	5,2
28. Neuhausen-Moosach	64 292	52 664	34 422	65,4	9 745	18,5	6 228	11,8	2 289	4,3
29. Bogenhausen	64 770	52 159	25 136	48,2	14 415	27,6	6 944	13,3	5 664	10,9
30. Ramersdorf-Perlach	67 035	52 053	34 915	67,1	9 519	16,4	6 477	12,4	2 142	4,1
31. Burg am Laim	35 815	28 557	20 160	70,6	4 145	14,5	3 380	11,8	872	3,1
32. Trudering	31 515	24 768	16 070	64,9	4 145	16,9	3 285	13,3	1 223	5,0
33. Feldmörsching	57 995	41 136	31 676	77,1	4 659	11,3	3 798	9,2	1 006	2,4
34. Waldfriedhofviertel	47 570	39 867	24 272	60,9	7 992	20,0	5 006	12,6	1 997	5,0
35. Pasing	39 415	32 468	18 569	57,2	7 375	22,7	4 256	13,1	2 267	7,0
36. Solln	19 625	15 634	8 432	53,9	4 209	27,6	2 767	17,7	2 126	13,6
37. Obermenzing	17 963	14 328	6 153	42,9	4 039	28,2	2 277	15,9	1 859	13,0
38. Allach-Untermenzing	25 467	20 447	14 866	72,7	2 657	13,0	2 161	10,6	763	3,7
39. Aulring	27 042	19 173	13 461	70,1	2 735	14,3	2 383	12,4	604	3,1
40. Langwed	4 244	3 290	2 446	74,5	360	11,0	360	11,0	114	3,5
41. Hadern	30 571	23 762	14 185	59,7	4 744	20,0	3 403	14,3	1 430	6,0
Stadt München	1 293 590	1 067 106	660 572	61,9	215 397	20,2	129 855	12,2	61 282	5,7

*) Ab 1. 1. 1967 zusammengefaßt (neue Bezeichnung 1 Altstadt und 14 Haidhausen)
 *) As from 1. 1. 1967 combined (new term 1 Altstadt and 14 Haidhausen)

Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970
Results of the Population- and Workshop Census 1970

Die Schüler und Studierenden Münchens nach dem Stadtbezirk der Wohnung und der Schulart
Pupils and Students by Type of School and Residence

Stadtbezirk City district	Schüler und Studierende Pupils and students		davon in / included in											
			Volksschulen Primary schools		Realschulen Intermediate schools		Gymnasien Secondary schools		Berufsfach- u. Fachschulen Vocational schools		Ingenieurschulen Technical schools		Hochschulen Universities	
	Zahl Number	% ¹⁾	Zahl Number	% ¹⁾	Zahl Number	% ¹⁾	Zahl Number	% ¹⁾	Zahl Number	% ¹⁾	Zahl Number	% ¹⁾	Zahl Number	% ¹⁾
Max-Joseph Platz ¹⁾	437	9,9	143	32,7	27	6,2	64	14,6	41	9,4	10	2,3	152	34,8
Angerviertel ¹⁾	672	12,3	210	31,2	36	5,4	76	11,3	118	17,6	24	3,6	208	30,9
Sendlinger Straße ¹⁾	359	11,7	134	37,4	19	5,3	45	12,5	86	24,0	7	1,9	68	18,9
City-Bezirk ¹⁾	119	9,0	52	43,7	10	8,4	20	16,8	12	10,1	2	1,7	23	19,3
Maxvorstadt - Universität	2 608	20,3	521	18,6	82	2,9	268	9,5	222	7,9	54	1,9	1 661	59,2
Maxvorstadt - Königsplatz	2 151	16,6	459	21,3	88	4,1	203	9,4	172	8,0	81	3,8	1 148	53,4
Maxvorstadt - Josephsplatz	3 433	14,8	869	25,3	203	5,9	458	13,3	299	8,7	89	2,6	1 515	44,2
Maxfeld	1 374	13,4	497	36,1	83	6,0	214	15,6	112	8,2	90	6,6	378	27,5
Wiesenviertel	1 722	12,7	456	26,4	87	5,1	220	12,8	408	23,7	101	5,9	450	26,1
Isarvorstadt — Schlachthofviertel	1 650	10,0	679	43,8	127	8,2	140	9,0	248	16,0	39	2,5	317	20,5
Isarvorstadt — Glockenbachviertel	2 220	10,5	1 006	45,4	183	8,2	263	11,8	216	9,7	70	3,2	482	21,7
Isarvorstadt — Deutsches Museum	1 250	11,4	497	39,8	94	7,5	138	11,0	142	11,4	58	4,6	321	25,7
Lehel	2 344	13,8	677	28,9	118	5,0	384	16,4	220	9,4	59	2,5	886	37,8
Haidhausen ¹⁾	2 509	11,5	1 082	43,0	182	7,3	408	16,3	293	11,7	61	2,4	483	19,3
Haidhausen-Süd ¹⁾	1 887	9,6	995	52,7	152	8,1	221	11,7	158	8,4	38	2,0	323	17,1
Au	2 731	11,9	1 283	46,9	221	8,1	455	16,7	280	10,3	90	3,3	402	14,7
Obergesing	5 320	10,8	3 048	57,3	468	8,8	860	16,2	419	7,9	119	2,2	406	7,6
Untergiesing-Harlaching	6 196	12,2	2 950	47,7	440	7,1	1 433	23,1	459	7,4	100	1,6	814	13,1
Sendling	4 128	10,9	2 188	53,0	370	9,0	652	15,8	311	7,5	92	2,2	515	12,5
Schwantalerhöhe	2 828	9,7	1 488	52,7	224	7,9	319	11,3	213	7,5	88	3,1	496	17,5
Neuhausen-Oberwiesenfeld	3 684	13,4	1 547	42,0	267	7,2	541	14,7	427	11,6	183	5,0	719	19,5
Neuhausen-Freimann	9 551	16,5	2 866	30,0	491	5,1	1 298	13,6	667	7,0	223	2,3	4 006	42,0
Neuhausen-Nymphenburg	5 736	12,8	2 231	38,9	417	7,3	1 189	20,7	587	10,2	170	3,0	1 142	19,9
Thalkirchen, Obersending, Forstriede	7 663	13,3	3 866	50,5	637	8,3	1 769	23,1	543	7,1	134	1,7	714	9,3
Laim	6 526	12,3	3 266	50,5	549	8,4	1 227	18,8	488	7,5	155	2,4	841	12,9
Schwabing-West	6 311	16,4	1 634	25,9	286	4,5	965	15,3	487	7,7	198	3,1	2 741	43,5
Milbertshofen-Hart	13 503	14,0	7 226	53,4	1 011	7,5	1 819	13,5	1 209	9,0	191	1,4	2 047	15,2
Neuhausen-Moosach	8 550	13,3	4 705	55,0	715	8,4	1 341	15,7	574	6,7	241	2,8	974	11,4
Bogenhausen	9 605	14,8	4 080	42,4	617	6,4	2 307	24,0	649	6,8	170	1,8	1 782	18,6
Ramersdorf-Perlach	9 349	13,9	5 743	61,4	720	7,7	1 431	15,3	604	6,5	184	2,0	667	7,1
1. Berg am Laim	5 045	14,1	3 196	63,2	467	9,3	634	12,6	337	6,7	75	1,5	336	6,7
2. Trudering	4 514	14,3	2 529	56,0	407	9,0	870	19,3	285	6,3	99	2,2	324	7,2
3. Feldmoching	11 093	19,1	8 363	75,3	860	7,8	916	8,3	484	4,4	103	0,9	267	3,3
4. Wolfriedhofviertel	6 004	12,5	2 971	49,5	539	9,0	1 069	17,8	459	7,6	131	2,2	835	13,9
5. Pasing	6 129	15,5	2 379	38,8	489	8,1	1 211	19,8	429	7,0	155	3,0	1 426	23,3
6. Solim	2 727	13,9	1 059	38,6	162	5,9	758	27,8	273	10,0	56	2,1	419	15,4
7. Obermenzing	2 972	16,5	1 108	37,2	165	5,6	868	29,2	183	6,2	75	2,5	573	19,3
8. Allach-Untermenzing	3 457	13,6	2 072	59,9	307	8,9	574	16,6	203	5,9	75	2,2	226	6,5
9. Aubing	4 421	16,3	2 944	66,5	344	7,8	557	12,6	211	4,8	145	3,3	220	5,0
10. Langwied	644	15,2	431	67,0	48	7,5	93	14,4	28	4,3	17	2,6	27	4,2
11. Hadern	4 729	15,5	2 737	57,9	322	6,8	778	16,5	422	8,9	77	1,6	393	8,3
Stadt München	178 251	13,8	86 187	48,4	13 044	7,3	29 056	16,3	13 978	7,8	4 159	2,3	31 827	17,9

Ab 1. 1. 1967 zusammengefaßt (neue Bezeichnung 1 Altstadt und 14 Haidhausen)
 As from 1. 1. 1967 combined (new term 1 Altstadt and 14 Haidhausen)

Von der Wohnbevölkerung
 Of residential population

Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970 Results of the Population and Workshop Census 1970

Beschäftigte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten am 27. Mai 1970 in den Stadtbezirken nach Wirtschaftsabteilungen
Employed Persons in the City Districts by Groups of Economic Activity 27.5.1970)

Stadtbezirk City district	Beschäftigte insgesamt Total of employed persons	darunter in . . . included in . . .								Gewerkskol schaften u. Organisa- tionen ohne Erwer- scharakter Authorities Non-profit making- organizations
		Verarbeitendes Gewerbe Producing Trade	Baugewerbe Building Trade	Handel Trade	Verkehr und Nachrichten- übermittlung Traffic and communi- cation	Kredit- instituten Kredit institutions	Versiche- rungen Insurance companies	Dienst- leistungen Services		
1 Altstadt	80 064	7 755	1 583	19 561	4 198	10 878	2 932	13 560	18 375	
2 Maxvorstadt - Universität	27 583	5 703	1 563	2 684	305	4 250	3 237	3 186	5 864	
3 Maxvorstadt - Königsplatz	23 419	3 070	559	2 183	1 064	645	1 314	3 707	9 046	
4 Maxvorstadt - Jodirispitze	5 198	1 010	67	992	163	46	18	1 900	432	
5 Maxfeld	20 327	5 249	206	1 862	5 444	123	1 156	2 839	3 361	
6 Westend	49 603	8 710	7 933	9 644	7 434	905	1 589	9 578	5 881	
7 Westend	13 889	2 668	2 358	3 044	549	184	91	1 288	3 716	
8 Isarvorst. - Schwanthofviertel	13 692	6 432	2 377	1 372	425	40	14	2 685	314	
9 Isarvorst. - Glockenbachviertel	8 130	1 633	220	1 170	147	56	12	1 527	3 360	
10 Isarvorst. - Deutsches Museum	17 901	2 592	788	1 197	423	1 331	3 267	2 634	5 776	
11 Lohel	18 475	4 373	999	4 980	2 708	213	98	2 186	2 916	
12 Haidhausen	9 654	3 305	400	1 275	105	28	54	3 062	1 395	
13 Au	17 000	10 368	1 031	1 918	868	125	119	1 599	950	
14 Ob- und Unter-Isar	15 618	4 624	1 808	1 554	224	143	43	4 234	2 820	
15 Unterisargiesing-Hanaching	15 088	5 099	1 760	3 689	1 023	179	38	1 744	805	
16 Sendling	13 368	5 871	710	2 928	1 605	83	42	1 492	635	
17 Schwanthalerhöhe	20 751	5 757	1 135	2 339	1 272	75	74	1 840	8 031	
18 Neuhausen-Oberwiesenfeld	41 432	12 269	1 754	7 838	2 744	353	4 795	8 016	3 228	
19 Schwabing-Freimann	17 121	2 898	1 965	1 879	2 646	181	208	3 809	3 615	
20 Neuhausen-Nymphenburg	49 247	35 143	6 359	3 635	688	148	32	2 127	981	
21 Thalkirchen-Obersendling-Forstnied	14 978	3 468	1 420	4 618	2 782	129	40	1 908	506	
22 Laim	10 522	2 240	945	2 357	367	187	39	3 231	1 102	
23 Schwabing-West	42 220	26 963	2 849	4 248	1 246	199	52	2 701	3 791	
24 Mittersheden-Hart	15 972	6 609	1 935	2 356	1 083	79	28	1 570	1 734	
25 Neuhausen-Moosach	26 391	8 635	4 774	2 558	1 225	241	599	5 103	3 163	
26 Bogenhausen	31 791	22 660	2 914	1 899	1 097	125	24	1 757	1 171	
27 Ramersdorf-Perlach	17 742	10 175	2 986	1 630	1 408	74	6	866	512	
28 Berg am Laim										
29 Trudering	8 928	1 499	1 194	1 553	2 043	58	25	1 412	1 123	
30 Fasangarten	5 749	1 611	1 192	1 004	558	83	13	703	540	
31 Waldriedhofviertel	14 031	5 932	1 773	2 387	413	53	64	2 727	618	
32 Pasing	19 918	7 635	4 307	2 707	1 467	153	33	1 495	1 934	
33 Solln	4 121	1 678	315	817	149	79	28	862	191	
34 Obermenzing	3 356	567	1 009	666	107	41	18	379	53	
35 Allach-Untermenzing	23 848	20 829	1 015	882	370	51	11	530	134	
36 Aubing	5 734	689	456	668	3 224	77	11	452	146	
37 Langwied	1 063	416	322	129	28	4	1	149	6	
38 Hadern	6 475	1 100	1 256	955	177	56	34	1 926	936	
München insgesamt	729 979	255 225	66 797	107 196	51 769	21 672	20 147	101 240	98 941	

Landwirtschaftliche Arbeitsstätten am 27. Mai 1970 in den Stadtbezirken nach Wirtschaftsabteilungen
Non-agricultural Establishments in the City Districts by Groups of Economic Activity (27. 5. 1970)

Stadtbezirk district	Arbeits- stätten insgesamt Total of establish- ments	darunter in . . . included in . . .							
		Verar- beitendes Gewerbe Producing Trade	Bauge- werbe Building Trade	Handel Trade	Verkehr u. Nach- richten, Übermitt- lung Traffic and communi- cation	Kredit- instituten Kredit institutions	Versiche- rungen Insurance companies	Dienstlei- stungen Services	Gebietskörper- schaften u. Organisationen ohne Erwerbs- charakter Authorities and Non-profit- making organisations
Allstadt	3 642	370	38	1 356	121	118	74	1 334	217
Maxvorstadt — Universität	1 274	204	26	363	24	32	27	459	131
Maxvorstadt — Königsplatz	1 215	171	24	357	27	26	25	429	151
Maxvorstadt — Josephsplatz	1 127	194	52	316	51	7	11	444	31
Marsfeld	665	124	20	213	29	8	9	210	46
Wiesenviertel	2 073	233	37	668	100	37	45	747	204
Isarvorstadt — Schlachthofviertel	1 249	259	56	475	35	10	10	344	59
Isarvorst. — Glockenbachviertel	1 052	250	77	323	65	8	11	295	19
Isarvorst. — Deutsches Museum	686	219	31	306	39	10	4	246	29
Lehel	1 127	180	41	249	16	18	24	504	94
Hardhausen	1 819	388	91	621	82	19	16	531	69
Au	853	178	43	273	60	4	10	235	46
Obergiesing	1 308	256	75	423	110	13	16	368	45
Untergiesing-Harlaching	1 504	251	84	434	97	20	18	545	44
Sending	1 537	252	68	676	90	18	13	370	44
Schwanthalthöhe	1 149	246	55	406	70	8	10	316	36
Neuhausen-Oberwiesenfeld	1 159	242	63	302	73	15	18	359	83
Schwabing-Frammnn	3 007	413	102	800	147	48	55	1 279	145
Neuhausen-Nymphenburg	1 521	227	75	440	65	21	17	651	82
Thalkirchen-Obersending- Forstenried	1 544	267	139	473	122	20	20	452	42
Laim	1 525	238	78	510	108	13	19	516	39
Schwabing-West	1 851	286	51	557	44	22	14	820	50
Milbertshofen-Mart	1 935	298	94	554	158	25	29	698	71
Neuhausen-Moosach	1 657	329	109	497	133	16	13	491	58
Bogenhausen	1 825	245	56	456	88	30	29	786	85
Ramersdorf-Perlach	1 549	310	145	424	16	18	17	419	43
Berg am Laim	886	202	82	252	94	8	4	206	31
Trudering	1 357	245	144	391	168	10	18	335	40
Feldmoching	896	156	82	218	146	12	10	210	52
Waldriedhofviertel	1 329	232	97	419	90	12	24	420	27
Pasing	1 425	295	100	419	82	14	18	427	65
Solln	668	75	42	204	26	16	11	278	15
Obermenzing	734	106	56	227	27	6	8	285	12
Altach-Untermenzing	740	166	93	217	66	6	8	169	10
Aubing	576	97	54	168	71	13	7	142	17
Langwied	152	33	20	40	15	2	1	34	3
Hadern	1 004	139	114	315	97	10	15	277	32
insgesamt	49 858	8 376	2 654	15 342	2 996	693	678	16 632	2 267

Für den väterlich-kollegialen Beistand bei der Entwicklung und Erarbeitung des Themas danke ich meinem verehrten Herrn Professor Dr. W.Mende herzlich.

Durch die fruchtbaren Diskussionen mit Dr.Seidemann konnten viele Hürden bei der Abfassung überwunden werden. Auch ihm gilt mein besonderer Dank.

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit berichtet über die geschichtlichen Ursprünge des Instruments Gebrechlichkeitspflegschaft als Hilfe für Behinderte, stellt die juristischen Interpretationsunterschiede der Begriffe Verständigung, geistiges und körperliches Gebrechen dar und schildert die rechtlichen Auswirkungen der Pflegschaft.

Eine Untersuchung der Pflegschaftspraxis in verschiedenen Amtsgerichtsbezirken beantwortet Fragen nach Häufigkeit, Altersverteilung und Geschlechterverhältnis in der Population. Vergleiche mit der Normalbevölkerung lassen keine gravierenden Unterschiede in der Handhabung des Rechts zwischen den Bundesländern erkennen. Es gibt aber Unterschiede in der Schnelligkeit der Reaktion auf einen Pflegschaftsantrag.

Um die Pflegschaftsraten zu verringern, bedarf es einer Vielzahl präventiver Maßnahmen.

Eine gesetzliche Neuregelung sollte die übliche Praxis der Zwangspflegschaft im Gesetzestext mit berücksichtigen, den natürlichen Willen mit in den Text übernehmen und einen beruflichen Pfleger institutionalisieren.

Lebenslauf

- Als Sohn des damaligen Volksschullehrers Ulrich Wernitz und seiner Ehefrau Ilse, geb. Nubbe in Bäk bei Ratzeburg am 11.11.1956 geboren

- Umzug nach Fürstenfeldbruck und Besuch der Volksschule im Jahr 1956 bis 1961

- Wechsel auf das math.nat. Gymnasium in FFB 1961

- Abitur 1970

- Zivildienst von 1970 bis 1972

- seit dem SS1972 Studium der Psychologie

- ab SS 1975 Studium der Humanmedizin

- 1978 Diplom in der Psychologie

- 1980 Absolvieren des 2. Staatsexamens und Beginn des Praktischen Jahres

- November 1981 Bestehen des 3. Medizinischen Staatsexamens

- ab Januar 1982 Arbeit als Assistenzarzt im Bezirkskrankenhaus Haar

awi-druck

Dissertations-Druck
Müllerstraße 22 München 5
Telefon 260 40 05

